

**Folketingets EU-OPLYSNING**

[English](#) | [Om EU-Oplysningen](#) | [Leksikon](#) | [Bestil](#) | [Links](#) | [Abonnement](#)

**Find det på siden**

Avanceret søgning  
 Sitemap  Søgeguide

Hvad er EU?
Danmark & EU
Temasider
Spørgsmål & svar
Dokumenter
Nyheder

**Møder i Europaudvalget** →

**Følg en EU-sag** →

**Europakortet** →

**Reformtraktaten** →

**eNyt om EU** →

**Flertalsberegner** →

**EU-Ungdoms-parlament** →

**Reformtraktaten - En gennemgang af udkastet til EU's reformtraktat**

📅 23.08.2007 | I notatet gives en gennemgang af udkastet til EU's reformtraktat

[læs mere](#)

📅 16.08.2007 | [Studentermedarbejdere til Folketingets EU-Oplysning](#)

**Kalender**

📅 24.08.2007 | [Europaudvalget: uformelt møde med udenrigsministeren om regeringskonferencen](#)

📅 29.08.2007 | [Europa-Kommissionen](#)

📅 31.08.2007 | [Uformelt ministermøde \(miljø\)](#)

[til kalenderen](#)

**Danmark bruger 'miljøgarantien' i sag om nitrit**

📅 17.08.2007 | eNyt om EU: Regeringen agter at fastholde de nuværende danske regler for at undgå øget brug af nitrit som tilsætningsstof i fødevarer.

[læs mere](#)

[www.folketinget.dk](http://www.folketinget.dk) | Folketingets EU-Oplysning | Christiansborg | 1240 København K | tel.: 3337 3337 | email: [euopl@folketinget.dk](mailto:euopl@folketinget.dk)

ZEITSCHRIFT FÜR DEUTSCH-DÄNISCHEN DIALOG



- **Ohne Bürger kein Europa**
- **10 Jahre Region Sønderjylland-Schleswig**  
Eine Bestandsaufnahme
- **Der schleswigsche „Flickenteppich“**  
Komplizierte Verwaltungsstrukturen zwischen Eider und Königsau bis 1864
- **Der unbekante Nachbar**  
N.F.S. Grundtvig (1783-1872)  
Teil 2

# ZEITSCHRIFT FÜR DEUTSCH-DÄNISCHEN DIALOG

Die Herausgabe von Heft 3/2007  
erfolgte mit freundlicher Unterstützung  
durch den Ministerpräsidenten des  
Landes Schleswig-Holstein,  
Peter Harry Carstensen

**HERAUSGEBER:** ADS – GRENZFRIEDENSBUND e. V.  
Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig

*Redaktionsgeschäftsstelle:* Ingrid Schumann, Referentin für Grenzlandfragen

*Anschrift:* Marienkirchhof 6 · 24937 Flensburg  
Telefon (04 61) 86 93-25 · Telefax (04 61) 86 93-20  
E-Mail: grenzfriedensbund@ads-flensburg.de  
www.grenzfriedensbund.de

*Geschäftszeit:* Dienstag und Donnerstag, 09.00-12.00 Uhr  
Mittwoch, 09.00-16.00 Uhr  
Außerhalb der Geschäftszeit (04 61) 86 93-0

*Beitrag:* 15 € für Einzelmitglieder, 30 € für Verbände, Schulen usw.

*Abonnement:* 15 € Inland, 17,50 € Ausland

*Bankverbindung:* HypoVereinsbank (BLZ 200 300 00) Kto.-Nr. 80 009 407

## INHALT

Seite

*Christian Mejdahl*

Ohne Bürger kein Europa ..... 159

*Martin Klatt*

10 Jahre Region Sønderjylland. Eine Bestandsaufnahme ..... 167

*Gerret Liebing Schlaber*

Der schleswigsche „Flickenteppich“.

Komplizierte Verwaltungsstrukturen zwischen Eider

und Königsau bis 1864 ..... 179

*Dieter Andresen*

Der unbekannte Nachbar.

Nikolai Frederik Severin Grundtvig (1783-1872) – Teil 2 ..... 193

Umschau ..... 205

Buchbesprechungen ..... 221

Mitarbeiter/innen dieses Heftes ..... 231

Abbildungsnachweis ..... 232

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich.

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag des Grenzfriedensbundes enthalten.

Einzelheft 3 €.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich.

*Redaktion der Grenzfriedenshefte:*

Ove Jensen, M.A., Hasselbrookstraße 131, 22089 Hamburg

Dr. Jörn-Peter Leppien, Libellenring 15 · 24955 Harrislee

Dr. Matthias Scharfl, Friedrichstal 55 · 24939 Flensburg

Dr. Gerret Liebing Schlaber, Tækkerløkke 26 · DK-6200 Aabenraa

Redaktionsanschrift: Marienkirchhof 6 · 24937 Flensburg

Satzerstellung: Mittelstaedt Media Design, Westertoft 15 · 24955 Harrislee

Telefon 0461 / 700 29 99 · Telefax 0461 / 700 29 98 · E-mail: mittelstaedt-design@web.de

Druck: Druckzentrum Harry Jung, Am Sophienhof 9 · 24941 Flensburg

# Ohne Bürger kein Europa

von CHRISTIAN MEJDAHL

*Auf einem Empfang anlässlich der diesjährigen Europawoche hielt der Vorsitzende des Folketings Christian Mejdahl am 4. Mai 2007 in der Europäischen Akademie Sankelmark die zentrale Rede. Unter dem Titel „Demokratie, Dialog, Diskussion – ohne Bürger kein Europa“ plädierte Mejdahl im Rückgriff auf positive dänische Erfahrungen dafür, die Rolle der nationalen Volksvertretungen in der EU zu stärken und die EU insgesamt stärker als bisher bei den Bürgern zu verankern. Wir geben die Rede in der Übersetzung von Ruth Clausen wieder.*

*Die Redaktion*

## Einleitung

Es ist mir eine große Freude, in der Europäischen Akademie Schleswig-Holstein zu sprechen. Die Akademie hat sich seit mehr als 30 Jahren für gegenseitiges Verständnis zwischen Dänisch und Deutsch im Grenzland eingesetzt und in Schleswig-Holstein zu einem vertieften Einblick in dänische Politik und Kultur beigetragen.

Gerade für das gegenseitige Verständnis der Völker in Europa besteht Bedarf im Zuge der aktuellen europapolitischen Debatte, in der wir versuchen, einen gangbaren Weg aus der Krise zu finden, in die die EU geriet, als sich die Bevölkerungen in Frankreich und Holland im Jahr 2005 gegen den Verfassungsvertrag entschieden.

Ich wurde darum gebeten, am heutigen Tage meine Meinung darüber zu äußern, wie wir mit der Entwicklung der europäischen Zusammenarbeit zu diesem so entscheidenden Zeitpunkt weiter verfahren sollten. In diesen Tagen arbeitet der deutsche EU-Vorsitz zielgerichtet darauf hin, Einigkeit bezüglich eines Fahrplans zur Verabschiedung einer neuen vertragsgemäßen Grundlage für die EU zu schaffen – eine Einigkeit, die vor den Europaparlamentswahlen 2009 erlangt werden kann. Der Zeitpunkt für diese Veranstaltung hätte von den Organisatoren daher nicht besser gewählt werden können.

Doch wo steht die EU heute, zwei Jahre nach dem Nein Frankreichs und Hollands zum Verfassungsvertrag? Ist die Zusammenarbeit ins Stocken geraten? Einige werden fragen: Was lief falsch? In Verbindung mit dem kürzlich begangenen 50-jährigen Jubiläum des Vertrags von Rom beschrieb die englische Zeitschrift „The Economist“ den Zustand der EU als eine Art Midlife-Crisis, in die 50-Jährige oft geraten. Und ein bekannter englischer Historiker streute Salz in die Wunde, indem er die EU als eine Person mittleren Alters charakterisierte, „die trotz gro-

ßen Erfolgs in ihrem bisherigen Leben Probleme mit sich selbst hat und zur Zeit an nachlassendem Selbstvertrauen leidet, um nicht zu sagen an Lebensangst.“ Normalerweise würde man eine solche Person ja dazu auffordern, professionelle Hilfe in Anspruch zu nehmen. Ich bin davon überzeugt, dass die Zusammenarbeit in der EU einer Gesundheitskontrolle bedarf, aber ich meine nicht, dass der grundlegende Gesundheitszustand dermaßen besorgniserregend ist.

Das EU-Projekt ist gesund, und betrachtet man die Ergebnisse, ist die Rede von einer einzigartigen Erfolgsgeschichte, die dazu beigetragen hat, Frieden, Stabilität und Wohlstand in Europa zu schaffen. Dies geschah einerseits durch enge politische und ökonomische Zusammenarbeit, andererseits durch die EU-Erweiterungen, so zuletzt geschehen mit Ländern in Ost- und Zentraleuropa.

Es stellt sich die Frage, wie wir sicherstellen, dass die EU auch zukünftig erfolgreich sein wird. Europa steht in dieser Hinsicht zwei Herausforderungen gegenüber. Bei der einen Herausforderung geht es um die Frage, wie wir die Globalisierung im weitesten Sinne in den Griff bekommen, so dass sie den Bürgern nützlich ist und nicht als Risiko eingestuft wird. Die andere bezeichne ich als die demokratische Herausforderung.

Ich bin der Ansicht, dass Bedarf an Anpassung und Erneuerung der EU-Zusammenarbeit besteht, wenn wir eine EU schaffen wollen, die uns Antworten auf einige der Herausforderungen liefert, mit der die Globalisierung und die Bürger uns konfrontieren.

In erster Linie glaube ich jedoch, dass es wichtig ist, darauf aufmerksam zu machen, dass die Existenzberechtigung der EU nicht in der Abhaltung wiederholter Regierungskonferenzen liegt, in denen wir immer wieder um die Spielregeln für die Zusammenarbeit kämpfen. Die wirkliche Existenzberechtigung besteht darin, den Alltag für 492 Millionen EuropäerInnen zu verbessern. Dies wurde im vergangenen Frühjahr von der dänischen Regierung als „das Europa der Ergebnisse“ lanciert.

Außerdem möchte ich hervorheben, wie wichtig es ist, dass die volksnahe Verankerung der EU in der Zukunft gefestigt wird. Dabei stellt sich natürlich die Frage, wie wir ein volksnahes Europa schaffen können, in dem die Bürger die Entwicklung der EU unterstützen („das Europa der Bürger“). Es ist von einer Frage die Rede, die sich innerhalb der vergangenen 15 Jahre als eine der größten Herausforderungen der EU dargestellt hat.

Dieses Thema hängt untrennbar mit der letzten Frage zusammen, auf die ich heute eingehen möchte. Eine Frage, die mich seit vielen Jahren eingehend interessiert. Nämlich, wie die nationalen Parlamente eine aktivere Rolle in der EU spielen können. Ich glaube, dies ist wichtig, um das Vertrauen der Bürger in die EU zurückzugewinnen. Es könnte eine Frage sein, die im Rahmen der Regierungskonferenz im Herbst aufgenommen wird.



Abb. 1  
Christian Mejdahl,  
Formand for Folketinget

## Europa der Ergebnisse

Lassen Sie mich damit beginnen, ein paar Worte über das Europa der Ergebnisse zu sagen. Im Grunde ist die Rede von einer Art Programmerkklärung der EU, die besagt, dass die Zusammenarbeit einen Weg einschlagen soll, bei dem es anstelle von großen verchromten Vertragsreformen um konkrete Lösungen geht. Die Strategie läuft darauf hinaus, zielgerichtet eine Reihe von konkreten Projekten zu initiieren, welche sich zusammen massiv dafür einsetzen, konkrete Ergebnisse zugunsten der EU-Bürger zu schaffen. Glücklicherweise geht die Entwicklung in Europa bei einer Reihe von entscheidenden Punkten in die richtige Richtung. Ich werde an dieser Stelle nur einige wenige nennen.

Insbesondere das Ziel, Wachstum und Beschäftigung zu schaffen, hat die Tagesordnung der EU-Staats- und Regierungschefs in den letzten Jahren geprägt. Und auch hier geht die Entwicklung in der EU grundsätzlich in die richtige Richtung, doch hinter den Zahlen verbergen sich große nationale Unterschiede. Dänemark, Finnland und Schweden liegen aus ökonomischer Sicht an der Spitze, während einige EU-Länder immer noch mit niedrigem Wachstum, geringer Ar-

beitsbeschaffung, schlechter Wettbewerbsfähigkeit und starren Arbeitsmärkten hinterherhinken. Die Verantwortung für die notwendigen Reformen obliegt primär den einzelnen Hauptstädten, doch die EU sollte eine ergänzende und inspirierende Rolle spielen – wie es bereits mit der Lissabon-Strategie geschehen ist. Eine der Hauptprioritäten hinter dem jüngsten, mehrjährigen Haushalt der EU stellt die Stärkung von Forschung und Innovation in der EU dar, die für den Zeitraum 2007-2013 gilt. Die EU erhöhte die Bewilligungen für Forschung und Innovation um 75 Prozent. Energie und Klima stellen Schlüsselbereiche dar. An dieser Stelle profilierte sich die EU als treibende Kraft im Kampf gegen den Klimawandel, als sich die Staats- und Regierungschefs der EU beim Spitzentreffen im Frühjahr auf ein Abkommen einigten, das unter anderem ambitionöse bindende Zielsetzungen für den Gebrauch von dauerhafter Energie in der EU aufstellte. Es ist hier die Rede von einem Gebiet, auf das wir in Dänemark entscheidenden Wert legen. Eine breite Mehrheit der Parteien im Folketing stellte sich auf diese Weise hinter eine gemeinsame Diskussionsgrundlage über Energie- und Klimapolitik vom Oktober 2006, welche schon vor dem Spitzentreffen des Europäischen Rates im Frühjahr vorgelegt wurde.

Schließlich möchte ich die Bekämpfung des Terrorismus erwähnen, die die Dänen während der EU-Denkpause über die Zukunft der EU im vergangenen Jahr als die wichtigste Herausforderung der EU identifizierten. Dies geschah bei einer groß angelegten Volksanhörung, die vom Folketing veranstaltet wurde.

Insbesondere vor diesem Hintergrund freue ich mich über den progressiven Zugang, den die Kommission gewählt hat. Obwohl es ein politisch sensibles und ein sehr breit gefächertes Gebiet ist, hat dies die EU nicht daran gehindert, in den letzten Jahren wesentliche Initiativen zu ergreifen.

## **Europa der Bürger**

Wenn wir eine volksnahe EU schaffen wollen, glaube ich, dass es entscheidend ist, die demokratische Verankerung der EU zu festigen. Die Möglichkeit, Einfluss auf den Alltag zu nehmen, spielt eine entscheidende Rolle für unsere Bürger. Die zentrale Frage ist daher, wie wir die volksnahe Verankerung am besten festigen können.

Als Ausgangspunkt müssen wir damit beginnen, die Bürger ernst zu nehmen. Sowohl die Resultate der Abstimmungen in Frankreich und Holland im Jahr 2005 als auch die dänische Erfahrung im Zuge der Volksabstimmung zum Maastrichter Vertrag 1992 zeigen, wie wichtig es ist, die Bevölkerungen einzubeziehen, wenn wir Pläne für die Entwicklung der EU machen. Es ist wichtig, dass die Bürger lernen, sich als Eigentümer der EU zu fühlen. Dies geschieht nicht, solange die „EU“ als etwas Fernes betrachtet wird, das wir nicht so recht verstehen. Wie



Abb. 2 EU-Informationsseite des Folketings (www.eu-oplysningen.dk/)

Deutschlands großer Dichter, Johann Wolfgang von Goethe, es einmal ausgedrückt hat: „Was man nicht versteht, besitzt man nicht.“

Es ist daher wichtig, dass wir uns darin verbessern, den Bürgern zu erklären, was wir mit der EU wollen. Dies darf nicht zu einseitiger Kommunikation führen. Wir müssen uns an erster Stelle darin verbessern, den Bürgern zuzuhören. Es ist notwendig, einen aktiven und offenen Dialog zu europäischen Fragen zu führen. Ich möchte ein paar Beispiele anführen, wie wir in Dänemark vorgegangen sind. Nach den beiden Volksabstimmungen in Dänemark zum Maastrichter Vertrag 1992 und zum Edinburgher Beschluss 1993 entschied sich das Folketing dazu, im April 1994 ein besonderes Informationsbüro zu eröffnen, an das sich die Bürger bei Fragen zur EU wenden können. Die grundlegende Idee war, dass die beste Information diejenige ist, um die man selbst bittet. Die Antworten sollen sachlich, schnell, unparteiisch und nicht zuletzt kostenlos sein. Dieses Modell erfreut sich weiterhin breiter Unterstützung von Seiten der Parteien im Folketing. Das Interesse der Bürger zu EU-Fragen war niemals größer. Wo 1994 nur wenige Bürger vorbeischaute, frequentierten im März 2007 mehr als 11.000 Besucher – am Tag – die im Internet befindliche EU-Informationsseite.

Es gibt ein weiteres und neueres Beispiel dafür, wie man einen „offenen und aktiven Dialog mit den Bürgern“ führen kann. Im April letzten Jahres beschloss

das Folketing, eine nationale Volksanhörung bezüglich der Zukunft der EU zu veranstalten. Die Initiative wurde im Rahmen der Denkpause ergriffen, die sich die EU im Kielwasser des französischen und niederländischen Neins zum Verfassungsvertrag im Frühsommer 2005 verordnet hatte. Das Folketing lud 420 zufällig ausgewählte Dänen dazu ein, ein Wochenende mit führenden Politikern zu verbringen, um über die Zukunft der EU zu debattieren. Die Anhörung wurde in Zusammenarbeit mit einem landesweiten Fernsehsender (TV2) abgehalten, der für die Live-Übertragung der Veranstaltung sorgte, so dass alle Dänen die Möglichkeit erhielten, die Debatte zu verfolgen.

Idee der Volksanhörung war es, Impulse von allen Teilen des Landes in die Europadebatte einzubringen und zugleich die großen europäischen Fragen gleichsam über jeden Gartenzaun hinweg zur Debatte zu stellen. Die Volksanhörung erwies sich über den Dialog hinaus als sehr geeignet, Hauptzüge und Nuancen der Einstellung der Teilnehmer zur Zukunft der EU zu ermitteln.

### **Einfluss der nationalen Parlamente**

Es sind nicht nur die Bürger, die verstärkt in die europäische Zusammenarbeit einbezogen werden sollten. Auch die vom Volk gewählten Politiker sollten sich aktiver an der Formulierung der Politik der EU beteiligen. Ich muss jedoch bemerken, dass wir bereits ein gutes Stück des Weges zurückgelegt haben.

Seit 1993, als wir das vom Volk gewählte Europaparlament zum Mitgesetzgeber des Ministerrats in der EU machten, ist ein sehr großer Teil der EU-Beschlüsse unter demokratische Kontrolle gekommen. Seitdem ist der Einfluss des Europa-Parlaments allmählich erweitert worden, so dass wir gegenwärtig auf europäischer Ebene eine bewährte Demokratie haben.

Es ist daher nach meiner Auffassung insbesondere die nationale parlamentarische Kontrolle der EU, die der Verbesserungen bedarf, wenn wir zur demokratischen Festigung der EU neue Wege einschlagen wollen. Verstärkte nationale parlamentarische Kontrolle soll sowohl auf ausschließlich nationaler Ebene in Verbindung mit den Regierungen der Länder als auch durch verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten auf europäischer Ebene erfolgen. Diese Maßnahmen sind wichtig, um den demokratischen Einfluss auf die Beschlüsse der EU zu sichern, die ja viele Themen berühren, über die in den nationalen Parlamenten entschieden würde, wenn wir nicht Mitglied der EU wären.

Insbesondere die Kontrolle der nationalen Parlamente im Zusammenwirken mit ihren Regierungen kann in vielen Ländern verbessert werden. Seit Beginn der dänischen Mitgliedschaft hat der Europaausschuss des Folketings dazu beigetragen, dass Beschlüsse, die der EU-Ministerrat traf, immer eine Mehrheit im Folketing hinter sich hatten. Wie vielleicht einigen der Anwesenden bekannt ist,

handelt die dänische Regierung immer auf der Grundlage eines Mandats des Europaausschusses, bevor sie sich EU-Regeln im Ministerrat anschließt. Diese Ordnung bedeutet gleichzeitig, dass es Dänemark leichter fällt, Beschlüsse der EU in nationales Recht umzusetzen, da hinter der dänischen EU-Politik immer eine Parlamentsmehrheit steht.

Auch ein verstärktes europäisches Engagement von Seiten der nationalen Parlamente kann zur Stärkung der parlamentarischen Kontrolle beitragen. Bereits heute haben die nationalen Parlamente in der EU eine formalisierte Zusammenarbeit auf dem Niveau der Parlamentsvorsitzenden, ebenso wie sich die Europaausschüsse regelmäßig zur COSAC-Zusammenarbeit treffen. Bedarf an einer Fortentwicklung des demokratischen Elements besteht aber nach wie vor. Dies stellt hohe Ansprüche an die nationalen Parlamente, die gemeinsam neue Wege finden müssen.

Im Kreis der Parlamentsvorsitzenden haben wir diese wichtigen Fragen oft besprochen. Selbst hatte ich das Vergnügen, unser letztes Treffen zu leiten, das im vergangenen Sommer in Kopenhagen stattfand. Während des Treffens einigten wir uns, dass ein Bedarf an eingehender Beratung der Frage besteht, wie wir die Zusammenarbeit der Parlamente bezüglich EU-Angelegenheiten verbessern können. Wir setzten eine Arbeitsgruppe ein, die einen Bericht beim nächsten Treffen der Parlamentsvorsitzenden vorlegen soll. Das Treffen findet in diesem Monat in Bratislava/Preßburg statt.

Ein wichtiger Vorschlag kam von den Staats- und Regierungschefs im Europäischen Rat, die im Juni letzten Jahres die nationalen Parlamente der EU dazu aufforderten, sich stärker in die Kontrolle des Subsidiaritätsprinzips einzubringen. Dies ist ein Vorschlag, den ich persönlich sehr interessant finde und der Unterstützung durch die Parlamentsvorsitzenden beim Treffen in Kopenhagen fand. Bereits die existierenden Vertragsbestimmungen zum Subsidiaritätsprinzip bieten gute Möglichkeiten, die besser ausgenutzt werden sollten. Dies sollte jedoch auch bei der Regierungskonferenz im Herbst thematisiert werden.

Schließlich sollten wir überlegen, wie das Verhältnis zwischen den nationalen Parlamenten und der Kommission gestärkt werden kann. Die Zusammenarbeit wird bereits verstärkt betrieben. Die Kommission begann vor kurzem damit, alle EU-Vorschläge und Hearing-Dokumente direkt an die nationalen Parlamente zu schicken. Und als Neuerung hat die Kommission die nationalen Parlamente dazu aufgefordert, auf diese Vorschläge zu reagieren. Das Folketing hat diese Einladung angenommen und eine Reihe von Äußerungen an die Kommission geschickt, die sich mit konkreten Themen wie Energie und Klima, Gesundheitspolitik, Zwistigkeiten bei Scheidungsangelegenheiten, Liberalisierung von Postdiensten etc. beschäftigen.

Ich glaube jedoch, dass der Dialog noch besser gestaltet werden könnte, wenn

Mitglieder der Kommission an den Sitzungen in den nationalen Parlamenten teilnehmen würden oder eventuell kommende politische Prioritäten und größere Initiativen auf Sitzungen präsentieren würden, an denen die Parlamente gemeinsam teilnehmen.

Wir müssen kreativ denken, wenn wir diese Ideen in der kommenden Zeit weiterentwickeln wollen. Dies kann in Form von Absprachen zwischen den Parlamenten geschehen. Aber es ist auch wichtig, dass Rücksicht auf die Gesichtspunkte der Parlamente genommen wird, wenn die Regierungen der EU-Länder im Herbst Verhandlungen über einen neuen Vertrag einleiten.

Ein französischer Komiker hat einmal gesagt, „dass man nicht zuschauen soll, wenn Fischsuppe und Politik gemacht werden.“ Ich glaube aber, dass es wichtig ist, dass die Parlamente die Möglichkeit erhalten, bei der Zubereitung der europäischen Fischsuppe zuzuschauen, wenn im Herbst die Regierungskonferenz bezüglich eines neuen Vertrags eröffnet wird.

Die Berliner Erklärung, die das 50-jährige Jubiläum der Unterzeichnung des Vertrags von Rom markierte, gibt Hoffnung, dass ein demokratischerer Vertrag ein realistisches Ziel ist. Aber es ist notwendig, politischen Willen auf der Regierungskonferenz zu zeigen, denn sonst kommen wir nicht vorwärts. Wenn nicht das Wohlwollen für Europa den Widerwillen gegen Europa übersteigt, muss man befürchten, dass es sich so verhält, wie es der dänische Denker Søren Kierkegaard formulierte, nämlich dass „jeder Entwicklung, doch keiner Veränderung“ will.

Übersetzung: Ruth Clausen

# 10 Jahre Region Sønderjylland - Schleswig

## Eine Bestandsaufnahme

von MARTIN KLATT

*Von einer „transnationalen Region“, mit der sich die Menschen beiderseits der Grenze identifizieren, ist die Region Sønderjylland-Schleswig noch weit entfernt. Seit 1997 gibt es ein Regionkontor unmittelbar an der Grenze im dänischen Pattburg, und zweimal jährlich treffen sich Kommunalpolitiker von beiderseits der Grenze im Regionalrat, der neuerdings Regionalversammlung heißt. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit funktioniert so gut oder schlecht wie in anderen europäischen Grenzregionen auch. Das ist das nüchterne Fazit, das der Historiker Martin Klatt, der seit 2001 am Institut für Grenzregionforschung in Sonderburg tätig ist, nach zehn Jahren formalisierter deutsch-dänischer Zusammenarbeit auf regionaler Ebene zieht.*

*Die Redaktion*

### **1. Einleitung: Regionale grenzüberschreitende Zusammenarbeit als Beitrag zum vereinten Europa**

Vor zehn Jahren, im Sommer 1997, gründeten die deutschen Grenzkreise Nordfriesland und Schleswig-Flensburg und die kreisfreie Stadt Flensburg zusammen mit dem damaligen dänischen Amt Sønderjylland die Region Sønderjylland-Schleswig, um die regionale grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu institutionalisieren. Im Vergleich zu anderen Regionen kam dieser Schritt recht spät: Schon in den 1960er und verstärkt in den 1970er Jahren hatten sich an den Binnengrenzen der damaligen Europäischen Gemeinschaft und an ihren Grenzen mit der Schweiz die ersten Euroregionen konstituiert. Mit dem Ende des Kalten Krieges und beschleunigt durch die direkte finanzielle Förderung durch die EU hatte sich diese Entwicklung in den 1990er Jahren auf ganz Europa ausgedehnt. Regionale Verwaltungseinheiten schlossen sich über nationale Grenzen hinweg zusammen. Sie wollten grenzüberschreitende Probleme regional lösen, die europäische Integration auf regionaler und lokaler Ebene vorantreiben und daran die Menschen direkt teilhaben lassen. Euroregionen sollen der Überwindung von Grenzen den Weg bereiten: „Grenzen sind ‚Narben der Geschichte‘. Grenzübergreifende Zusammenarbeit hilft, die Nachteile dieser Grenzen zu mildern, die nationale Randlage der Grenzgebiete zu überwinden und die Lebensbedingungen der Bevölkerung zu verbessern“, heißt es in der

„Europäischen Charta der Grenz- und grenzübergreifenden Regionen“ der Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (AGEG),<sup>1</sup> der auch die Region Sønderjylland-Schleswig verpflichtet ist.<sup>2</sup>

Anlässlich des zehnjährigen Bestehens der Region Sønderjylland-Schleswig soll hier eine Bestandsaufnahme versucht werden. Ausgangspunkte sind die bei der Gründung der Region gesetzten Ziele, aber auch der Blick auf andere Euroregionen.<sup>3</sup> Dazu muss zunächst der Begriff „Euroregion“ genauer erklärt werden. Der Begriff „Region“ wird heute in so vielen Zusammenhängen gebraucht, dass eine exakte Definition schwierig ist. Etwas leichter ist es mit dem Begriff Grenzregion. Hier existiert eine brauchbare Definition: Eine Grenzregion besteht aus allen subnationalen Gebietskörperschaften, die an den nationalstaatlichen Grenzen zu Lande und am Wasser liegen.<sup>4</sup> Damit kann eine Grenzregion aber nach wie vor eine Vielzahl unterschiedlicher Gebietskörperschaften mit unterschiedlichen Kompetenzen umfassen. Schwieriger und noch ungenauer ist die Definition einer grenzübergreifenden Region. Der Europarat hat 1996 eine Definition für grenzüberschreitende Regionen gegeben: Eine grenzüberschreitende Region ist demnach eine potenzielle Region, die in Geographie, Geschichte, Ökologie, ethnischer Bevölkerung, wirtschaftlicher Potenziale usw. zusammenhängt, die aber durch die Souveränität der Regierungen auf beiden Seiten der Grenze getrennt ist.<sup>5</sup> Hier werden Grenzen somit als ein widernatürliches Produkt der Geschichte verstanden, die teilen, was eigentlich wirtschaftlich, ethnisch, kulturell und geschichtlich zusammengehört.

Euroregionen sollen diese Trennung überwinden. Sie sollen als grenzüberschreitende, transnationale Akteure eine zentrale Funktion erhalten. Diese Ziele wurden 1970 für die Euregio Rhein-Ems-Ijssel an der deutsch-niederländischen Grenze formuliert. Demnach soll über die Staatsgrenze hinweg eine funktionelle Einheit entstehen, die alle Lebens- und Existenzbereiche umfasst. Dazu zählen Wohnen, Arbeit, Bildung, Freizeit und Erholung, Kommunikation. Die Menschen in der Region sollen ein Raumbewusstsein entwickeln. Das Fernziel ist eine zweisprachige Bevölkerung, die in der gesamten Region freien Zugang zu allen Einrichtungen der Infrastruktur vom Hochschulwesen bis zu den sozialen Diensten hat.<sup>6</sup> Euroregionen sollen demnach Grenzregionen wieder in ihren natürlichen Ursprungszustand zusammenführen.

## **2. Forschungsansätze**

Schon in den 1970er Jahren kamen Grenzen und Grenzregionen in den Blickwinkel vor allem der geographischen Regionalforschung. Sie definierte Grenzregionen als Regionen, deren wirtschaftliches, soziales, kulturelles und politisches Leben signifikant davon beeinflusst wird, dass die Region an einer Staatsgrenze

liegt. Dieser Einfluss ist vorwiegend negativ: Die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Region können nur mangelhaft genutzt werden, da die Grenze einen Teil des Hinterlandes abschneidet.<sup>7</sup> Dafür machte man die Geschichte und insbesondere den Prozess der Nationalstaatsbildung verantwortlich. Diese Sichtweise findet sich auch in der Charta der Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (AGEG). Erst die Folgen sowohl kriegerischer Auseinandersetzungen als auch „der unblutigen Auseinandersetzungen, die auf wirtschaftlichen, kulturellen und neuerdings auch ideologischen Feldzügen der Nationalstaaten beruhen“, hätten auf nationale Zentren ausgerichtete Wirtschaftsstrukturen, Kulturgrenzen und unterschiedliche Bildungssysteme geschaffen.<sup>8</sup> Nun sollten Grenzen, die „Narben der Geschichte“ zum „Begegnungsort unterschiedlicher Nationen“ werden, wie es in der Resolution des 1. Europäischen Symposiums über Grenzregionen 1972 heißt.<sup>9</sup>

Gut 30 Jahre später kann man versuchen, eine Bilanz zu ziehen. Die zunehmende grenzüberschreitende Zusammenarbeit und die Bildung von Euroregionen an den Staatsgrenzen in Europa<sup>10</sup> hat im Forschungsgegenstand des transnationalen Regionalismus Niederschlag gefunden. Diesen Begriff hat der Siegener Politikwissenschaftler und Regionalforscher Peter Schmitt-Egner geprägt. Er sieht in ihm eine neue Dimension europäischer Politik. In seinen Untersuchungen zum transnationalen Regionalismus verbindet er drei Forschungsansätze der Grenzregionsforschung:

1. Die Grenze als Gegenstand des Völkerrechts und der internationalen Politik bzw. als Gegenstand nationalstaatlicher Konflikte (internationale Grenzforschung im engeren Sinn),
2. Auswirkungen der Grenzen auf den grenznahen Raum,
3. Grenzregionen im grenzüberschreitendem Kontext, grenzübergreifende Netzwerkbildung und „cross-border governance“.<sup>11</sup>

Transnationaler Regionalismus ist hier als grenzüberschreitende Interaktion zwischen benachbarten und nicht benachbarten Regionen bzw. ihrer Akteure ohne Zwischenschaltung der Nationalstaaten zu verstehen.<sup>12</sup> Ziel ist die Integration eines gemeinsamen Lebensraumes über Staatsgrenzen hinweg.<sup>13</sup>

Schmitt-Egner beschreibt diesen Prozess mit einem zielgerichteten 13-Stufen-Modell.<sup>14</sup> Voraussetzungen sind ein wesentlicher grenzüberschreitender Strukturverflechtungsgrad (naturräumliche Verflechtung, Kapitalverflechtung, Infrastrukturverflechtung etc.) und ein wesentlicher grenzüberschreitender Kulturverflechtungsgrad (ehemaliger Kulturraum, historisches Gedächtnis). Am Ende des Prozesses steht eine transnationale Region, die sowohl nach innen als auch nach außen als Einheit wahrgenommen wird. Die Bevölkerung begreift die Region als zusammenhängenden Lebensraum, die Handlungen der Akteure richten sich auf eine nachhaltige Entwicklung dieses Raumes, und in der horizontalen Kooperation mit anderen Regionen tritt die Region als Handlungseinheit auf.

Um dieses Ziel zu erreichen, ist die kulturelle oder symbolische Identität, also die Wahrnehmung und Nutzung der grenzübergreifenden Region als gemeinsamer, transnationaler Kulturraum, eine Hauptstufe. Hier soll insbesondere die Frage untersucht werden, ob die Region Sønderjylland-Schleswig in den zehn Jahren ihres Bestehens einen Handlungsraum mit einer Handlungseinheit ausgebildet hat oder wie weit sie gegebenenfalls auf diesem Weg gekommen ist.

### **3. Der Weg zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit**

Die Situation an der deutsch-dänischen Grenze hat nach 1945 vier Phasen durchlaufen:

Die erste Phase bis Mitte der 1950er Jahre ist gekennzeichnet von grenzüberschreitender Konfrontation. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs forderten eine Mehrheit der einheimischen Bevölkerung Südschleswigs und Teile der dänischen Bevölkerung und Politik eine Grenzrevision. Südschleswig sollte möglichst bis zur Eider Dänemark einverleibt werden. Es gab zwar in Dänemark nie eine politische Mehrheit für diese Forderung, und auch die britische Besatzungsmacht signalisierte, dass sie nicht an einer Grenzverschiebung oder auch nur an einer administrativen Heraustrennung von Südschleswig interessiert war. Dennoch herrschte in der Nachkriegszeit ein Kulturkampf, in dem es nicht nur um die zukünftige Staatsgrenze, sondern auch um die kulturelle Grenze zwischen Deutsch und Dänisch ging. Die nationale Balance der Zwischenkriegszeit war durcheinandergelassen und musste sich neu einstellen.

Die zweite Phase begann mit der Wiederherstellung eines (west-)deutschen Staates mit zwar noch nicht voller Souveränität, aber außenpolitischen Funktionen. Diese Phase kann als „Normalisierung mit Misstrauen“ charakterisiert werden. Durch die Abgabe der Bonn-Kopenhagener Erklärungen im März 1955 wurde diese Normalisierung auch im Verhältnis zu den beiden nationalen Minderheiten bekräftigt. Ende der 1950er Jahre unterschied sich die deutsch-dänische Grenzregion prinzipiell nicht von anderen Grenzregionen in Europa. Der Reiseverkehr war frei und grenzüberschreitende Fragen waren durch staatliche Verträge zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Dänemark geregelt. Dänische Firmen wie Danfoss, die nach der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) 1957 in Südschleswig Produktionsstätten eröffneten, stießen jedoch auf Misstrauen. Teile der schleswig-holsteinischen Landesregierung sowie deren aus deutsch gesinnten Grenzlandpolitikern Nord- und Südschleswigs bestehender grenzpolitischer Rat fürchteten nach wie vor das angebliche dänische Endziel einer Einverleibung Südschleswigs. Auf dänischer Seite wiederum riefen regionale Entwicklungsprogramme wie das Programm Nord die Furcht hervor, diese sollten einem neuen Bodenkampf gegen die dänische Minderheit dienen.<sup>15</sup>



Nachdem Dänemark 1973 der EG beigetreten war, änderte sich der Status der deutsch-dänischen Grenze. Sie war nun eine EG-Binnengrenze. Zahlreiche schleswig-holsteinische Initiativen für eine Entwicklung grenzüberschreitender Zusammenarbeit mit dem Ziel regionaler, grenzüberschreitender Integration begründeten eine neue Phase für die Grenzregion. Die dänische Seite reagierte darauf jedoch zurückhaltend, denn viele Dänen empfanden die nationale Balance im Grenzland noch immer als labil. Die dänischen Grenzlandpolitiker wollten an dieser Balance auf keinen Fall etwas verändern. Verbindliche Formen der Zusammenarbeit lehnten sie ab. An einer regionalen, grenzüberschreitenden Integration waren sie nicht interessiert. Eine Euroregion, wie sie damals schon an den westlichen Grenzen der Bundesrepublik existierten, entstand also noch nicht, doch häuften sich dänisch-deutsche Kontakte im Grenzland. Die grenzüberschreitende Kommission zur Reinhaltung der Flensburger Förde blieb das einzige konkrete Projekt.

Dies änderte sich erst Ende der 1980er Jahre, als die Zahl grenzüberschreitender Initiativen sprunghaft anstieg. Nun trat die Grenzregion in die Phase projekt-ori-



Abb. 1 Einige der „Väter der Region“ bei einer Pressekonferenz 1997: (v.l.n.r.) Landrat Dr. Jörg-Dietrich Kamischke, Kreispräsident Johannes Petersen, beide Kreis Schleswig-Flensburg; Stadtpräsident Peter Rautenberg, Oberbürgermeister Olaf Cord Dielewicz, beide Flensburg; Amtsbürgermeister Kresten Philipsen, Sønderjyllands Amt

entierter Zusammenarbeit, die bis heute andauert und mit der Errichtung der Region Sønderjylland-Schleswig 1997 einen formalen Rahmen bekommen hat. Es waren mehrere Faktoren, die diese Entwicklung ermöglichten. Ein politischer Generationswechsel in Schleswig-Holstein und Sønderjyllands Amt im Jahre 1982 entspannte das immer noch von der Grenzpolitik der Nachkriegszeit geprägte Verhältnis zwischen beiden Partnern. Uwe Barschel als neuer Ministerpräsident und Kresten Philipsen als neuer Amtsbürgermeister waren nicht so von Nachkriegszeit, Grenz- und Kulturkampf geprägt wie ihre Vorgänger. Sie sahen die nationale Balance im Grenzland nicht mehr als labil oder problematisch an. Politische Tabus traten in den Hintergrund. Die Neuordnung der EG-Regionalpolitik in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre gab schließlich den Anlass und durch die finanzielle Unterstützung die Möglichkeit zu konkreten grenzüberschreitenden Projekten. Seither hat die Grenzregion eine quantitativ imposante Entwicklung von grenzüberschreitender Zusammenarbeit unter Beteiligung einer Vielzahl öffentlicher und privater Akteure erlebt.

#### **4. Region Sønderjylland-Schleswig – ein neues Herzogtum Schleswig?**

1997 gründeten das Amt Sønderjylland auf dänischer Seite und die Kreise Schleswig-Flensburg und Nordfriesland sowie die Stadt Flensburg auf deutscher Seite die Region Sønderjylland/Schleswig. Sie definiert sich heute selbst als Euroregion,<sup>16</sup> obwohl bei der Gründung gerade auf den Zusatz „Euro“ verzichtet worden war. Sie ist Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen. „Die Region Schleswig/Sønderjylland bezieht besondere Stärken aus den Erfahrungen ihrer wechselvollen Geschichte und der Überwindung einst trennender Gräben“,<sup>17</sup> heißt es auf der Homepage der Region. In den öffentlichen Diskussionen, die der Gründung der Euroregion vorausgingen, spielten historische Argumente und die konkrete Geschichte der Region eine wichtige Rolle.<sup>18</sup> Die historische Einheit Schlesiws in Verbindung mit dem Gedanken der Überwindung von Grenzen in einem grenzenlosen Europa war das entscheidende Motiv für die deutsche Seite, eine integrierte Grenzregion anzustreben. Der ursprünglich geplante Name Euroregion Schleswig spiegelt die Idee wider, an frühere, grenzenlose Zeiten anzuknüpfen. Erleben wir also eine Rekonstruktion des Herzogtums Schleswig? Eine faktische Analyse der Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sowohl vor der Errichtung der Region Sønderjylland-Schleswig als auch danach zeigt, dass der Umfang dieser Zusammenarbeit seit 1997 bedeutend zugenommen hat. Bereits fünf Jahre nach ihrer Etablierung konnte die Region eine große Anzahl grenzüberschreitender Aktivitäten in den Bereichen Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Verkehr, Tourismus, Hochschulzusammenarbeit, Kultur, Gesundheitswesen, Sport, Jugend und Umwelt vorweisen.<sup>19</sup> Fast alle Projekte



Abb. 2 Der erste Sitz des Regionskontors (1997-2003) am Ochsenweg in Bau

wurden jedoch durch externe Finanzierungsquellen ermöglicht, insbesondere durch das Interreg-Programm der EU. Gleichzeitig haben erste Evaluierungen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Rahmen der Region Sønderjylland-Schleswig ergeben, dass die grenzüberschreitenden politischen Strukturen sehr schwach sind und dass verschiedene Faktoren die Zusammenarbeit behindern, die sich zusammenfassend darin begründen, dass beide Teile der Region zu verschiedenen Staaten gehören:<sup>20</sup>

- Die Zusammenarbeit ist in hohem Maße abhängig vom Engagement einzelner Personen.
- Die öffentliche Verwaltung ist in Deutschland und Dänemark unterschiedlich aufgebaut.
- Es fehlt ein klarer Ausgangspunkt für die Zusammenarbeit, weil die administrativen und politischen Systeme sowie die gesetzlichen Grundlagen verschieden sind.
- Ergebnisse wurden oft nur über lange, bürokratische Umwege erreicht, was auf die Akteure nicht gerade motivierend wirkt.
- Insbesondere auf deutscher Seite besteht eine Sprachbarriere.
- Der grenzüberschreitende Regionalrat hat keine faktische Macht.
- Die deutsche Seite verfügt über keinen finanziellen Spielraum.

- Die Position der Region Sønderjylland-Schleswig im Verhältnis zu anderen administrativen Organen und Gebietskörperschaften ist unklar.

Trotz einer beeindruckenden Anzahl grenzüberschreitender Aktivitäten gelang es also nicht, einen grenzüberschreitenden Handlungsraum zu schaffen. Die Region Sønderjylland-Schleswig kann deshalb auch nicht als transnationale Region bezeichnet werden. Die Grenze beeinflusst die grenzüberschreitenden Beziehungen und Aktivitäten nach wie vor entscheidend, ja sie bestimmt sie. Die ursprünglich zumindest von deutscher Seite mit der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit verbundene Idee einer integrierten, grenzüberschreitenden Region, wie sie sich auch in den eingangs genannten Zielsetzungen einer Euroregion finden, konnte nicht erreicht werden.

Dies ist auch den heutigen Akteuren bewusst. Ein scheinbar unbedeutender Prozess, nämlich die Namengebung für die Region, macht deutlich, wie sich die Auffassung über den Charakter der Region geändert hat. Der ursprünglich geplante Name, „Euroregion Schleswig“, knüpfte an das Herzogtum Schleswig an, also an die gemeinsame historische Vergangenheit des Territoriums und damit an die Gemeinsamkeit der Region. Er deutete auf eine Rekonstruktion des Herzogtums hin. Der Name „Schleswig“ erwies sich jedoch zugleich als problematisch und war auf dänischer Seite letztlich nicht konsensfähig. Am Namen Schleswig entzündete sich nämlich der Konflikt der beiden Narrationen der Geschichte des Herzogtums. Nationale Dänen, sowohl aus Sønderjylland als auch aus dem restlichen Königreich, lehnten den Namen Schleswig als „deutsch“ ab. Hier spielte natürlich die Nationalisierung des 19. Jahrhunderts eine zentrale Rolle. Im Prinzip sind Schleswig und Sønderjylland synonyme Begriffe für dasselbe Territorium. Seit der frühen Neuzeit hatte sich der Name Schleswig als allgemein gültig eingebürgert. Er symbolisierte allerdings, zumindest im jüngeren dänischen Geschichtsverständnis, den deutschen Charakter des Herzogtums. Auf dänischer Seite dominierte daher seit dem 19. Jahrhundert der wiederentdeckte Begriff Sønderjylland, der als Pendant zu Nørre Jylland die Verbundenheit mit dem dänischen Jütland ausdrückte.<sup>21</sup> Als deutlich wurde, dass der Name Schleswig nicht durchsetzbar war, einigte man sich auf den Namen Region Sønderjylland/Schleswig. Der Schrägstrich deutet an, dass es sich um zwei Namen für dasselbe Territorium handelt. Prinzipiell drückt er also wiederum das Ziel aus, etwas Gemeinsames, Grenzüberschreitendes zu schaffen. Andererseits zeigt der Doppelname aber auch, dass es eben nicht möglich war, einen gemeinsamen Namen zu finden. 2002 wurde der Schrägstrich im Namen durch einen Bindestrich ersetzt: Region Sønderjylland-Schleswig.<sup>22</sup> Der „verbindende“ Bindestrich löste den „trennenden“ Schrägstrich ab. Unbewusst verließ man damit die Idee des Gemeinsamen, der im Prinzip zusammengehörenden grenzübergreifenden Region. Die verantwortlichen Akteure haben sich damit der Wirklichkeit und der heutigen

Bedeutung der Namen Schleswig und Sønderjylland angepasst. Es existieren zwei Grenzregionen: Schleswig südlich der Grenze und Sønderjylland nördlich der Grenze, die sich in einer Region Sønderjylland-Schleswig zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zusammengeschlossen haben.

Insgesamt funktioniert die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Region Sønderjylland-Schleswig heute so gut oder so schlecht wie in anderen Euroregionen auch. Es ist eine gewisse Normalität eingetreten, wenn auch das kulturelle Gleichgewicht, insbesondere was Sprachkenntnisse und Sprachgebrauch bei informellen grenzüberschreitenden Kontakten angeht, noch nicht erreicht worden ist. Aber auch hier gibt es Fortschritte. So kann heute zumindest im Ausschuss Bildung und Entwicklung der Regionalversammlung jedes Mitglied in seiner Muttersprache reden und wird auch verstanden. Auf deutscher Seite sind selbst passive dänische Sprachkenntnisse indes immer noch ein ausgeprägtes Elitephänomen.

Das heutige wirtschaftliche Ungleichgewicht zu Ungunsten der deutschen Seite, so könnte man zynisch behaupten, ist hier vielleicht ein ausgleichendes Element. Mit Hilfe der Region Sønderjylland-Schleswig wird der grenzüberschreitende Arbeitsmarkt zumindest zur Zeit Wirklichkeit, wenn auch nur in eine Richtung. Die



Abb. 3 Abfahrtsbereiter Triebwagen auf der Westbahn Tønder-Niebüll, deren Wiedereröffnung zu den bisher größten Erfolgen des Regionalrats zählt

Zahl der Grenzpendler nach Dänemark steigt inzwischen monatlich, dänische Arbeitgeber inserieren südlich der Grenze, und auch die grenzüberschreitende Stellenvermittlung der Bundesagentur für Arbeit ist besser geworden. Damit steigt zweifellos auch das Interesse am Lernen der Nachbarsprache. Empirisch ist dies noch schwer messbar, es zeigt sich aber zum Beispiel daran, dass die dänischen Minderheiteninstitutionen die rückläufige Geburtenrate bisher nicht zu spüren bekommen. Während in Schafflund westlich von Flensburg 2006 ein deutscher Kindergarten geschlossen wurde, wurde die Kapazität des dortigen dänischen Kindergartens im gleichen Jahr um 50 Prozent erhöht, um der Nachfrage gerecht zu werden. Im Schuljahr 2007/08 wurden zudem 16 Schüler in die 1. Klasse der dänischen Schule Schafflund-Wallsbüll eingeschult, bei sonst sechs bis zehn Schülern pro Jahrgang.

## **5. Zukunftsperspektiven**

Die tiefgreifende dänische Verwaltungsstrukturreform, die zum 1. Januar 2007 in Kraft trat, hat auch für die Institution Region Sønderjylland-Schleswig große Bedeutung. Ihre Auswirkungen sind noch nicht endgültig absehbar. Statt eines dänischen Partners (Sønderjyllands Amt) sind jetzt die vier dänischen Großkommunen Aabenraa, Tønder, Haderslev und Sønderborg sowie die Region Syddanmark Mitglieder der Region. Es ist in den ersten zehn Jahren der Region oft beklagt worden, dass die drei deutschen Partner Schwierigkeiten gehabt hätten, mit einer Stimme zu sprechen und sich auf gemeinsame Interessen in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu einigen. Jetzt bleibt zu befürchten, dass auf der dänischen Seite ähnliche Probleme entstehen. Die neuen Initiativen des Landes Schleswig-Holstein zusammen mit der Region Syddanmark zeigen auch, dass die Region Sønderjylland-Schleswig nicht das Monopol auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit hat. Vielleicht werden die grenznahen Kommunen in Zukunft auch direkt zusammenarbeiten, zum Beispiel Flensburg mit Sønderborg und Tønder mit dem neuen Amt Südtondern? Dies wird die Zukunft zeigen. Im Hinblick auf die Ausgangsfrage kann man zusammenfassend feststellen, dass die Institution Region Sønderjylland-Schleswig einen gemeinsamen Handlungsraum „Schleswig“ nicht geschaffen hat. Der grenzüberschreitende Raum Sønderjylland-Schleswig ist untergliedert in viele Teilräume, die in erster Linie innerhalb der nationalen Grenzen miteinander vernetzt sind. Die Zahl der grenzüberschreitenden Vernetzungen hat sich aber zweifellos seit der Gründung der Region Sønderjylland-Schleswig bedeutend erhöht. Man darf also keinesfalls zu dem Schluss kommen, die Gründung sei ein Fehler gewesen und die Mittel hätten anders besser eingesetzt werden können. Nur – auf dem Weg, einen gemeinsamen, grenzüberschreitenden Handlungsraum zu schaffen, sind wir noch



nicht sehr weit gekommen (falls der große Teil der regionalen Akteure überhaupt schon aufgebrochen ist). Aber vielleicht ist das ja auch gar nicht unbedingt nötig. Kennzeichnend für die heutige Normalität an der deutsch-dänischen Grenze ist jedoch, dass die Geschichte der Region, ihre historische Gemeinsamkeit und das Vorhandensein nationaler Minderheiten heute keine signifikante Bedeutung für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mehr haben. Diese funktioniert, wenn gemeinsame Interessen umgesetzt werden können, und wenn Fördergelder der EU Pläne möglich machen, die sonst auf ewig in den Aktenschränken verstauben würden.

#### Anmerkungen

- 1 Präambel, Europäische Charta der Grenz- und grenzübergreifenden Regionen, Neufassung 2004, <http://www.aebr.net/> (20.7.2005).
- 2 Präambel des Vereinbarungstextes, <http://www.region.de/wm210226> (Stand 31.7.2007)
- 3 Dieser Artikel basiert auf dem im Dezember 2006 in dänischer Sprache erschienenen Buch des Verfassers: *Fra modspil til medspil? Grænseoverskridende samarbejde i Sønderjylland/Schleswig*, Aabenraa: Institut for Grænseregionsforskning – Syddansk Universitet. Vgl. auch Martin Klatt: Was nützt die historische Einheit Schleswigs? Überlegungen zum Einfluss der Geschichte auf die heutige Tagespolitik in der deutsch-dänischen Grenzregion, in: Martin Rheinheimer (Hrsg.): *Grenzen in der Geschichte Schleswig-Holsteins und Dänemarks*, Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins, Bd. 42, Neumünster 2006, S. 417-434, und ders.: *Common Cross-Border Regional History as an Approach to People-to-People Cooperation and Cross-Border Regional Integration*, in: Madeleine Hurd (Hg.): *Borderland Identities. Territory and Belonging in North, Central and East Europe*, Baltic and East European Studies 8, Eslöv: Gondolin 2006, S. 109-146.
- 4 Peter Schmitt-Egner: „Grenzüberschreitende Zusammenarbeit“ in Europa als Gegenstand wissenschaftlicher Forschung und Strategie transnationaler Praxis. Anmerkungen zur Theorie, Empirie und Praxis des transnationalen Regionalismus, in: Gerhard Brunn/Peter Schmitt-Egner (Hrg.): *Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Europa. Theorie – Empirie – Praxis*, Baden Baden 1998, S. 37.
- 5 „A transfrontier region is a potential region, inherent in geography, history, ecology, ethnic groups, economic possibilities and so on, but disrupted by the sovereignty of the governments ruling on either side of the frontier“, Council of Europe: *Handbook on transfrontier co-operation for local and regional authorities in Europe* (prepared by Charles Rique), Strasbourg 1996.
- 6 Die deutsch-niederländische Mozer-Kommission zur Euregio-Konzeption, 19.8.1970, zit. nach Viktor von Malchus: *Partnerschaft an europäischen Grenzen. Integration durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit*, Europäische Schriften des Instituts für Europäische Politik, Band 39/40, Bonn 1975, S. 14f.
- 7 Der amerikanische Regionalforscher Niles Hansen, zit. nach Michael Schack und

- Christian Hansen: Cooperation in Border Regions - Why and How? Aabenraa 1997, S. 8 f.
- 8 von Malchus, Partnerschaft an europäischen Grenzen (wie Anm. 6), S. 14f.
  - 9 ‚The scars of yesterday’s history‘ als ‚meeting point of different nations‘, zit. nach Henrik Becker Christensen: Europarådet og grænseregionerne. Grænseoverskridende kommunalt og regionalt samarbejde 1949-1979, Aabenraa 1979, S. 165.
  - 10 Die Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (AGEG) hat im Jahre 2000 136 Grenz- und grenzübergreifende Regionen an fast allen Staatsgrenzen Europas gezählt (Karte European Border Regions 2000, AGEG, Gronau).
  - 11 Peter Schmitt-Egner: „Grenzüberschreitende Zusammenarbeit“ (wie Anm. 4), S. 30f.
  - 12 Peter Schmitt-Egner: „Transnationaler Regionalismus“ als Gegenstand der Politikwissenschaft, in: Jürgen Bellers und Claudius Rosenthal (Hrg.): Die gesellschaftliche Basis von Außenpolitik. Internationale Wirtschaft, Umwelt, Ideologien, Regional- und Entwicklungspolitik, Münster 2001, S. 406.
  - 13 Peter Schmitt-Egner: „Grenzüberschreitende Zusammenarbeit“ (wie Anm. 4), S. 63 f.
  - 14 Ebd., S. 65 f.
  - 15 Vgl. Martin Klatt: Flygtningene og Sydslesvigs danske bevægelse 1945-1955, Flensburg 2001, S. 321 ff.
  - 16 <http://www.sja.dk/sja/RegionDE.nsf/links/D6A9B486ED8487A5C1256BC300460D3B> (28.7.2005).
  - 17 <http://www.sja.dk/sja/RegionDE.nsf/links/38741B4F0ED92CB1C1256BC600420E78> (28.7.2005).
  - 18 Für die Debatte auf der dänischen Seite vgl. Jacob Illum Damsgaard: Der må være en grænse – osse mellem gode naboer: En analyse af modstanden mod oprettelsen af det grænseoverskridende samarbejdsorgan Euroregion Slesvig. Unpublizierte Examensarbeit, Aarhus 1999 (Exemplar in der Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig).
  - 19 Thede Boysen und Jesper Toft (Red.): Region Sønderjylland-Schleswig. 5 Jahre deutsch-dänische Zusammenarbeit in der Grenzregion 1997-2002, Padborg 2002.
  - 20 Den første generelle vurdering af Aftalen om oprettelsen af Region Sønderjylland/Schleswig, Regionskontor, September 2000, Archiv des Instituts für Grenzregionforschung Apenrade (IFG), jr. nr. 12-0-1, Anne-Mette Hjalager: Evaluering af arbejdet i Region Sønderjylland-Schleswig 2000-2004, Dezember 2004, und Mette Lund Andersen: Grænsen i hverdagen – grænsen i hovedet, Aabenraa/Sønderborg 2004.
  - 21 Zum Gebrauch der Begriffe „Sønderjylland“ und „Schleswig“ vgl. Lars N. Henningsen und Hans Schultz Hansen: „Sønderjylland“ og „Slesvig“, in: Sønderjyske Årbøger 1997, S. 5-26 sowie Jørn Buch, Der Begriff „Sønderjylland“ früher und heute, in: GFH 3/2001, S. 147-158.
  - 22 Regionalrat, 10.10.2002, IFG, jr. nr. 12-0-1.



# Der schleswigsche „Flickenteppich“

Komplizierte Verwaltungsstrukturen zwischen Eider und Königsau bis 1864

von GERRET LIEBING SCHLABER

*In Deutschland gibt es Bundesländer, Stadt- und Landkreise, Amtsverwaltungen bzw. Verwaltungsgemeinschaften und auf unterster Ebene die Stadt- und Landgemeinden. Dänemark gliedert sich unterhalb der staatlichen Ebene seit Jahresbeginn 2007 sogar nur noch in Regionen und Kommunen mit klaren Kompetenzzuweisungen. Bis 1864 sah es in der Region noch ganz anders aus: Das Herzogtum Schleswig glich einem Flickenteppich mit völlig verschiedenen und einander oft überschneidenden Gebietskörperschaften. Im Folgenden gibt unser Redaktionsmitglied Gerret Liebing Schlaber einen Überblick über diese komplizierten Verhältnisse und über die Hintergründe ihrer Entwicklung.<sup>1</sup>*

*Die Redaktion*

## **Schleswig unter der dänischen Krone**

Im Frühmittelalter war das spätere Herzogtum Schleswig zwischen Eider und Königsau ein Teil Jütlands. In der Waldemarszeit nahm Schleswig allmählich Gestalt als eigenständiges Territorium an, und mit der Regierung des Herzogs Abel ab 1241 trat es als selbständige Größe in die Geschichte ein, die bald von den zunehmenden Konflikten zwischen dänischer Krone und holsteinischem Grafenhaus geprägt wurde. 1435 hatte Graf Adolf VIII. schließlich das Ziel erreicht. Er erhielt Schleswig als Erblehen. Da er keine Erben hinterließ, konnte sich ein eigenständiger schleswig-holsteinischer Fürstenstaat jedoch nicht etablieren.

Um neue Gegensätze zu verhindern, wählte ein ständischer Ausschuss 1460 Adolfs Neffen, den dänischen König Christian I., zum neuen Landesherrn, der den schleswig-holsteinischen Ständen in der berühmten Ripener Handfeste bedeutende Zugeständnisse machte.<sup>2</sup> Das Herzogtum Schleswig und die Grafschaft (ab 1474 ebenfalls Herzogtum) Holstein erhielten dabei gegenüber dem Königreich Dänemark einen Sonderstatus, dennoch wurde der Einfluss der Zentralverwaltung im Zuge des späteren Ausbaus der Landesherrschaft auf Kosten der Ständemacht zusehends größer.

Ab dem 16. Jahrhundert entwickelten sich die Behörden der Zentralgewalt zu festen Einrichtungen, deren Einfluss sich gleichermaßen über alle Teile der

Monarchie erstreckte. Mit der Durchsetzung des Absolutismus um 1660 wurden Kanzleien und Rentekammer zu den entscheidenden Verwaltungseinrichtungen. Zur Kammerverwaltung gehörte alles, was dem Landesherrn besonders wichtig erschien, nämlich die Finanzen, die wirtschaftliche Entwicklung, der unmittelbare Besitz der Krone und in vielen Fällen auch Personalfragen. Den Kanzleien oblagen hingegen die Rechtsprechung, die Anordnung allgemeiner Gesetze, die allgemeine Verwaltung und sehr lange auch die Außenpolitik. Die dabei vorgenommene Aufteilung in eine Dänische und eine Deutsche Kanzlei hatte weder regionale noch nationale Gründe: Entscheidend war der praktische Sprachgebrauch. Da lateinischer und später französischer Schriftverkehr über die Deutsche Kanzlei abgewickelt wurde, besaß diese bis zur Einrichtung eines eigenen Departements für auswärtige Angelegenheiten 1770 erhebliche außenpolitische Bedeutung. Ab 1807, als die deutsche Sprache in der dänischen Monarchie nur noch in den Herzogtümern von Bedeutung war, wurde sie in „Schleswig-Holsteinsche“, ab 1816 dann „Schleswig-Holstein-Lauenburgische Kanzlei“ umbenannt, blieb aber ebenso wie die Rentekammer, die trotz der Einrichtung spezieller Abteilungen für die Herzogtümer eine einheitliche Behörde blieb, Teil der Zentralgewalt in Kopenhagen.

Am deutlichsten trat die administrative Sonderstellung der Herzogtümer durch die Einrichtung eigener Provinzialbehörden hervor, wie es sie in keinem Teil des Königreichs gab. Seit dem 16. Jahrhundert vertrat ein Statthalter als Vertrauter des Königs dessen Interessen, auch gegenüber den seit 1544 regierenden Herzögen von Gottorf.<sup>3</sup> Seit 1648 wurde dieser durch eine Regierungs- und Justizkanzlei für die königlichen Teile beider Herzogtümer unterstützt. Ab 1713 wurde diese zwar auf Holstein beschränkt, für Schleswig aber ein eigenes Obergericht auf dem nun wieder königlichen Schloss Gottorf eingerichtet.

Der Spielraum des Obergerichts gegenüber den Zentralbehörden war jedoch begrenzt. Mit der Einführung der Gewaltenteilung auf provinzieller Ebene 1834 im Zuge der politischen Neuordnung des dänischen Konglomerats- bzw. Gesamtstaates, musste es seine exekutiven Befugnisse an eine neue Königlich Schleswig-Holsteinische Regierung abgeben. Dies war ein erster Schritt auf dem Wege der Trennung von Verwaltung und Rechtsprechung. Zudem wirkten neue Ständeversammlungen für Schleswig und Holstein sowie analog im Königreich für die Inseln und für Jütland im begrenzten Umfang bei der Gesetzgebung mit. Dabei wurde die Sonderstellung der Herzogtümer durch die gleichzeitige Gründung eines in Kiel ansässigen Oberappellationsgerichts als höchste Rechtsinstanz für alle drei Herzogtümer bestätigt.

Auch nach dem Ende der absoluten Monarchie und der Einführung der Ministerialregierung 1848/49 behielten die Herzogtümer ihren administrativen Sonderstatus. Zwar gehörten die 1850/51 bzw. 1852 geschaffenen Ministerien für



Abb. 1 Schloss Gottorf – von 1713 bis 1850 Sitz der wichtigsten Provinzialbehörden. Hier ein Foto von Friedrich Brandt, ca. 1864

Schleswig bzw. für Holstein und Lauenburg zu den obersten Zentralbehörden, doch im Gegensatz zu den anderen Ministerien waren sie dem neuen dänischen Reichstag gegenüber nicht verpflichtet. Das Grundgesetz vom 5. Juni 1849 fand zudem in den Herzogtümern keine Anwendung. Auch nach dem Bürgerkrieg, als die dänische Verwaltung eine stärkere Trennung Schleswigs von Holstein anstrebte, behielten also die Herzogtümer, und zwar jedes für sich, ihre besondere administrative Stellung im Verhältnis zum Gesamtstaat bei.

### **Landesherrschaft, Adel und Kirche**

Hatte die schleswigsche Verwaltung auf den oberen Ebenen viel mehr Gemeinsamkeiten mit der holsteinischen als mit der dänischen, sah das Bild auf den unteren Ebenen teilweise anders aus. Dies verdeutlicht ein Blick auf die Ämter, die die größten und wichtigsten landesherrlichen Gebietskörperschaften auf regionaler Ebene waren. Die Ämter waren im Spätmittelalter aus den Lehnsdistrikten um die landesherrlichen Burgen entstanden. Obwohl der Begriff „Amt“ für eine untergeordnete Verwaltungseinheit aus dem Süden kam und erst ab 1660 auch in Dänemark offiziell wurde, waren die schleswigschen Ämter meist den dänischen ähnlicher als den holsteinischen. Lediglich zwei alte holsteinische

Ämter – Rendsburg und Segeberg – konnten sich annähernd mit den schleswigschen Ämtern messen. Hingegen gab es sehr viele kleine und oftmals geografisch uneinheitliche Ämter in Holstein, die in Schleswig nur wenige Pendanten hatten.<sup>4</sup> Auch die Funktion als Gerichtsbezirk war in Schleswig unüblich. Eine Ursache für diese prägnanten Unterschiede war, dass ein wesentlich größerer Teil Holsteins unter adeliger und (zumindest bis zur Reformation) geistlicher Herrschaft stand. Noch deutlicher waren die Unterschiede bei den unteren Gerichts- und Polizeibezirken. Wie in Dänemark gehörten die Harden zu den ältesten Verwaltungseinheiten überhaupt. Ergänzt wurden sie durch kleinere Birke bzw. Vogteien, die meist später durch den Rückkauf adeliger oder kirchlicher Einheiten entstanden. In Holstein hingegen waren sie unbekannt, hier bildeten Kirchspielsvogteien das Rückgrat der landesherrlichen Verwaltung auf der unteren Ebene.

Eine weitere Besonderheit bildeten die Landschaften und die oktroyierten Köge. Erstere entstanden vor allem im friesischen Rechtsgebiet durch den Zusammenschluss „von unten“. Eine entscheidende Triebfeder war dabei der Küstenschutz, der sich nicht allein auf Dorf-, Kirchspiels- oder Hardesebene organisieren ließ. Auch andere eigenständige Bezirke, vor allem die Inseln, entwickelten sich zu Landschaften.<sup>5</sup> Oktroyierte Köge entstanden durch Privilegien „von oben“: Um kapitalkräftige Investoren für die Eindeichung ungeschützten Marschlandes anzuziehen, erhielten zukünftige Koogseigner ökonomische und administrative Sonderrechte, darunter eine eigene Gerichtsbarkeit, die in einer „Oktroy“ festgehalten wurden. Auf diese Weise entstanden zwischen Emmerleff-Kliff und Sorge-Niederung 21 selbständige Köge.

In Dänemark waren solche Gebietskörperschaften völlig und in Holstein nahezu unbekannt: Nur die Landesteile Dithmarschens wurden nach 1559/81 ebenfalls als Landschaften eingerichtet. Da ihre Landvögte den Amtsmännern gleichgestellt waren und die Kirchspiele ihre große Bedeutung als Rechts- und Polizeibezirke behielten, war die Dithmarscher Eigenständigkeit noch ausgeprägter. Auch die einzigen oktroyierten Köge lagen hier, doch nur zwei von ihnen entsprachen den schleswigschen. Drei Köge waren als landesherrlicher Besitz zusammengefasst und der Sophienkoog bildete praktisch ein Privatgut. Zudem gab es in Holstein „Wildnisse“ (Marschgüter) und die Kremper- und Wilstermarschen, die keine Parallelen nördlich der Eider hatten.

Bei den Städten nahm Schleswig wiederum eine Zwischenstellung ein. Während in Holstein nahezu alle Städte „lübsche“ Stadtrechte hatten, galt dies in Schleswig nur für Tondern und das geografisch ohnehin Holstein nähere Burg auf Fehmarn.<sup>6</sup> Andererseits gab es in Schleswig wie in Holstein und weiten Teilen Mitteleuropas so genannte Flecken, also „Minderstädte“ mit bestimmten wirtschaftlichen und administrativen Sonderrechten. Diese waren in Dänemark unbekannt, dort erhielten auch kleine Handelsplätze Stadtrechte.



Abb. 2 Vereinfachte Übersicht über Ämter und Landschaften des Herzogtums Schleswig bis 1853. Die mit <G> bzw. <OK> gekennzeichneten Gebiete stellen geschlossene Güter- und Koogsdistrikte außerhalb der Ämter dar, mit <L> sind die Reste der Lundtoftgarde (zum Amt Tøndern, ab 1850 Amt Apenrade) markiert. Verstreut belegene Adelsgüter, Amtsexklaven und kirchliche Jurisdiktionen sind nicht berücksichtigt

Ein gewichtiges Kapitel für sich waren die adeligen Güter. Die meisten von ihnen lagen im östlichen Schleswig, und spätestens seit 1524 hatten die Gutsherren die volle Untergerichtsbarkeit über ihre Besitzungen und Untertanen, wenn auch nicht alle diese Sonderrechte wahrnahmen. Die im Durchschnitt kompakteren und größeren Güter in Holstein waren hingegen auch in der Praxis fast alle Gerichtsbezirke, während dies im Königreich Dänemark nur für die relativ wenigen zu Lehnsgrafschaften oder Baronien erhobenen Gutskomplexe zutraf. Der Anteil des Adelsbesitzes an der Landesfläche war in Schleswig übrigens sehr viel geringer als in Dänemark, Holstein und Lauenburg.

Bei der lokalen Selbstverwaltung auf Kirchspiels- und Dorfebene gab es wenig Unterschiede, wobei die Ausprägung aufgrund der Besiedlungsform vor allem in den von Einzelhöfen geprägten Marschlandschaften und in den östlichen Güterdistrikten regional variierte. Kirchen-, Schul- und Armenangelegenheiten und mitunter das Hebungs- (Steuer-) und Wegewesen wurden in der Regel auf Kirchspielsebene geregelt, und zwar über alle Jurisdiktionsgrenzen innerhalb der Gemeinde hinweg.<sup>7</sup> Ausnahmen bildeten nur abgerundete Großgüter, oktroyierte Köge und einige wenige selbstbewusste Dörfer. Der Dorfgemeinschaft war wiederum die Organisation der Selbstverwaltung übertragen, die allerdings im Laufe der Zeit immer stärker in die landesherrliche Verwaltung eingebunden wurde.

Zwei Entwicklungen setzten sich in Schleswig nicht durch: Die dänischen Kirchspiele wurden nach den Reformen von 1791 und 1842 die entscheidenden Verwaltungseinheiten auf unterer Ebene und blieben es bis 1970. In Holstein bildeten vor allem die im Vergleich zu Schleswig meist sehr viel größeren Kirchspiele im mittleren und westlichen Landesteil eigene Polizei- und oft sogar Untergerichtsbezirke, was in Schleswig nur auf Fehmarn bekannt war. Auch wenn die schleswigschen Kirchspiele im 19. Jahrhundert gestärkt wurden, bekamen sie nicht dieselbe Bedeutung wie in Dänemark und Holstein.

Auf den unteren Ebenen hielten sich althergebrachte Traditionen wesentlich länger. Daher gab es in Schleswig bis weit ins 19. Jahrhundert hinein noch einige Strukturen, die entweder in dieser Form weder in Holstein noch in Dänemark verbreitet waren oder an die mittelalterliche Verbindung mit Jütland erinnerten. Man kann also mit Recht die schleswigsche Verwaltung als Übergangsbereich zwischen nord- und mitteleuropäischen Traditionen sehen.

## **Streugüter und Kompetenzkonflikte**

Wie erwähnt waren die Verwaltungsstrukturen anfangs sehr einfach gestaltet, da das meiste auf lokaler Ebene geregelt werden konnte und der obrigkeitliche Einfluss sich zunächst vor allem in den vergleichsweise einheitlichen Sysseln und Harden geltend machte. Doch schon im Hochmittelalter wurden die Strukturen



komplizierter, zumal der Einfluss der Landesherrschaft auf die lokale Selbstverwaltung zunahm. Dies zeigt sich deutlich in der ersten landesherrlichen Rechtsordnung, dem Jyske Lov, welches König Waldemar II. kurz vor seinem Tod 1241 herausgegeben hatte. Dennoch konnte diese obrigkeitliche Verordnung nicht verhindern, dass Rechtssprechung und Verwaltung auf regionaler und örtlicher Ebene immer mehr zu einem „Flickenteppich“ konkurrierender Zuständigkeiten wurden. Dies lag nicht zuletzt daran, dass die Landesherrschaft nicht an zwei wesentlichen Machtfaktoren vorbei regieren konnte, ja auf deren Unterstützung immer angewiesen war: Adel und Kirche.

Zahlreiche kirchliche Einrichtungen hatten bereits früh die Gerichtsbarkeit über ihre Untertanen erhalten. Zu nennen sind hier die Bischöfe von Schleswig und Ripen, später kamen die Domkapitel, mehrere Klöster, Hospitäler und einzelne Stadtkirchen hinzu. Nicht minder bedeutend war der Adel, der im Mittelalter die militärische Elite des Landes bildete und später auch in der Wirtschaft und Landesverwaltung eine führende Stellung erlangte. Höhepunkt dieser Entwicklung war zweifelsohne der Erlass König Friedrichs I. von 1524, mit welchem er dem Landesadel die volle Gerichtsbarkeit über seine Besitzungen und Untertanen zugestand.

Diese Sonderrechte bereiteten jedoch zahlreiche praktische Probleme. Zum einen waren die Bestimmungen nicht mit heutigen Gesetzen vergleichbar und konnten mit anderen Ordnungen, vor allem mit Gewohnheitsrechten kollidieren. Andererseits wurden öffentliches Leben und Rechtssprechung im Laufe der Zeit immer komplizierter, ohne dass die grundlegenden Ordnungen dem angemessen angepasst worden wären. Zudem lag der Besitz der meisten adeligen und geistlichen Jurisdiktionen teilweise weit verstreut und bildete in vielen Fällen kein zusammenhängendes Territorium. Somit konkurrierte die adelige bzw. geistliche Gerichtsbarkeit in vielen Fällen mit der landesherrlichen Rechtssprechung und Verwaltung, ohne dass es in irgendeiner Form klare Abgrenzungen gab.

Zwar kamen viele geistliche und adelige Besitzungen vor allem im 16. und beginnenden 17. Jahrhundert wieder in die Hand der erstarkenden Landesherren. Die komplizierten Regelungen wurden indes beibehalten. Während die meisten von König oder Herzog bis 1617 aufgekauften Güter komplett von der administrativen Landkarte verschwanden, wurden die übrigen ehemaligen Kirchen- und Adelsbesitzungen als eigenständige Vogteien belassen, selbst wenn der Landesherr ebenso über das umgebende Territorium verfügte. Das hoffnungslos zersplitterte Schleswiger Domkapitelamt bestand beispielsweise noch bis 1777, obwohl der König längst wieder alleiniger Landesherr geworden war.<sup>8</sup>

Auch Ex- und Enklaven verschiedener Ämter hatten eine lange Lebensdauer. So hielt sich die Vogtei Bollersleben bis 1850, der Streubesitz des Amtes Lügumkloster sogar bis 1867, obwohl die Eingliederung in die umgebenden Ämter nur



Abb. 3 Schloss Brunlund vor Apenrade entstand im Mittelalter als Sitz eines landesherrlichen Lehnsmanns und blieb bis nach 1864 Sitz der Apenrader Amtsverwaltung. Foto ca. 1900

ein kleiner verwaltungstechnischer Akt gewesen wäre.<sup>9</sup> Der alte Zustand wurde beibehalten, da die betroffenen Beamten eifersüchtig darauf achteten, dass ihnen keine Einnahmen verloren gingen. Zudem verteidigte auch die lokale Bevölkerung ihre Eigeninteressen. Der Arm der Obrigkeit reichte nicht weit genug, um Reformen gegen die Betroffenen durchzusetzen. Solange sich zudem die Probleme trotz der unübersichtlichen Zuständigkeiten noch zufriedenstellend lösen ließen, bestand hierfür anscheinend keine Notwendigkeit. Somit glich das Herzogtum Schleswig bereits im 16. Jahrhundert auf fast allen Ebenen einem administrativen Flickenteppich, und daran sollte sich bis ins 19. Jahrhundert hinein kaum etwas ändern.

### **Gewohnheitsrecht gegen Reformen**

Unübersichtliche Rechts- und Verwaltungsstrukturen waren zu jener Zeit allerdings nichts Ungewöhnliches. Auch im Königreich Dänemark und in den immer zahlreicher werdenden deutschen Fürstenstaaten war die Lage ähnlich verworren. Dennoch gab es beträchtliche Unterschiede zwischen den verschiedenen



Regionen. Selbst das so mannigfach mit Schleswig verbundene Holstein wies, wie oben angedeutet, teilweise ganz andere Strukturen auf, die allerdings nicht minder kompliziert waren.<sup>10</sup>

Im Königreich Dänemark hatte man seit der Durchsetzung des Absolutismus (Kongelov 1660) und der Einführung des Danske Lov, das 1683 die bisherigen Landschaftsrechte ersetzte, bereits einige Schritte zu einer stärkeren Zentralisierung unternommen. 1791 wurde festgelegt, dass alle Verwaltungsgrenzen miteinander kompatibel sein mussten. Als ab 1807 auch die Lehnsgrafschaften und die noch vorhandenen adeligen Birke ihre Sonderstellung verloren hatten, zeigte die administrative Landkarte Dänemarks mit ihrer flächendeckenden Amts-, Harden- und Kirchspielsverwaltung bereits recht einheitliche Züge.

Obwohl die Herzogtümer in gleichem Maße den zentralen Behörden in Kopenhagen unterstellt waren wie das Königreich, blieben vergleichbare Reformen hier aus. Nach wie vor gab es uneinheitliche Grenzen und Streugüter, und viele Kirchspiele waren zwischen mehreren Harden und Ämtern geteilt. Als die adeligen Gutsherren, deren administrative Sonderstellung ohnehin größer war als im Königreich, 1805 dazu gezwungen wurden, ihre Gerichtsbarkeit mit Hilfe eines professionell ausgebildeten Juristen wahrzunehmen, änderte dies nichts an den Strukturen: Die Güter standen weiterhin außerhalb der Ämter und Harden. Gleiches galt für die oktroyierten Köge und den verbliebenen geistlichen Besitz. Im Laufe des 19. Jahrhunderts wurde es zusehends deutlicher, dass die alten



Abb. 4  
Landgraf Carl von Hessen-Kassel  
(1744-1836) war der Schwager  
König Christians VII. und setzte  
in seiner langen Amtszeit als  
Statthalter (ab 1768) bedeutende  
Akzente in der Verwaltung, Wirt-  
schafts- und Sozialpolitik  
der Herzogtümer

Strukturen nicht mehr zeitgemäß waren. Ein immer größerer Teil des öffentlichen Lebens wurde auf die höhere Ebene verlegt, und die Obrigkeit hatte vermehrt Interesse daran, dass sämtliche Verordnungen auch wirklich bis zur untersten Verwaltungsebene durchdrangen und landesweit Gültigkeit bekamen. Zudem häuften sich Kompetenzkonflikte zwischen verschiedenen Bediensteten, und zwar sowohl wegen unklarer Zugehörigkeiten vieler Wohnplätze zu übergeordneten Einheiten als auch wegen unklarer Kompetenzverteilung in der Verwaltungshierarchie selbst zwischen z.B. Amtmann und Hadesvogt. Dennoch hatte es die Zentralverwaltung mit allzu großen Reformen nicht eilig. Bezeichnend dafür ist das lange Zögern in der Verfassungsfrage.

Nach der Bundesakte von 1815 sollten alle Staaten des neuen Deutschen Bundes, also auch Holstein, eine landständische Verfassung erhalten. Nicht zuletzt wegen der Uneinigkeit darüber, ob auch Schleswig und das Königreich mit einbezogen und inwieweit dies mit durchgreifenden administrativen Reformen verbunden werden sollte, ließen greifbare Ergebnisse auf sich warten. Erst die politische Unruhe im Revolutionsjahr 1830 und Uwe Jens Lornsens berühmte Flugschrift „Ueber das Verfassungswerk in Schleswig-Holstein“ brachten Bewegung. 1834 wurden die Ständeversammlungen als neues politisches Forum mit immerhin beratender Kompetenz bei der Gesetzgebung geschaffen, und die Gewaltenteilung auf den oberen Ebenen durchgesetzt.

Allerdings führte diese Reform auf zentraler und provinzieller Ebene nicht dazu, dass die Neuordnung der unteren Verwaltung vorangebracht wurde. Vieles blieb in der Diskussion stecken (z.B. einheitliche Kommunalordnungen) – nicht zuletzt weil die Thematik immer mehr von der nationalen Frage überschattet wurde.

Nach dem dreijährigen Bürgerkrieg 1848-50 und der totalen Umgestaltung der Zentralverwaltung in Kopenhagen mit einem Ministerialsystem an Stelle der alten Kollegien gingen die oberen Behörden entschlossener vor, scheuten jedoch immer noch vor allzu großen Umbrüchen zurück. Dennoch wurden einige bemerkenswerte Reformen in Gang gesetzt. 1850 wurde der Aufgabenbereich von Amtmännern und Hadesvögten klar getrennt und damit ein wichtiger Schritt zur Gewaltenteilung auf den unteren Ebenen vorgenommen. Zudem wurde ganz Schleswig unter die Aufsicht der neun Amtmänner (darunter der Oberpräsident der Stadt Flensburg) gestellt, so dass alle Landesteile unter ein einheitliches System regionaler Obergewalt gestellt waren.

Die unüberschaubaren Grenzen zwischen den Ämtern Hadersleben, Apenrade und Tondern wurden vereinheitlicht, und das Herzogtum Schleswig erhielt eine Verfassung für die inneren Angelegenheiten. Die wohl bedeutendste Reform war aber die Abschaffung der Patrimonialjurisdiktion am 3. Juni 1853: Damit verloren die adeligen Güter, die oktroyierten Köge und die verbliebenen geistlichen Besitzungen ihren Status als selbständige Gerichtsbezirke. Zwar blieben die territorial

abgerundeten Köge und Güter als untere Polizei- und Verwaltungsbezirke bestehen, doch waren sie damit zu bloßen Landkommunen herabgesunken. Damit verschwanden fast alle Kleineinheiten von der regionalen Verwaltungsebene. Abgesehen von den Städten und den geografisch übersichtlichen Landschaften stand das ganze Schleswiger Herzogtum damit unter einer vergleichsweise einheitlichen Amts- und Hadesverwaltung.

Der Wunsch nach Beibehaltung der alten Strukturen und der Unwille gegenüber Reformen war dennoch groß. So hatte eine Mehrheit der schleswigschen Ständeversammlung die Abschaffung der Patrimonialjurisdiktion strikt abgelehnt.<sup>11</sup> Immer wieder wehrte sich die lokale Bevölkerung gegen Reformvorhaben von oben, wenn sie ihre angestammten Rechte gefährdet sah. Dabei war die Regierung ohnehin vorsichtig vorgegangen: So wurde der Plan, in Schleswig Amtsräte nach dänischem Muster (seit 1842) einzurichten, nur in kleinen Schritten in die Wege geleitet. 1858 wurde gewissermaßen als Pilotprojekt – und nach einem langwierigen Prozess – ein erster Amtsrat im Amt Hadersleben eingerichtet, der sich auch bald bewährte. Doch schon beim nächsten Versuch – in den Ämtern Apenrade, Norburg und Sonderburg – musste sich die Regierung mit massivem Widerstand auseinandersetzen und derart große Kompromisse eingehen, dass der schrittweise Aufbau eines einheitlichen Systems schon im Ansatz scheiterte.<sup>12</sup>

### **Bedeutung für heutige Reformvorhaben**

Somit zeigte die schleswigsche Verwaltung trotz mancher Reform auch 1864 noch ein recht kompliziertes und altertümliches Bild. Deutlich wird aber auch, wie sehr die Strukturen der Verwaltung einerseits durch die Brückenlage zwischen Nord- und Mitteleuropa geprägt wurden und deutliche Gemeinsamkeiten mit, aber auch deutliche Unterschiede zu den Nachbarterritorien in Nord und Süd aufwiesen. Andererseits waren sie von natürlichen Gegebenheiten (v. a. an der Westküste) und von zählbaren Traditionen gekennzeichnet. Dies lag wohl nicht zuletzt daran, dass Schleswig wie auch Holstein als äußeres Gebiet der Monarchie gegenüber der Zentralgewalt mehr Spielraum für eine eigenständige Entwicklung genoss. Dies ist möglicherweise darauf zurückzuführen, dass es weniger Aufmerksamkeit der Kopenhagener Behörden erfuhr, als sie dem Königreich als zentralem Glied des Konglomeratstaats zuteil wurde. Die Überprüfung dieser Hypothese wäre ein lohnendes Forschungsziel.

Mit dem Ende des alten Konglomeratstaats unter der dänischen Krone ging ab 1864 auch die alte schleswigsche Verwaltung unter, allerdings nicht in einem Zug. Erst als die Annexion aller drei Herzogtümer (Schleswig, Holstein und Lauenburg) durch das Königreich Preußen unumkehrbar war, konnte die neue Landesherrschaft 1867 die Strukturen denjenigen im übrigen Reich anpassen.

Als die preußische Verwaltung bei der Umstrukturierung der unteren Gerichtsbarkeit von den alten Magistrats-, Landschafts-, Hades- und Birkgerichten zu einheitlichen Amtsgerichten 1867 auf erheblichen Unwillen stieß, änderte sie ihre Reformstrategie: Abgesehen von unumkehrbaren, notwendigen Zusammenlegungen respektierte sie weitgehend historische Grenzen und ließ einige traditionelle Einrichtungen zumindest so weit bestehen, dass sie ihren Symbolwert behielten. Allerdings führte kein Weg mehr daran vorbei, dass die neuen Einrichtungen mit klaren Hierarchien, kompatiblen Grenzen bzw. Zuständigkeiten und vereinfachten Strukturen künftig die Landesverwaltung bestimmten.

Die Volksabstimmung 1920 und die damit verbundene Teilung in Nord- und Südschleswig bedeuteten für beide Landesteile einen tiefen Einschnitt. Ohne an vorherige Strukturen aus der Zeit des „Flickenteppichs“ anzuknüpfen, wurde die nordschleswigsche Verwaltung rasch dem dänischen System angepasst. Dies ging trotz mancher Unstimmigkeit relativ reibungsfrei ab, zumal die vier ehemaligen preußischen Landkreise Apenrade, Hadersleben, Sonderburg und Tondern mit nur wenigen Grenzänderungen in dänische Ämter umgewandelt werden konnten und die Kirchspielsgemeinden sich ohnehin an historischen Grenzen orientierten, die auch in der Kaiserzeit nicht aufgehoben waren. In Südschleswig blieb das preußische System im Prinzip unverändert, selbst nach der schrittweisen Umwandlung der vormaligen preußischen Provinz Schleswig-Holstein in ein Land der Bundesrepublik Deutschland nach 1946.

Die nächsten Verwaltungsreformen um 1970 schufen noch größere Unterschiede im ehemaligen Herzogtum Schleswig: In Dänemark wurden die Stadt- und Kirchspielsgemeinden zu landesweit 271 einheitlichen Primärkommunen zusammengelegt und 23 derselben dem neuen Sønderjyllands Amt unterstellt. In Schleswig-Holstein führte die gleichzeitige Verwaltungsstrukturreform zu Zusammenlegungen von Landkreisen, Amtsbezirken und Kommunen. Ein grundlegender Wandel war damit freilich nicht verbunden. Auf historische Grenzen wurde dabei ebenso wie in Dänemark wenig Rücksicht genommen.

Die jüngsten Reformen lassen beide Landesteile strukturell noch weiter auseinanderdriften: Während man sich in Schleswig-Holstein bislang auf die Schaffung größerer Amtsverwaltungen konzentriert hat – zunächst sogar auf freiwilliger Basis – und nun die Zusammenlegung von Kreisen erwägt, entstanden in Dänemark Kommunen in Landkreisgröße. Nordschleswig besteht seit 2007 nur noch aus vier selbständigen Einheiten, die ihrerseits einer künstlich geschaffenen Region Syddanmark angehören.

Die jüngste Entwicklung zeigt, dass Verwaltungsstrukturen und deren Reformen ein aktuelles Thema geblieben sind. Auch wenn die heutigen Strukturen auf den ersten Blick kaum Gemeinsamkeiten mit dem alten schleswigschen „Flickenteppich“ aufweisen und sich niemand diesen zurückwünschen wird, kann

das Wissen über die damaligen Verhältnisse sehr hilfreich für heutige Reformbestrebungen sein. Die früheren Strukturen zeigen nämlich, dass auch die vielen kleinen Wohnplätze ihre eigene Geschichte und Identität haben. Dies zu wissen ist wichtig, damit sie nicht in den größeren Einheiten von heute und morgen in der totalen, letztlich auch physischen Bedeutungslosigkeit verschwinden. Dies gilt gleichermaßen auf beiden Seiten der Grenze. Vielleicht kann eine neue Stärkung dieser kleinen Einheiten in einigen Bereichen auch helfen, die praktische grenzüberschreitende Zusammenarbeit weiter voranzubringen, indem man sich im grenznahen Bereich gewissermaßen auf Augenhöhe begegnen kann. Immerhin entwickeln sich im Westteil der Grenzregion zwei große Verwaltungseinheiten, die nicht nur größtmäßig kompatibel sind, sondern sogar im Namen die historische Verbindung betonen: Der seit Jahresbeginn existierenden Großkommune Tondern steht ab dem nächsten Jahr das Amt Südtondern gegenüber. Es wird sich zeigen, ob dies ein Neuanfang der Harmonisierung der Verwaltung beider Teile des alten Herzogtums Schleswig ist.

#### Anmerkungen

- 1 Eine ausführliche Darstellung findet sich im folgenden Werk des Verfassers: Herugdømmet Slesvigs forvaltning. Administrative strukturer og retspleje mellem Ejderen og Kongeåen ca. 1460-1864, 2 Bde, Flensburg 2007.
- 2 Einen guten Überblick über den heutigen Forschungsstand zu diesem Thema bietet Carsten Jahnke: „dat se bliven ewich tosamende ungedeelt“. Neue Überlegungen zu einem alten Schlagwort, in: Zeitschrift der Gesellschaft für schleswig-holsteinische Geschichte 128, 2003, S. 45-60. Siehe auch Reimer Hansen: Was bedeutet up ewig ungedeelt? – Das Ripener Privileg von 1460 im deutsch-dänischen Nationalkonflikt des 19. Jahrhunderts, in: GFH 4/1996, S. 215-232.
- 3 Bis 1722 waren die Statthalter fast immer Angehörige der Familien Rantzau und Ahlefeldt, zuletzt die Besitzer des Seegaard-Gravensteiner Gutskomplexes. Danach waren es überwiegend Vertraute des Königs, die in die königliche Familie eingeheiratet hatten. Der Bekannteste war Landgraf Carl von Hessen-Kassel, der dieses Amt von 1768 bis zu seinem Tod 1836 bekleidete. – Die Landesteilungen ab 1490 bzw. 1544 kann man ebenfalls als Indiz der administrativen Sonderstellung der Herzogtümer im Verhältnis zum Königreich werten.
- 4 Dies waren Lügumkloster und Mohrkirch, die wie mehrere holsteinische aus säkularisiertem Klosterbesitz entstanden waren. Völlig heterogene Ämter wie Steinburg und Zwerg-Ämter um ursprüngliche landesherrliche Burgen wie Kiel, Plön u. a. gab es in Schleswig nur kurzzeitig (Sonderburg 1667-1779). Die von Großämtern abgespaltenen Ämter Bredstedt, Husum und Hütten hatten in Holstein ebenfalls keine Parallelen. Als anderes Extrem in Schleswig seien jedoch das Amt Schwabstedt (die früheren Besitzungen des Schleswiger Bischofs) und das Domkapitelsamt (aufgehoben 1702 bzw. 1777), deren Streubesitz über weite Teile des Landes verteilt war.

- 5 Die beiden „großen“ Landschaften der Westküsten waren Eiderstedt und Nordstrand, doch auch Helgoland, Fehmarn, das nach 1634 von Nordstrand abgespaltene Pellworm, Stapelholm, Sylt, Osterland-Föhr und schließlich ab 1773 Ærø waren Landschaften, wobei letztere vier allerdings Teil eines Amtes blieben. Ähnliche Strukturen hatten auch die mitunter als Landschaft Bredstedt bezeichnete Nordergoesharde sowie die allerdings niemals Landschaften genannten Marschharden des Amtes Tondern, die Wieding- und Bökingharde.
- 6 Fehmarn hatte den Status einer Landschaft, doch gehörte Burg als Stadt seit 1329 nicht dazu. Die vier Kirchspiele (die beiden östlichen allerdings gemeinsam) bildeten eigene Gerichts- und Polizeibezirke.
- 7 Dies galt sogar für die meisten der staatsrechtlich zwischen Herzogtum und Königreich geteilten Kirchspiele in Westschleswig.
- 8 Siehe Karten hierzu bei Klauspeter Reumann: Die Grund- und Gerichtsherrschaft des Schleswiger Domkapitels, Flensburg 1969, im Anhang, und im Werk des Verfassers (s. Anm. 1), S. 269 f.
- 9 Ein Großteil der lügumklostertischen Besitzungen lag in den Nachbarämtern Tondern und Apenrade, die seit 1544 bzw. 1581 unter demselben Landesherrn standen. Das bereits im Spätmittelalter landesherrlich gewordene Gut Bollerleben mit einigem Streubesitz war bis 1713/21 eine Enklave des königlichen Amtes Hadersleben im gottorfischen Amt Apenrade, blieb aber auch danach bestehen.
- 10 Erwähnt seien nur die im Vergleich zu Schleswig meist wesentlich kleineren Ämter, die dort unbekannteren Kirchspielsvogteien, der wesentlich höhere Anteil adeliger Güter an der Gesamtfläche, selbständige Grafschaften wie Pinneberg und Rantzau, welche auch nach ihrer vollständigen Wiedereingliederung einen gewissen Sonderstatus als „Herrschaften“ hatten, das komplizierte Verhältnis zu Hamburg und Lübeck uvm. Auch die sogenannten „Wildnisse“ (Marschgüter mit Sonderstatus) und rechtliche Sondergebiete wie die Wilster- und Krempermarsch waren lokale Besonderheiten. Dagegen gab es in Holstein keine Harden, und auch Landschaften und oktroyierte Köge gab es nur im erst ab 1559 eingegliederten Dithmarschen, dessen beide Teile übrigens noch mehr Eigenständigkeit genossen als die schleswigschen Landschaften.
- 11 Obwohl die Gerichtsbarkeit mit großen Kosten verbunden war, hatte sie für viele einen hohen Symbolwert. So gelang es dem Gutsherrn von Gelting, Baron von Hobe, eine Mehrheit in der Ständeversammlung gegen das Gesetz zu sammeln. Vgl. Gerret [Liebing] Schlaber: Modernisierung eller stagnation, in: Sønderjyske Årbøger 1998, S. 100.
- 12 Da die lokalen Eliten in den drei Ämtern sowohl einen gemeinsamen Amtsrat, welchen der gemeinsame Amtmann favorisierte, als auch einzelne Amtsräte ablehnten, fand man den Kompromiss mit der Einrichtung von sechs Hadesräten. Vor allem die Lundtoffharde wehrte sich gegen jeden Zusammenschluss mit den beiden anderen Harden des Amtes Apenrade. Dass die Hadesvögte als Vorsitzende dieser Gremien wieder stärker in die Verwaltung eingebunden wurden, widersprach der Politik, sie auf die Funktion als Gerichtshalter und Polizeimeister zu spezialisieren. Vgl. Gerret [Liebing] Schlaber: Reformen in Rechtsprechung und Verwaltung in Schleswig-Holstein 1851-64. Wandel und Beharrung, in: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte 1999, S. 118-120.

# Der unbekannte Nachbar

Nikolai Frederik Severin Grundtvig (1783-1872) – Teil 2

von DIETER ANDRESEN

*Der Verfasser führt seinen im Heft 2/2007 begonnenen Beitrag fort, indem er die durch N.S.F. Grundtvig geschaffenen geistigen Grundlagen der dänischen Volkshochschulbewegung sowie seine Theologie herausarbeitet und schließlich Grundtvigs Wirken zusammenfassend würdigt.*

*Die Redaktion*

## 4. „Hochschule des Volkes“

Parallel zu den beiden Hauptwerken veröffentlicht Grundtvig eine Reihe von pädagogischen Schriften (1836-47), in denen er sein Projekt einer „Hochschule des Volkes“ entwickelt.<sup>21</sup> Die wichtigsten von ihnen: „Den danske fir-kløver“ („Das dänische vierblättrige Kleeblatt“, 1836) und „Skolen for Livet“ („Die Schule für das Leben“, 1838).<sup>22</sup> Im gleichen Jahr erscheint unter dem Titel „Mands-minde“ („Menschengedenken“) die Sammlung seiner öffentlichen Vorlesungen zur Zeitgeschichte. Zur inneren Befreiung beim England-Aufenthalt kommen äußere Ereignisse, die seinem Denken neue Schubkraft geben: die französische Juli-Revolution von 1830 und die 1831 angekündigte Einführung von Provinzial-Ständeversammlungen in Dänemark. Beides bewegt Grundtvig zutiefst: die Juli-Revolution als Ausbruch einer tiefen Krise der überkommenen Institutionen, die Ständeversammlungen als Wiedergewinnung der verlorenen „Stimmfreiheit des Volkes“ – ein erster Schritt zur Demokratie. Grundtvig feiert die Verhandlungen der ersten Ständeversammlung in Roskilde (1835-36) als „Thronbesteigung des Mundes“ und erwartet eine „Auferstehung“ des Dänentums durch die Volkssprache. Neben der bürgerlichen Befreiung soll ein freier, selbständiger Bauernstand sich entwickeln. Dazu ist nötig: Bewusstmachung der eigenen Herkunft und Geschichte und vor allem: Aufwertung der „modersmål“ (Muttersprache). Sie soll endlich in ihre natürlichen Rechte eingesetzt werden, um das „römische Joch“, sprich: die Alleinherrschaft der lateinischen Bildung in der gelehrten Welt abzuwerfen. Sprache soll nicht mehr Instrument der Bevormundung, sondern Medium der Befreiung sein. Bildung soll sich nicht mehr monologisch von oben nach unten, sondern als „samtale“ (Gespräch) zwischen Lehrern und Schülern und den Schülern untereinander ereignen. Eine Zeitlang hat Grundtvig die Hoffnung, die alte Akademie in Sørø auf Seeland zu einer Stätte der Volksbildung umzugestalten – eine Idee, die zwar im Königshaus auf Sympathie stößt, aber am Widerstand der Kultusbehörden scheitert. Dennoch



findet sein Konzept einer „Hochschule des Volkes“ immer mehr Resonanz. Hier einige Grundgedanken in Kürze:

Grundtvig entwirft seine pädagogische Vision in scharfem Gegensatz zum akademischen Bildungsbegriff. Bewusst provozierend verwendet er den eigentlich für die Universität reservierten Begriff „Hochschule“ für eine Institution ganz anderer Art: eine Schule, die gegen Bücher-Gelehrsamkeit und Wissen als Selbstzweck zur „Tauglichkeit für das Leben“ verhilft. Gemeint ist das zeitliche, gegenwärtige Leben, das als geschaffenes immer schon da ist und nicht erst von einer Norm oder Idee aus geformt werden muss, auch nicht nach einem wie immer bestimmten „christlichen Menschenbild“. Gegenwärtiges Leben heißt auch: Zugehörigkeit zu einem bestimmten Volk und Prägung durch seine Geschichte. Gegen einen abstrakten Humanismus der Aufklärung, der meint, das Nationale zugunsten eines allgemeinen Weltbürgertums ignorieren zu können, plädiert Grundtvig für Erhellung und Bewusstmachung der eigenen Nationalität. Dazu gehört auch der Zusammenhang mit dem Volksleben in der Vergangenheit. Bildungsarbeit soll „historisch-poetisch“ vermitteln, was Mythen, Geschichte und Dichtung von den wahren Bedingungen des Menschenlebens erzählen. Geschichte ist nicht die Anhäufung von Daten und Fakten, sondern „Lebens-Erfahrung im Großen“. Als Gedächtnis des Menschengeschlechts macht sie uns „über das Menschenleben klüger als unsere eigene beschränkte Erfahrung es vermag“.<sup>23</sup>

Der Unterricht soll frei, lebendig und natürlich sein und damit der Lebendigkeit seiner Inhalte entsprechen. Sein Ziel ist die „Lebenserhellung“, die sich in lebendiger Wechselwirkung und mündlicher Rede vollzieht. Substanz der Bildungsarbeit ist nicht die Summe der jeweiligen Stoffe und Lernziele, sondern das Unterrichtsgeschehen selbst. Der Weg ist hier schon das Ziel.

Weitere Merkmale eines lebendigen Unterrichts sind Heiterkeit, Vorrang der Mündlichkeit vor dem geschriebenen Wort, Vermeidung von Abstraktion, Hinwendung zum Nahen und Nützlichen: „Die Heiterkeit ist das Leben der Schule.“ Primär gilt es, in der Bildungsarbeit das Gefühl anzusprechen. Ein bewegtes Herz ist zur „Lebenserhellung“ so unverzichtbar wie ein wacher Kopf. Herzlichkeit aber gehört – so Grundtvig – vor allem zur Natur des dänischen Volkes. Er nennt es auch das „Liebes-Geschlecht“.<sup>24</sup>

Grundbedingung von allem ist aber die Freiheit, in der allein der Geist sich entfalten kann: „Freiheit ist Element des Geistes.“ Aber nicht individualistisch verstanden wie die „liberté“ der französischen Revolution, sondern nordisch als „frihed“, die sich im Gemeinschaftsleben erweist und den Respekt vor dem anderen Menschen voraussetzt. Davon ist aber nicht moralisch-ermahnend zu reden, sondern lockend und werbend, aus der Lust zum Leben heraus, denn: „Alle Lebenserhellung ist zart und sanft.“ Sie bringt kein fremdes Licht in die Welt, sondern bringt zum Leuchten, was schon da ist: das Menschenleben in seinem



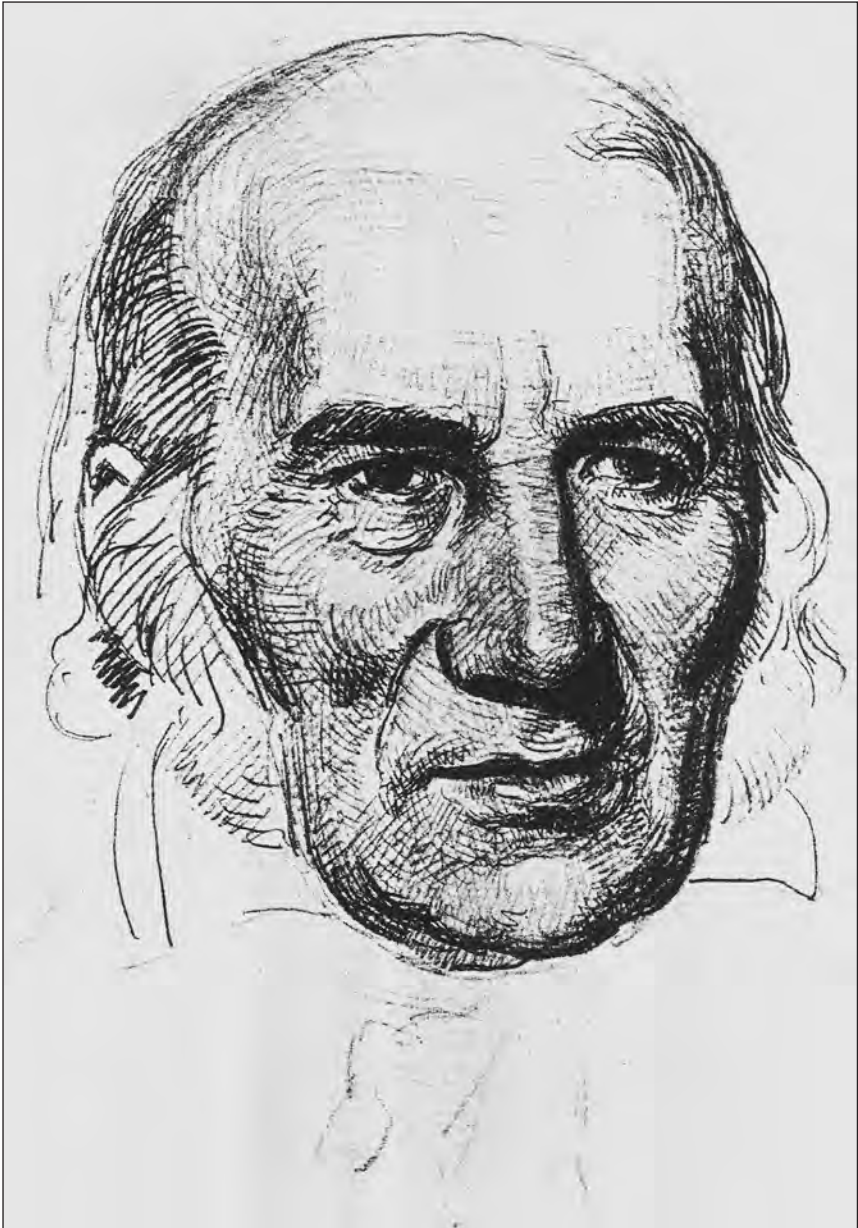


Abb. 6 N.F.S. Grundtvig 1847. Zeichnung von P.C. Skovgaard

Zusammensein mit allem, was lebt.

Soviel zu den Grundsätzen. Das liest sich z. T. wie ein dänischer Rousseau, auch wie die Vorwegnahme deutscher reformpädagogischer Ansätze im 20. Jahrhundert (Fr. Paulsen, E. Spranger u. a.), trägt aber die unverwechselbare Handschrift des Urhebers. Sie zeigt sich im Stellenwert von Begriffen wie: „folkelighed“, „folke-aand“, „modersmål“, „fædreland“, „menneske-liv“ u. a., die nur im Kontext seines Denkens verstehbar sind. „Folkelighed“ z. B. meint etwas völlig anderes als „Volkstum“ und „volkstümlich“ – Worte, die an Folklore und Heimattümelei denken lassen und antiintellektuelle Affekte bedienen. „Das Volk ist nicht ‚tümlich‘.“ Diesem Satz von Bert Brecht hätte Grundtvig gewiss applaudiert. Ihm steht ein Volk vor Augen, das sich seiner Zusammengehörigkeit und nationalen Eigenart kämpferisch bewusst wird. „Folke-lighed“ ist wörtlich mit „Volk-Gleichheit“ zu übersetzen, meint also das dem eigenen Volk Gemäße, seine Identität nach innen und außen. Nach innen ist „folkelighed“ das Bewusstsein des eigenen „Volksgeistes“ („folke-aand“). Jedes Volk hat nach Grundtvig seinen eigenen Geist. Diese Volksgeister sind aber von unterschiedlicher Qualität. Den „englischen Volksgeist“ z. B., der sich in pragmatischer Tüchtigkeit und technisch-industriellem Fortschritt beweise, sieht Grundtvig ambivalent: Er bewundert rückhaltlos „den Heldengeist, der die Maschinen geschaffen hat“, sieht aber zugleich die Kehrseite eines Fortschritts, der „Hunderttausende von Menschen den Maschinen opfert“<sup>25</sup> und damit um ihr Leben betrügt. Der „deutsche Volksgeist“ („Tydske Aand“) mit seiner Ordnungsmanie, seinem lebensfremden Idealismus, seinem dualistischen Menschenbild und seiner endlichen Inkarnation im preußischen Militarismus wird als schlechthin bedrohlich erlebt. Eindeutig positiv wertet Grundtvig aber den Geist seines dänischen „fædreland“, der sich durch Herzlichkeit, Natürlichkeit, Freiheit, Gemeinsinn und Liebe zum irdisch-alltäglichen Dasein auszeichne. Aber auch dieser Geist ist nicht einfach abrufbar vorhanden, sondern will stets von neuem erweckt und bewährt werden. Zu Überheblichkeit oder gar Nationalhass besteht kein Anlass. Sowenig jemand, nur weil er Deutscher ist, mit den Perversionen seines „Volksgeistes“ behaftet sein muss, sowenig ist Däne-Sein schon an sich eine Tugend. Doch ist gerade der dänische „Volksgeist“ es wert, verteidigt zu werden – notfalls auch nach außen, in militanter Abwehr anderer Geister, sofern sie ihm das Recht auf sein Eigensein streitig machen. Hier spricht der leidenschaftliche Patriot Grundtvig, der später mit Schmerzen, jedoch bewusst seine beiden Söhne in den Krieg (1848-51) ziehen ließ.

Grundtvig hat aber solche Ideen nicht nur literarisch vertreten. 1844, im Durchbruchsjahr der nationaldänischen Bestrebungen im Herzogtum Schleswig, exponierte er sich in öffentlicher Rede für sein Verständnis vom Dänentum. Am 4. Juli fand auf Skamlingsbanke bei Kolding eine Massenkundgebung statt – eine Mischung zwischen Volksfest und Protestversammlung mit über 10 000 Teilneh-



Abb. 7 Politisches Volksfest auf Skamlingsbanke, 4. Juli 1844. Zeitgenössische Lithografie

mern, überwiegend aus Nordschleswig und Jütland. Anlass war u. a. der Unmut über ein Sprachreskript des Königs Christian VIII., das für die Schleswiger Ständerversammlungen Deutsch als Verhandlungssprache vorschrieb. Nur Abgeordneten, die des Deutschen nicht mächtig waren, sollte Dänisch erlaubt sein. Grundtvig ließ sich nur widerstrebend für einen Auftritt bei dieser Versammlung gewinnen. Als er aber – nach Hjort Lorenzen, Orla Lehmann und anderen Exponenten der nationalliberalen dänischen Bewegung – das Wort ergriff, schlug er alle in seinen Bann. Er sprach, vom Manuskript losgelöst, mit klarer und mächtiger Stimme über die dänische Sprache als geistigen „Erdwall gegen den Angriff der Deutschen“ und forderte die Zuhörer auf, eine Hochschule zu errichten, „deren Dänentum man ... von hundert Meilen aus sehen kann und ... deren Namen ... in der ganzen Welt zu hören ist.“<sup>26</sup> Es sei ihr „natürliches und ... historisches Recht“, Dänisch als ihre Muttersprache zu ehren und es „königlich frei“ zu gebrauchen. Als die Rede zu Ende war, brach ein Jubel los. Grundtvig erlebte den Höhepunkt seines Wirkens. Was er immer erträumt hatte, schien Wirklichkeit geworden: sein dänisches Volk, endlich zum Eigenbewusstsein erwacht! Er selbst mittendrin, von der Jugend gefeiert, obwohl schon über 60 und gerade wieder von einem psychischen Absturz genesen! Noch auf der Rückreise sprach er wie im Rausch auf den Schiffsplanken weiter. Mitreisende und Besatzung sollen so fasziniert gewesen sein, dass sogar der Rudergänger für kurze Zeit seinen Po-

sten verließ und das Schiff fast auf Grund gesetzt hätte.

Zu Hause war man weniger begeistert. Im Gegenteil: Das Königspaar zeigte sich äußerst verstimmt über diesen Auftritt. Denn Grundtvig hatte, fern aller diplomatischen Rücksicht, ein heißes Eisen berührt: Er hatte das Gewicht seiner Autorität in die national-dänische Waagschale gelegt und damit die Erosion des Gesamtstaates (beide Herzogtümer im Verbund mit der dänischen Krone) verstärkt. Das lag aber durchaus nicht im Interesse der politischen Führung in Kopenhagen. Zwei blutige Kriege sollten den nationalen Graben dann erst richtig vertiefen – für Grundtvig kein Anlass zur Euphorie, wohl aber zur entschiedenen Parteinahme für die dänische Sache. Noch kurz vor seinem Tod, nach der Niederlage von 1864 hat er für eine deutliche Sprachgrenze zwischen Dänemark und Preußen-Deutschland plädiert, damit die „modersmål“ als Grundbedingung für ein Wiedererstarken des „folkeaaend“ sich ungehindert entfalten könne.

Grundtvigs Auftritt auf Skamlingsbanke war so etwas wie die Einweihungsrede für die erste Volkshochschule, die im gleichen Jahr (November 1844) in dem kleinen nordschleswigschen Dorf Rødding eröffnet wurde. Grundtvig war daran nicht direkt beteiligt, wie er überhaupt den Realisierungen seiner Idee, die er noch erlebte (Hof Hindholm auf Seeland, Ryslinge, später Kerteminde auf Fünen), etwas distanziert gegenüberstand. Aber all diese Gründungen wie auch die nach seinem Tod in ganz Skandinavien aufblühende Volkshochschulbewegung haben sich ausdrücklich auf Grundtvig berufen und sind ohne die Inspiration durch seine Ideen nicht vorstellbar.<sup>27</sup>

## 5. Mensch zuerst – dann Christ

Wo aber bleibt bei all diesen Aktivitäten der Pfarrer und Theologe Grundtvig? Hat er mit der Wende zum Realismus nun definitiv den Talar ausgezogen? Im Gegenteil! Er erstrebt nun erst recht die Rückkehr ins Pfarramt, die ihm zunächst noch erschwert wird. Zwar darf er an der Frederikskirke in Kopenhagen Abenddachten halten, doch ohne Berechtigung zu Taufe und Abendmahl. Die Predigtmanuskripte aus diesen 8 Jahren zeigen seine veränderte Auffassung von Kirche und Christentum. Seine theologische Existenz ist freier und souveräner geworden. Seit er weiß, dass der Geist sich nicht binden lässt – weder durch fundamentalistische noch rationalistische Verklemmung – kann er sagen: Nun ist es eine Lust zu predigen! In dem Maß, wie er sich vom Diktat des Buchstabens löst, wird sein Predigen erst richtig biblisch, d. h. vom Geist und Gehalt der jeweiligen Texte erfüllt.

Grundtvig als Theologe ist ein schwer fassbares Phänomen.<sup>28</sup> Sein Werk enthält eine Fülle theologischer Perspektiven – oft überraschend, befremdend, faszinierend, dabei fast immer eigenständig und unkonventionell. Der Typ eines



Abb. 8 Volkshochschule in Rødding, ca. 1850. Lithografie von A. Nay nach einem Gemälde von F. Richardt

systematisch reflektierenden Denkers war er nicht. Dennoch macht es Sinn, von „Grundtvigs Theologie“ zu sprechen. Sie zeigt sich als Denkgefüge, das im Lauf seines Lebens immer stringenter und schlüssiger wird, zugleich aber so vielschichtig, dass jeder Versuch, es auf Begriffe zu bringen, vom Scheitern bedroht ist. Nur zwei seiner wichtigsten Elemente sollen hier kurz beleuchtet werden, weil sie auch dem Verständnis seiner pädagogisch-politischen Antriebe dienen: das Problem der Sprache und seine Auffassung vom Menschen.

Das „lebendige Wort im Menschenmund“ ist für Grundtvig der zugleich klarste und rätselhafteste Ausdruck der Gottebenbildlichkeit. Schon in der Fähigkeit, Worte zu bilden und Wirklichkeit zu benennen, sieht er „etwas Unvergleichliches ... Schöpferisches und Göttliches“. „Göttlich“ meint hier nicht: eine „übernatürliche“ oder „sakrale“ Qualität der Sprache, sondern dies, dass im normalen menschlichen Sprechen die Entscheidung fällt zwischen Glauben und Unglauben, Gottesnähe und Gottesferne, Wahrheit und Lüge, Menschlichkeit und Unmenschlichkeit. Die natürliche Alltagssprache wird qualifiziert durch das, was sich in ihr äußert und wie es sich äußert. Sie kann durch „Wahrheit, Liebe und Kraft“ überzeugen und dadurch „unwiderstehlich“ sein, oder sie kann durch Lüge, Hass und Gewalt pervertiert und dadurch unmenschlich werden. Aber selbst in der Perversion weist sie negativ auf das „Göttliche“ hin. Auch der elendeste Mensch bleibt auf „Wahrheit, Liebe und Kraft“ im Menschenwort angewiesen. Die wunderbare Möglichkeit der Sprache verbindet den Schächer mit Christus und den Sünder mit dem Erlösten. Angelpunkt aller theologischen Gedanken Grundtvigs ist die Anthropologie. Immer geht es ihm um das Rätsel des „Menschenlebens“ („menneskeliv“). Das war ja sein Lebensthema – auf allen Feldern seines Wirkens, als Poet, als Volkserzie-



her, als Prediger: „Lebenserhellung!“ Ihre theologische Begründung liegt darin, dass der Mensch auch als Sünder nicht aufhört, „Ebenbild Gottes“ zu sein. Er kann diese Wahrheit durch noch so gottlosen und lebensfeindlichen Aufruhr nicht außer Kraft setzen. „Wiedergeburt“ in Christus heißt daher: nicht Vernichtung, sondern Befreiung und Wiederherstellung der korrumpierten Menschennatur. Der geschaffene und der erlöste Mensch ist ein- und derselbe. In Grundtvigs Begriffen: Das „angeborene (medfødte) Menschenleben“ ist von gleicher Art wie das „wiedergeborene (genfødte)“. <sup>29</sup> Zwar ist die Wiedergeburt allein Gottes Werk. Sie setzt die Menschwerdung Christi und das Wunder des Glaubens voraus. Aber sie fügt dem „Menschenleben“ nichts Neues hinzu, keine übernatürliche Qualität. Es bleibt, was es war und wozu es geschaffen ist: zeitliches, menschliches Leben. Aber gerade darin liegt seine Ehre! Grundtvig bekämpft leidenschaftlich jede Diskreditierung des Geschöpflich-Menschlichen: sei es durch eine „lutherische“ Buß- und Bekehrungsfrömmigkeit, die zeitliches Leben nur als Weltabkehr und Pilgerschaft in der Fremde bejahen kann, sei es durch den „Vieh-Glauben“ einer Aufklärung, die den Menschen auf sein Tierisches reduziere. Beide sind für ihn Ausdruck von „Lüge“ und „Tod“. Theologie ist bei Grundtvig nie abgehobene Wissenschaft, sondern immer Kampfhandlung, engagiertes Eintreten für Wahrheit und Leben. Sein Zorn gilt der „Lüge“ von einer naturhaften Verderbtheit des Menschen, weil sie schon das Leben mit „Tod“ infiziert. Ihr hält er die Wahrheit vom Sieg des „Lebens“ entgegen, das „Evangelium“ als schlechthin erfreuliche Botschaft, die das Wesen Gottes als „Herzensliebe“ erschließt. Daraus folgt als christliche Grundhaltung: barmherzige Zuwendung zum vorfindlichen Menschen, Respekt vor seinem Dasein und Sosein als Geschöpf, „abgrundtiefes Erstaunen“ vor dem Rätsel seiner Sprachlichkeit und vorbehaltlose Freude an der Schönheit der Welt, wie sie vor allem in seinen Liedern erscheint. Lob der Schöpfung heißt aber nicht Verklärung oder Vergöttlichung des Natürlichen. Die Herrlichkeit der Welt zeigt sich darin, dass sie – auch in ihrer vergänglichen Alltagsgestalt – vom Licht des Evangeliums beschienen wird. Das zu erkennen, bedarf es der Augen des Glaubens. Es zu beschreiben, genügt die normale Menschensprache in ihrer natürlichen Schönheit.

Dies alles setzt die „Menschwerdung Christi“ voraus. Dass Gott im Fleisch erschien, d.h. als natürlich-geschichtlicher Mensch, ist die Bedingung der Möglichkeit von Glauben und Liebe. Im Verhältnis zur Person Christi geht Grundtvig bewusst auf Distanz zu einem Bußchristentum, das durch Sündenernst, Selbstverleugnung und Leidenskult zur Osterfreude gelangen will. Sein Weg ist genau umgekehrt: Ostern kommt vor Karfreitag. Nur der mit Jesus zum Leben Erweckte hat Zugang zum Kreuz. Erst die Osterfreude öffnet die Augen für Sinn und Ziel des Leidens Christi und seiner Nachfolger! Diese „Kehre“ in Grundtvigs theologischer Existenz findet ihren poetischen Ausdruck in einem Osterlied, das er

im Durchbruchsjahr 1832 gedichtet hat, dessen erste Strophe hier folgen soll<sup>30</sup>:

„Nehmt das schwarze Kreuz vom Grabe!  
Pflanzet Lilien, wo es stand!  
Sprießet Blumen, uns zur Labe,  
wo wir gehn am Todesrand!  
Engelflügel auf dem Grab  
statt zerbroch´nem Wanderstab!  
Phönix aus der Asche steige,  
Freude klinge, Jammer schweige!“

Das „schwarze Kreuz“ ist Symbol einer depressiven Theologie, die das Todesleiden Jesu als Zentralgehalt christlicher Predigt verselbständigt und die Auferstehung zum isolierten Mirakel verkürzt. Anstelle des Kreuzes sollen „Blumen sprießen“ als Sinnbild des neuen Lebens, das hier und jetzt den Menschen der Todesherrschaft entreißt.

Quintessenz der Theologie Grundtvigs ist die Einsicht, dass die christliche Botschaft den Menschen nur dann erreicht, wenn sein Menschliches nicht entwertet, sondern ernst genommen und ausgelebt wird. Gerade für den Christen Grundtvig hat das „geschaffene Menschenleben“ seinen Wert in sich selbst. Es ist die Voraussetzung dafür, dass Befreiung aus den Fängen des Bösen und des Todes überhaupt Ereignis werden kann. „Menneske først“ – dieser Anfang eines Gedichts von 1837 könnte als Motto über Grundtvigs Lebenswerk stehen.<sup>31</sup>

Grundtvigs theologische Wende verändert auch seine Sicht der dänischen Kirchenorganisation. Der missionarische Furor, von dem er in der kurzen orthodoxen Phase seiner Jugend und später im Protest gegen die korrumpierte Staatskirche besessen war, hat ihn nach 1832 verlassen. Er sieht nun die Staatskirche „unparteiisch“ als schützendes Haus, in dem die verschiedenen Richtungen Raum haben sollen. Wo statt Parochialzwang freie Pfarrerrwahl herrscht. Wo Lutheraner und Rationalisten, Erweckte und Aufgeklärte im friedlichen Streit um die Wahrheit beieinander sind. Weil Wahrheit sich nur dialogisch, im herrschaftsfreien „Gespräch“ erschließt, ist jede Form von Druckausübung nach innen und außen verwerflich. Klerikalismus ist ausgeschlossen. Weder soll die Kirche als verlängerter Arm des Staates agieren noch selbst eine Art „Kirchenstaat im Staat“ mit eigener Machtstellung sein. Ihr Angebot ist das „lebendige Wort“, das nur in Freiheit verkündigt werden kann – ohne Drohung und Suggestion, aber auch ohne Einmischung von außen. Der Staat soll nur den administrativen Rahmen bereitstellen, in dem Verkündigung stattfinden kann. Dass damit Glauben geweckt wird, ist allein Werk des Heiligen Geistes und jeder Manipulation oder Kontrolle entzogen. Christ wird jemand umsonst oder gar nicht. Es wird immer die Sache einer Minderheit sein. Grundtvig träumt nicht davon, die Gesellschaft „kirchlich“

oder „christlich“ zu machen. Seine eigene gesellschaftliche Aktivität geschieht ohne klerikalen Hintersinn. Ihr Endzweck ist niemals die Kirche, sondern das „Menschenleben“ und seine „Erhellung“.

## 6. Zusammenfassung

Was immer Grundtvig in seinen Texten behandelt: Thema ist immer zugleich seine eigene Menschlichkeit: seine Sehnsüchte, Leiden und Obsessionen, sein Schwanken zwischen Schwermut und Euphorie, Härte und Zärtlichkeit. Wir hörten schon: Vitalität, Leidenschaftlichkeit, Gefühlsstärke sind auffallende Merkmale seiner Persönlichkeit. Begegnungen und Konflikte sind bei ihm nie nur privat, sondern wirken sich aus in seinem Engagement für Volk und Nation, seinem Christentum und Kirchenverständnis, seiner politischen und theologischen Existenz. In ihm war ein unbändiger Drang, dies alles zusammenzuführen zur Einheit und Ganzheit, an die er glaubte und die er in seinem Dasein verwirklichen wollte. Alles Abgespaltene, jede Tätigkeit, die zum Selbstzweck wird, war ihm zuwider. Das zeigt sich auf allen Feldern seiner Wirksamkeit.

Als *Dichter* war Grundtvig (neben Adam Oehlenschläger) einer der Erwecker der dänischen Romantik. Doch der Rückgriff auf Mythos und Sage stand nicht für sich selbst, sondern für ein vertieftes Verständnis des Christentums. Was ihm vorschwebte, war so etwas wie „getaufte Romantik“. Poesie war für ihn keine Sache des *l'art pour l'art*. Er wollte mit seinen Liedern Gottes Schöpfung und das Rätsel des Menschenlebens zur Sprache bringen. Auch sein „Sangvaerk“ war nicht als Kunstwerk, sondern als Gebrauchsdichtung für Kirche und Schule konzipiert. Dabei geriet es aber wie von selbst zum Kunstwerk – zum unvergleichlichen Konzert verschiedenster Stimmen und Tonarten. Ein Art „Inkulturation“ findet hier statt, eine Beheimatung der geistlichen Inhalte im dänischen Alltag, in dänischer Landschaft und Arbeitswelt.

Grundtvig war *Sprachforscher* – nicht um irgendwelchen akademischen Standards zu genügen, nicht um philologische Kenntnisse aufzuhäufen oder den etablierten Wissenschaftsbetrieb zu bedienen, sondern um den Schatz seiner Muttersprache zu heben und für seine Landsleute bereitzustellen. Er hat auf diesem Wege einen Wortschatz entdeckt und benutzt, der von keinem anderen dänischen Autor erreicht wurde.

Als *Historiker* hat Grundtvig die Forschung um neue Perspektiven und Fragestellungen bereichert und eine realistische Sicht der Geschichte gefördert. Die Anerkennung der Fachwelt fand er zu Lebzeiten nicht. Aber darauf kam es ihm auch nicht an. Für ihn wird Weltgeschichte gerade dort interessant, wo der Fachgelehrte sich kopfschüttelnd abwendet: bei ihrer theologischen Deutung als Heilsgeschichte, als Erzählung vom Schicksal des Menschengeschlechts.



Grundtvig war auch *Politiker*. Nicht um an Machthebel zu kommen, mit denen er seine Landsleute beherrschen und manipulieren konnte. Er wollte sie im Gegenteil emanzipieren, sie gegen die Manipulation der politischen Cliquen immun machen. Sein Markenzeichen als Politiker war gerade die Unabhängigkeit von Parteizwang und Lagerdenken jeder Art. In den gesellschaftlichen Konflikten seiner Zeit hat Grundtvig lebhaft Stellung bezogen und mit seinem Konzept der „Lebenserhellung“ emanzipatorische Impulse gesetzt. Primär berührten ihn dabei die Probleme der Bauern auf dem Lande, aber auch schon die Anfänge der Arbeiterbewegung in den Städten. Seine Ablehnung galt einer bürgerlichen Gesellschaft, die auf Distanzierung vom Volk bedacht ist und dessen vitale Lebensinteressen ignoriert. Ihr entspricht eine Kirche, die im sozialen Kampf die Ideologie der herrschenden Eliten verstärkt und darum alles, was Grundtvig verabscheut, bejahen muss: Staatsvergötzung, Bürokratie, stehendes Heer, „schwarze Erziehung“, dualistischen Idealismus, romantische Wirklichkeitsflucht, selbstbezogene Wissenschaft.

Bei alledem war Grundtvig aber auch *Theologe*. Nicht, um ein kirchliches Lehrgebäude zu errichten. Nicht, um ein bedeutender Professor zu werden wie der Dogmatiker und Sozialethiker Hans Lassen Martensen, der von seinem Lehrstuhl herab Grundtvigs Treiben mit Misstrauen zusah. Er war Theologe, weil er genötigt war, den von ihm entdeckten Zusammenhang zwischen „angeborenem“ und „wiedergeborenem Menschenleben“ auch intellektuell zu verantworten. Dass darin nicht seine Stärke lag, hörten wir schon. Wohl war sein Denken stringent, aber es bewegte sich nicht in den Begriffsbahnen der Zunft, die darum glaubte, ihn ignorieren zu sollen. Es ging ihm mit den Fachtheologen ähnlich wie mit den gelehrten Historikern: Er blieb der Außenseiter, den man nicht ernst nehmen wollte. Von der theologischen Fakultät in Kopenhagen wurde er noch bis weit ins 20. Jahrhundert nicht einmal als Objekt theologischen Interesses beachtet. Zwar gab es Grundtvigianer in stetig wachsender Zahl, aber fern von der Universität – Leute „vom Lande“, Volkshochschul-Erzieher, Dorfpastoren, Menschen, die zur Hospitalkirche nach Vartov pilgerten, um den „Meister“ dort predigen zu hören. „Grundtvigianismus“ war schon zu seinen Lebzeiten ein Kultphänomen mit urig-rustikalen Begleiterscheinungen, über das die akademische Welt der Hauptstadt die Nase rümpfte. Grundtvig selbst war davon eher peinlich berührt – er, dem alles beschränkte Parteiwesen zuwider war. Er stand am liebsten für sich selbst, für seine besondere Sicht der Dinge, die anderen schwer zu vermitteln war. Aber hinter seine Einsicht, dass Christentum ohne Ernstnehmen des realen, von Gott geschaffenen und geliebten Menschen aufhört, christlich zu sein, kam keine christliche Lehre und Praxis je wieder zurück.

Alle Windungen und Wendungen im Denk- und Lebensweg Grundtvigs haben mit dieser Einsicht zu tun: seine maßlose Polemik gegen Rationalismus und Staats-

kirchentum, seine Vision einer „Hochschule des Volkes“, seine Entdeckung der „Muttersprache“ als „himmlischer Laut“, auch seine Verstiegenheiten und Wunderlichkeiten, sein anti-deutscher Affekt – nachvollziehbar immerhin nach den Kriegereignissen von Idstedt und Düppel – seine paradoxe Verbindung von Traditionalismus und schrankenlos-liberalem Kirchenverständnis – überhaupt seine Souveränität, sein Alleingängertum, das ihn jeder Vereinnahmung entzieht. In einem blieb er sich treu bis zuletzt: im Festhalten an seinem Haupt- und Lieblingsberuf, dem des Pfarrers. Als Prediger in Vartov wurde er nach und nach zu einer mythischen Figur – seit 1860 sogar mit dem Ehrentitel „Bischof über Seeland“ geschmückt, als Anerkennung für seine Verdienste um den Kirchengesang. Er predigte buchstäblich bis zuletzt. Am Tag vor seinem Tod hielt er als 89-Jähriger noch einen Gottesdienst. Er entschlief, die Feder in der Hand, beim Meditieren der nächsten Predigt.

#### Anmerkungen

- 21 In den Grenzfriedensheften hat sich ein herausragender Vertreter der dänischen Volkshochschulbewegung unter europäischen Gesichtspunkten zu Grundtvigs Begriff der „folkelighed“ geäußert: Poul Engberg, Ein Europa der Völker, in: GFH 3/1989, S. 151-164.
- 22 In: N.F.S. Grundtvig: Udvalgte Vaerker (UV), hg. von P.A. Rosenberg, København 1931. Bd. 7, S. 11-86 und S. 113-180.
- 23 Zit. nach Kaj Thaning (s. Anm. 5) S. 96 f.
- 24 Vgl. K.E. Bugge, Die pädagogischen Gedanken Grundtvigs, in: Christian Thodberg und Anders Pontoppidan Thyssen (Hg): N.F.S. Grundtvig. Tradition und Erneuerung, übers. v. Eberhard Harbsmeier, København 1983, S. 225-241.
- 25 Zit. nach Kaj Thaning (s. Anm. 5) S. 108.
- 26 So im Rede-Manuskript: Skov-Hornets Klang, in: US (s. Anm. 6) Bd. 9, S. 29-36.
- 27 Dazu Roar Skovmand: Die Grundtvigsche Volkshochschule, in: N.F.S. Grundtvig. Tradition und Erneuerung (s. Anm. 24) S. 348-371.
- 28 Vgl. zum Folgenden: Kaj Thaning (s. Anm. 5) S. 126 ff. und Götz Harbsmeier: Wer ist der Mensch? Grundtvigs Beitrag zur humanen Existenz. Alternativen zu Kierkegaard, Göttingen 1972. Bes. Kap. III bis VI und XI.
- 29 Vgl. Götz Harbsmeier (s. Anm. 28) S. 74 ff.
- 30 Sang-Værk (s. Anm. 4) Bd. 1,2, Nr. 302. 1832. Deutsche Übersetzung von Götz Harbsmeier u. Jørgen Kristensen, in: Kirchenlieder von N.F.S. Grundtvig, hrsg. v. Det Danske Selbskab, København 1983, Nr. 207.
- 31 Sang-Værk (s. Anm. 4) Bd. 3,2, Nr. 156, S. 296.

## Artur Thomsen zum 80. Geburtstag

Der Ehrenvorsitzende des ADS-Grenzfriedensbundes und frühere Kommunalpolitiker Artur Thomsen wurde am 15. September 80 Jahre alt. Im deutsch-dänischen Grenzland gehört er zu den bekanntesten Persönlichkeiten, auch wenn er sich inzwischen altersbedingt aus der gesellschaftlichen Alltagsarbeit zurückgezogen hat. Die Gestaltung der Nachbarschaft zweier Völker in unserem Grenzland war eine Lebensaufgabe für ihn, der den Grenzfriedensbund von 1977 bis 1997 als Vorsitzender geleitet hat. Während dieser Zeit war er in Zusammenarbeit mit Dr. Jörn-Peter Leppien auch verantwortlich für die Herausgabe der Grenzfriedenshefte, in denen er des öfteren seine Gedanken zum Geschehen im Grenzland publizierte.

Die herausragende Leistung Artur Thomsens als Grenzlandpolitiker wurde 1997 mit der Verleihung des Grenzlandpreises gewürdigt. Grundlage für seine Friedensarbeit waren zwei Erkenntnisse: 1. Die Grenze liegt fest. 2. Das nationale Bekenntnis ist frei, und zwar nördlich und südlich der Grenze.

1927 wurde Artur Thomsen in Harrisleefeld geboren. Von Beruf ist Artur Thomsen Lehrer, bis zum Schluss seiner Tätigkeit war er Rektor an der Nikolaischule. Artur Thomsen gehörte von 1966 bis 1978 der Flensburger Ratsversammlung an. Von 1970 bis 1974 war er Stadtpräsident und von 1974 bis 1978 stellvertretender Stadtpräsident. Auch in dieser Tätigkeit setzte Artur Thomsen bleibende Akzente, denn ein wesentlicher Teil seines Wirkens war sein unermüdliches Eintreten für die deutsch-dänische Verständigung.

Artur Thomsen sah es als seine Pflicht an, zumindest eine Zeit seines Lebens über Beruf und Familie hinaus etwas für unseren Staat und unsere Gesellschaft zu leisten. Sein Wirken im Grenzland hat Früchte getragen. Weiterhin Glück und Gesundheit!

*Ingrid Schumann*



Artur Thomsen,  
Ehrenvorsitzender des  
ADS-Grenzfriedensbundes, 2006

## Weitere Erleichterungen für Grenzpendler

Die interministerielle deutsch-dänische Arbeitsgruppe zur Förderung der grenzüberschreitenden Mobilität unter Leitung der beiden Regierungsbeauftragten, Parlamentarischer Staatssekretär Franz Thönnies (SPD) vom Bundesarbeits- und Sozialministerium, Berlin, und Folketingsabgeordneter Kim Andersen (Venstre), Skanderborg, hat seit Vorlage ihres Abschlussberichtes im Februar 2006 weitere Erleichterungen für Grenzpendler umgesetzt.

Sie konnte Unklarheiten bei Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenrenten, bei der Wegeunfallversicherung, bei der Zuständigkeit der Arbeitslosenversicherung sowie bei der Krankenversicherung für Vorruheständler ausräumen, berichteten Thönnies und Andersen gestern in Flensburg.

In Deutschland wohnende Vorruheständler, die zuvor in Dänemark arbeiteten, sind nicht wie Arbeitnehmer und Pensionisten in die dänische Krankenversicherung einbezogen. Sie können sich laut Thönnies im Zuge der deutschen Gesundheitsreform seit 1. April in einer deutschen Krankenkasse versichern. Im Rahmen einer EU-Wanderarbeitnehmerverordnung, die voraussichtlich 2009 in Kraft tritt, sollen sie in dem Land, aus dem sie Vorruhestandsleistung beziehen, krankenversichert sein. „Die Behörden beider Länder konnten Zweifelsfälle bei der Steuerpflicht verschiedener Ruhegehälter klären“, berichtete Andersen. Der damals vorgelegte Bericht habe zudem die Kooperation vorgebracht, darunter die Zusammenarbeit des Steuercenters Tondern und der Finanzämter Flensburg und Leck, wo es Mitarbeiter mit steuerrechtlicher Kompetenz für Grenzgänger gibt. „Dies ist ein sehr wesentlicher Fortschritt.“

Die von Staatsminister Anders Fogh Rasmussen (Venstre) und dem damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) 2005 initiierte Arbeitsgruppe „ist mit dem Aufbau eines Internet-Grenzpendlerportals in vollem Gang“, sagte Andersen, „in das deutsche und dänische Behörden eingebunden werden sollen.“

Die Arbeitnehmermobilität über die Grenze hinweg habe sich deutlich erhöht: von 3.500 bis 4.000 vor drei, vier Jahren auf jetzt 7.000 bis 10.000 Grenzgänger. „Davon pendeln derzeit 1.200 bis 1.800 von Dänemark nach Deutschland, die übrigen etwa 8.000 nach Dänemark“, schätzte Andersen und hob „die vorbildliche Zusammenarbeit der Arbeitsgruppe“ hervor, „ein Ausdruck für die guten Beziehungen zwischen beiden Ländern.“

Als nächste Aufgaben hat sich die Arbeitsgruppe die Leistungen aus der Pflegeversicherung, Kindergeld und Geldleistungen im Erziehungsbereich vorgenommen. „Auch hier wollen wir zufrieden stellende Lösungen finden“, sagte Thönnies.

*Der Nordschleswiger, 16.6.2007*

## Schließung von Gramark: Wertvolle Fachkräfte gehen der Region verloren

Mit der bevorstehenden Schließung der deutsch-dänischen Arbeitsvermittlung Gramark zum Jahresende gehen der Region wertvolle Fachkräfte verloren. Dies stellen das Infocenter Grenze im Regionkontor Sønderjylland-Schleswig, die dänische Gewerkschaft LO in Sonderburg und Apenrade und die dänische Arbeitsvermittlung, das Jobcenter in Apenrade und EURES und der Verein Europäischer Grenzgänger, VEG fest.

In einer gemeinsamen deutsch-dänischen

Entschließung heißt es, dass gerade jetzt der Bedarf an Beratung und Vermittlung besonders hoch ist. „Zu diesem Zeitpunkt auf bewährte Fachkräfte zu verzichten, kommt einer Eugenspiegelei gleich“, so die übereinstimmende Meinung von Jan Thomsen, LO Apenrade, Benny Jensen, LO Sonderburg, Anne Kirk, Jobcenter Apenrade und EURES, Brigitte Handler, Verein Europäischer Grenzpendler, VEG, Andrea Kunsemüller und Peter Hansen vom Infocenter Grenze im Regionskontor Sønderjylland-Schleswig.

„Abgesehen davon, dass wir es sehr bedauern, dass Menschen, die eine gute Arbeit leisten, in Unsicherheiten gestürzt werden, sehen wir alle dies als eine Schwächung der guten Beratungs- und Vermittlungsarbeit für Grenzpendler und andere Arbeitssuchende an, die bisher in der deutsch-dänischen Grenzregion geleistet worden ist“, so die deutsch-dänischen Unterstützer von Gramark.

„Wir können es uns gar nicht leisten, auf bewährte Fachkräfte zu verzichten, wollen wir nicht riskieren, dass die gute Arbeit, die bisher gemacht wurde, in Mitleidschaft gezogen wird. Wir bedauern die Entwicklung sehr und würden uns freuen, wenn die Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Gramark dem Grenzland erhalten bliebe. Wir selbst können leider die Mitarbeiter nicht beschäftigen – wir können nur darauf aufmerksam machen in der Hoffnung, dass sich jemand findet, der den Verbleib der Mitarbeiter in der Region für die Beratungs- und Vermittlungsarbeit sichert,“ so die Unterstützer. Bei der Schließung von Gramark gehen drei Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf Arbeitssuche. Alle drei sind zweisprachig deutsch-dänisch.

*Pressemitteilung des Regionskontors  
Sønderjylland-Schleswig, 20.6.2007*

## Grenzhandel geht zurück

Der Einkauf im Süden, nachdem es mit vollen Anhängern zurück nach Dänemark geht, ist nicht mehr so populär wie in früheren Jahren, hat das Steuerministerium auf Grundlage der jüngsten Untersuchung gestern verkündet. Der Handel mit Alkohol, Zigaretten und Süßigkeiten ging von 3,425 Mrd. im Jahr 2005 auf rund 3,2 Mrd. Kronen 2006 zurück. Für dieses Jahr wird ein weiterer Rückgang um 25 Millionen Kronen erwartet.

Gestiegen ist dagegen der Einkauf von Bekleidung in Deutschland. Insgesamt gaben die Dänen im Grenzhandel zwölf Mrd. Kronen aus, u.a. auch für Küchen-Geräte oder Lebensmittel. Zigaretten werden immer noch in Deutschland gekauft, obwohl nach der dortigen Mehrwertsteuererhöhung die Preise über denen in Dänemark liegen.

Zu dem Rückgang dürften, so die Einschätzung von Fachleuten, die Abgabensenkungen auf Limonaden, Alkohol und Zigaretten beigetragen haben. Einen ähnlichen Effekt hat der Verband der Kaufleute (DSK) im Sinn, wenn er eine differenzierte Mehrwertsteuer bei Lebensmitteln fordert. In Deutschland und Schweden werden Lebensmittel nur mit dem halben Mehrwertsteuersatz belegt, in Dänemark gelten für alle Waren und Dienstleistungen 25 Prozent. Immer mehr Dänen aber, so DSK, kaufen in Deutschland Lebensmittel ein. Dieser Handel stieg von 400 Millionen Kronen 2005 auf 525 Millionen Kronen im vergangenen Jahr.

*Der Nordschleswiger, 28.6.2007*

Berlin und Kopenhagen bauen  
Brücke über Fehmarnbelt

Es ist eines der größten europäischen

Bauvorhaben: Jetzt haben sich Deutschland und Dänemark darauf geeinigt, eine Brücke über den Fehmarnbelt zu bauen. Über das Milliardenprojekt war anderthalb Jahrzehnte diskutiert worden. Die beiden Länder einigten sich der dänischen Nachrichtenagentur Ritzau zufolge bei einem Treffen von Verkehrsminister Wolfgang Tiefensee und seinem dänischen Amtskollegen Flemming Hansen auf das Projekt. Die 19 Kilometer lange Brücke zwischen Puttgarden auf der Ostseeinsel Fehmarn und Rødby auf der dänischen Insel Lolland soll 5,5 Milliarden Euro kosten. Nach offiziell noch nicht bestätigten Informationen aus Kopenhagen sollen die Bauarbeiten 2011 beginnen und 2018 abgeschlossen sein. Über den Bau war anderthalb Jahrzehnte diskutiert worden.

Die Kosten für die Brücke solle ausschließlich Dänemark übernehmen, hieß es. Kopenhagen gilt als wesentlich stärker an dem Projekt interessiert als die deutsche Seite. Die privat finanzierten und durch Staatsgarantien abgesicherten Kosten sollen langfristig durch Mauteinnahmen zurückfließen. Die Brücke verkürzt die Fahrzeit zwischen Hamburg und Kopenhagen um knapp 60 Minuten auf dreieinhalb Stunden.

Der Bau ist ein Schlag für die Reederei Scandlines, die einen Fährdienst zwischen Puttgarden und Rødby betreibt. Scandlines wurde vor kurzer Zeit von Dänemark und der Deutschen Bahn für 1,56 Milliarden Euro an ein privates Konsortium verkauft.

*Spiegel online, 29.6.2007*

### Dänische Firmen haben Vorliebe für deutsche Arbeitskraft

In einer Analyse von „Dansk-Byggeri-Barometer“ lässt sich deutlich erkennen, dass

die dänischen Unternehmen eine Vorliebe für deutsche Arbeitskraft haben. 75 Prozent der dänischen Unternehmen gaben an, im vergangenen Jahr deutsche Arbeiter angestellt zu haben. 35 Prozent der Firmen hatten auch polnische Arbeiter. Gerade einmal zehn Prozent der Unternehmen beschäftigten Personen aus anderen EU-Ländern.

Gerhard Glaser, Geschäftsführer der Deutsch-Dänischen Handelskammer in Kopenhagen, erklärt, warum deutsche Arbeitskraft in Dänemark so beliebt ist: „Ich bewerte diese Analyse so, dass deutsche Arbeitskraft beliebt ist, weil die deutschen Arbeiter einen ähnlichen Arbeitsstil pflegen.“

Für Chefkonsulent Henrik Stig Sørensen von „Dansk Byggeri“ gibt es noch einen weiteren Grund: „Es ist ein großer Gewinn für Dänemark, dass die Konjunktur in Deutschland schleppender vor sich geht als in Dänemark und dadurch auch viele deutsche Sub-Unternehmer in Dänemark aktiv sind.“

Dennoch sei es eine Überraschung, dass „osteuropäische Arbeiter in dieser Statistik kaum vorhanden sind. Nicht zuletzt, weil die Medien auch den Eindruck vermittelt hatten, dass im dänische Bausektor viele polnische Arbeiter beschäftigt seien.“

Sørensen unterstreicht jedoch noch einmal, dass die dänische Baubranche mit der zukünftigen Struktur auf dem dänischen Arbeitsmarkt vermehrt auf ausländische Arbeitskraft angewiesen sind. „Wir können dann nur hoffen, dass Dänemarks zurückhaltender Start im Anlocken osteuropäischer Arbeitskraft die Baubranche im Kampf um die Arbeiter aus den neuen EU-Ländern nicht schlechter gestellt hat.“

*Der Nordschleswiger, 23.8.2007*

*Um weitere Arbeitskräfte aus Deutschland, aber auch aus Polen anzuwerben, hat Arbejdsmarkedsstyrelsen, die zentrale dänische Arbeitsmarktbehörde unter dem Arbeitsministerium, einen „Jobbus“ gechartert, der nun begleitet von Vertretern von Arbeitgeberverbänden als mobile Informationszentrale in deutschen und polnischen Städten Werbung für das Arbeiten in Dänemark machen soll (Der Nordschleswiger, 6.9.2007).*

### Tageszeitungen in deutsch-dänischer Zusammenarbeit

Flensburg Avis, Der Nordschleswiger und die südschleswigschen Ausgaben des sh:z werden ab 2008 das Grenzland wöchentlich auf einer gemeinsamen Seite präsentieren. Das zweisprachige Projekt soll sich mit politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und touristischen Verhältnissen befassen und das deutsch-dänische Verhältnis beiderseits der Grenze stärken. Diese erste grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Zeitungen in Europa präsentierten die Chefredakteure Bjarne Lønborg (Flensburg Avis), Siegfried Matlok (Der Nordschleswiger) und Stephan Richter (sh:z) gestern dem schleswig-holsteinischen Regierungschef Peter Harry Carstensen (CDU) in Kiel. „Die Zusammenarbeit zwischen dem größten Zeitungsverlag im Bundesland und den Tageszeitungen der deutschen und der dänischen Minderheit sind ein Meilenstein in der Presselandschaft. Die Zeitungen leisten einen wesentlichen Beitrag, um Kenntnisse über die Verhältnisse auf beiden Seiten der deutsch-dänischen Grenze zu vermitteln“, sagte Carstensen.

„Ab dem 5. Januar 2008 werden wir 52 Mal sonnabends in allen drei Zeitungen

Sonderseiten bringen, die abwechselnd von den drei Redaktionen produziert werden. Die Seiten werden auch im Internet veröffentlicht, wo gleichzeitig ein Leserforum eingerichtet wird“, berichtet Bjarne Lønborg und fügt hinzu: „Die Idee wurde im Grenzland geboren und weiterentwickelt, nachdem sh:z und Flensburg Avis sich anlässlich einer Segelregatta 2000 gemeinsam präsentiert hatten.“

Die Finanzierung wird teilweise durch Interreg-Mittel gedeckt, nachdem das Land Schleswig-Holstein und die Region Syddanmark dies offiziell bei der EU empfohlen hatten. Zudem werden mehrere größere Unternehmen auf beiden Seiten der Grenze das Projekt sponsern.

*Flensburg Avis, 6.7.2007*

*Mit der Einführung der wöchentlichen Sonderseite wird ein wichtiger Schritt unternommen, um das immer wieder und von vielen beklagte grenzüberschreitende Informationsdefizit zu überwinden. Ein Wermutstropfen bleibt allerdings, dass Jydske Vestkysten bislang nicht an dem Projekt teilnimmt, so dass die große Mehrheit der nordschleswigschen Zeitungsleser hiervon nicht erreicht wird. Es bleibt zu hoffen, dass die südlichen Ausgaben der Zeitung nach einem erfolgreichen Start des Projekts in nicht allzu ferner Zukunft mit einsteigen werden.*

### DSB planen weiter Intercity von Kopenhagen nach Flensburg

Klagen über die unzureichende Bedienung Nordschleswigs im Bahnverkehr hat es in den vergangenen Jahren reichlich gegeben. Einen neuen Höhepunkt erreichten sie im vergangenen Sommer, als wegen drohender Gleisverwerfungen



aufgrund von Hitze die meisten Intercityzüge zwischen Sonderburg und Kopenhagen gestrichen wurden. Doch mit der Umstellung der weiterhin vier Eurocityverbindungen von Århus nach Hamburg auf ICE-TD-Triebzüge der Deutschen Bahn AG dürften die Bahnreisenden in Nord-schleswig – und diejenigen die den Landesteil aus Deutschland erreichen wollen – noch längere Gesichter machen, denn die Eurocitys werden ab 9. Dezember 2007 nicht mehr in Pattburg, Tingleff, Rothenkrug und Woyens halten.

„Wir haben den Einsatz so geplant“, erklärte der für Planung und Verkehr zuständige Mitarbeiter in der DSB-Chefetage, Ove Dahl Kristensen, gegenüber dem Nordschleswiger. Zwischen Tingleff und Woyens werden die neuen Züge bis zu Tempo 180 erreichen.

Auf die Nachteile der Reisenden aus den nordschleswigschen Städten angesprochen, meinte Dahl Kristensen, dass DSB weiter plane, Intercityzüge zwischen Kopenhagen und Flensburg einzusetzen. Aufgrund des Mangels an Triebfahrzeugen wegen der Verzögerungen beim Einsatz der 83 bestellten ICE-Triebwagen sei aber offen, wann es diese durchgehenden Züge geben wird. Man werde beobachten, ob die neuen Züge ausreichend besetzt sind – ohne Kunden von und nach Nord-schleswig.

Den Reisenden aus Nordschleswig stehen für Fahrten im grenzüberschreitenden Verkehr künftig nur noch die alle zwei Stunden ab Pattburg bis Hamburg Hauptbahnhof verkehrenden Regionalzüge des Schleswig-Holstein-Express zur Verfügung. Diese Züge haben in Pattburg Anschluss an die Regionalzüge, die zwischen Fredericia und Pattburg fahren. Im internationalen Verkehr gibt es weiterhin einen Halt des Nachtzuges Kopenhagen-München in Pattburg.

Wer aus Nordschleswigs größter Stadt Sonderburg per Bahn nach Hamburg reisen will, muss künftig in Tingleff, Pattburg und Flensburg umsteigen, um die Metropole zu erreichen. Als Alternative steht den Nordschleswigern auch die Bahn Tondern-Niebüll zur Verfügung. Die Nord-Ostsee-Bahn bietet bei allen Fahrten über die Grenze in Niebüll Anschluss nach Hamburg-Altona.

*Der Nordschleswiger, 7.9.2007*

*Das Thema Bahnverbindungen bleibt ein Dauerproblem im Grenzland. Auf der Westbahn gibt es weiterhin keine Fortschritte, um endlich durchgehende Züge von Esbjerg bis Niebüll oder sogar dar-über hinaus einzusetzen. Auf der Ostbahn sorgte die drastische Reduzierung von Fernzügen ebenso für Unmut wie die eingeplanteten Verzögerungen an heißen Tagen (siehe GFH 2/07, S. 137), die aufgrund des nasskalten Sommers allerdings weniger dramatisch ausfielen als angenommen. Neue Probleme ergaben sich, da als Folge des schweren Gewitters vom 20.8. östlich von Gravenstein ein Bahndamm wegrutschte. Wohl bis Ende Oktober wird Sonderburg ganz ohne Zugverbindung sein. Eine Beschleunigung der Renovierung der maroden Strecke ist durch diesen Vorfall wegen des für solche Großvorhaben verpflichtenden langwierigen EU-weiten Ausschreibungsverfahrens auch nicht in Sicht. Durchgehende Züge zwischen Flensburg und Kopenhagen gab es zuletzt 1996, bis ausgerechnet die lange herbeigesehnte Elektrifizierung zu einer drastischen Einschränkung des grenzüberschreitenden Verkehrs führte, nicht zuletzt weil die DSB ein anderes Stromsystem als die DB und die schwedische SJ benutzt und weil es unterschiedliche Sicherheitsauflagen gibt.*

Kostenlose Vermittlung von Fahr-

gemeinschaften über die Grenze

Regelmäßige Berufspendler zwischen Deutschland und Dänemark haben seit gestern die Möglichkeit, sich einfach, schnell und kostenlos im Internet Mitfahrgelegenheiten zu suchen oder selbst Mitfahrmöglichkeiten anzubieten. Dazu dient das neue deutsch-dänische Internetportal [www.pendlerplus.com](http://www.pendlerplus.com).

Das Pendlerportal, das gestern in Flensburg eröffnet wurde, ist ein Teil des Interreg-III-A-Projektes „Grenzüberschreitendes Mobilitätsmanagement“, das die Stadt Flensburg, die Kreise Schleswig-Flensburg und Nordfriesland, die Landesweite Verkehrsservicegesellschaft Schleswig-Holstein GmbH (LVS), Kiel, sowie die Verkehrsgesellschaft „Sydtrafik“, Vejen, der Region Süddänemark kofinanzieren. Die Nutzer des Pendlerportals Pendlerplus können neben Angaben zum Start- und Zielort und Uhrzeiten auch ihre besonderen Vorlieben – wie „Langsamfahrer“ oder „Nichtraucher“ – eingeben oder einen bevorzugten Autotyp nennen. Ihnen werden dann sinnvolle Mitfahrangebote genannt. Zudem wird ihnen eine Verknüpfung zum Auskunftssystem von Bus und Bahn angezeigt.

Das Portal soll „zwischen Süderstapel und Vejle die ganze Region erfassen“, sagte Landrat Bogislav-Tessen von Gerlach, Schleswig. „Wir wollen hier eine Mitfahrzentrale installieren, zumal heute in der Arbeitswelt eine viel größere Mobilität“ als noch vor wenigen Jahren „erforderlich ist“. Das Portal wurde von der Firma Marktplatz Lüneburger Heide Internet GmbH, Lüneburg, entwickelt. „Wir haben in Deutschland jetzt 80 Pendlerportale im Einsatz, dieses hier ist das erste zweisprachige grenzüberschreitende Pendlerportal“, sagte ihr Geschäftsführer Frank Dalock.

Ziel des Portals sei es zugleich, durch Fahrgemeinschaften die Umwelt zu entlasten, den Individualverkehr zu verringern und die Kosten für Berufspendler zu reduzieren.

*Der Nordschleswiger, 14.9.2007*

## **WEITERE SCHLAGZEILEN AUS DEM GRENZLAND**

**„So kann man nicht mit uns umgehen“**

Der Nordschleswiger, 12.6.2007

*Der Kommunalrat in Sonderburg hat beschlossen, die Schwimmhalle der Stadt am Alsensund allen kommunalen Schulen offen zu stellen, also nunmehr auch den Schulen der zum Jahresanfang eingemeindeten Kommunen. Dabei wurden allerdings die Privatschulen, darunter auch die deutsche Schule, buchstäblich vor die Tür gesetzt.*

**Erfolg mit deutschem Netzwerk**

Flensburg Avis, 13.6.2007

*Um den mittlerweile zahlreichen deutschen Arbeitskräften im südlichen Jütland (nördlich der Königsau) bessere soziale Rahmenbedingungen zu verschaffen, hat Business Kolding ein Netzwerk namens „Stammtisch“ aufgebaut, in dem auch praktische Fragen beantwortet werden sollen.*

**Kattegatbrücke mit machtvoller Lobby**

Der Nordschleswiger, 13.6.2007

*Nachdem sich der mitteljütische Regionschef Bent Hansen und zahlreiche jütische Bürgermeister bereits für den Bau einer*

*Kattegatbrücke über Samsø statt einer festen Fehmarnbelt-Querung ausgesprochen haben, befürwortete nun auch der Direktor der dänischen Eisenbahnen (DSB) Søren Eriksen ein solches Projekt. Vor allem in Jyllands-Posten wurde die Diskussion in den folgenden Tagen vehement fortgeführt. Nachdem die Regierungspartei Venstre zunächst eine weitere Konzentration auf den Ausbau von Autobahnen (und Straßenbrücken) in Dänemark angekündigt hatte (Der Nordschleswiger, 19.6.), wurde in der öffentlichen Diskussion (z.B. „Von Århus nach Kopenhagen in weniger als einer Stunde“ (Jyllands-Posten, 20.6.) auch eine reine Eisenbahnverbindung oder sogar eine Magnetbahnstrecke zwischen den beiden größten dänischen Städten ins Gespräch gebracht.*

**Deutsche Hinweisschilder? – „Stellt einen Antrag!“**

Der Nordschleswiger, 13.6.2007

*Im Zuge der Debatte um mehrsprachige Ortsschilder kam auch die Frage auf, ob nicht alle Minderheiteneinrichtungen in Nordschleswig durch Hinweisschilder gekennzeichnet werden sollten, was vielerorts bereits der Fall ist. Der Haderslebener Bürgermeister Hans Peter Geil wies darauf hin, dass dies nicht von politischen Beschlüssen abhängig sei, sondern in den Händen der Verwaltung liege. Daher müsse nur ein Antrag gestellt werden.*

**Uneinigkeit über zweisprachige Ortsschilder**

Flensburger Tageblatt, 14.6.2007

*Obwohl die teilweise heftige Ablehnung deutscher Namenszusätze auf einzelnen nordschleswigschen Ortsschildern viel*

*Aufmerksamkeit erregte (s. GFH 2/07, S. 134 und 140) und die öffentliche Diskussion den Sommer hindurch fortgeführt wurde, sind nördlich der Grenze keine neuen Entscheidungen gefallen, während in Südschleswig die ersten Vorbereitungen zur Aufnahme dänischer Namen auf den Ortsschildern mehrerer Gemeinden (darunter Flensburg) getroffen wurden (siehe u.a. Flensburg Avis, 26.7.2007). Es ist geplant, das Thema im kommenden GFH ausführlicher zu behandeln.*

**Radio Syd stellt Grenzlandprogramm ein**

Flensburg Avis, 15.6.2007

*Im Zuge der Sparmaßnahmen bei Danmarks Radio (DR) stellt das Radioprogramm DR P4 Syd u.a. die Sendungen „Grænselandet“ und „Ipsen, La Cour & Kleinschmidt“ ein. Damit bleiben Grenzlandredakteur Flemming Nielsen nur noch zwei- bis dreiminütige Sendeplätze für Hintergrundberichte. Zahlreiche Grenzlandpolitiker und -institutionen und der Vorsitzende des Sechserausschusses des Folketings Kim Andersen (Venstre) reagierten einhellig empört. Programmchef Tharben Hansen gab die Kritik an die Politiker zurück, die dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk und Fernsehen die hohen Sparmaßnahmen auferlegt hätten. Ein Hintergrund der Einsparungen ist, dass DR den Kostenrahmen seines neuen Hauptgebäudes in der Kopenhagener Ørestad maßlos überzogen hatte.*

**Jugendliche sollen das Knivsbergfest selbst gestalten**

Flensburger Tageblatt, 19.6.2007

*Beim diesjährigen traditionellen Knivsbergfest der deutschen Nordschleswiger forderte der frühere Vorsitzende des deutschen Jugendverbands Hans Jürgen Nissen in einer viel beachteten Rede eine stärkere Berücksichtigung der Belange und Ideen der jungen Generation in der Minderheit. Die Jugendlichen sollten häufiger zu Wort kommen und somit mehr zum Selbstverständnis der Minderheit beitragen – zumal sie häufig dort keine Widersprüche sähen, wo ihre Vorgänger „noch aus Überzeugung und manchmal auch in störrischem Beharren Schwierigkeiten sähen“. Zudem beklagte er, dass man beim Knivsbergfest zu lange an rückwärts gewandten Traditionen festgehalten habe.*

Ausbau der Bereitschaft über die Grenze hinweg

Der Nordschleswiger, 20.6.2007

*Um den prähospitalen Einsatz zu stärken, erwägt die Region Süddänemark, die grenzüberschreitende Bereitschaft zu stärken. Man verweist auf die schon sehr gut funktionierende prähospitalen Zusammenarbeit an der deutsch-dänischen Grenze. Die Gesundheitsbeamten der Region schlagen deshalb vor, dass man diese noch stärker ausbaut.*

Ansturm auf Dänischkurse der Minderheit durch Arbeitslose

Flensburg Avis, 21.6.2007

*Während die Dänischkurse der Einrichtungen der dänischen Minderheit vor allem durch Teilnehmer, die Arbeit in Dänemark suchen, äußerst stark frequentiert werden, stagniert der Dänischunterricht an den öffentlichen Schulen und Volkshochschulen*

(s.u. Bericht vom 14.7.)

Gemeinsames deutsch-dänisches Krebsbehandlungszentrum

Der Nordschleswiger, 26.6.2007

*Der Chefarzt für Strahlentherapie am Flensburger St. Franziskus-Hospital, Dr. Hans-Jürgen Brodersen, schlägt die Errichtung eines grenzüberschreitenden Behandlungszentrums für Krebserkrankungen vor, damit Patienten im Grenzland möglichst schnell und effektiv behandelt werden können und nicht unverantwortbar lange Wartezeiten in Kauf nehmen müssen. „Die Minderheiten auf beiden Seiten der Grenze haben den medizinisch-praktischen Wert der Kooperation von der ersten Stunde an begrüßt und die Bemühungen von Anfang an unterstützt“, unterstrich Brodersen. „Inzwischen verstehen auch die Mehrheiten langsam, welchen enormen Wert eine solche Gesundheitspolitik haben kann, das Zusammenleben in der Grenzregion zu fördern.“*

Region will grenzüberschreitend zusammenarbeiten / Gipfeltreffen in Haithabu bringt frischen Wind

Jydske Vestkysten bzw. Flensburger Tageblatt, 28.6.2007

*Durch ein neues Partnerschaftsabkommen zwischen dem Land Schleswig-Holstein und der Region Süddänemark soll die grenzüberschreitende Zusammenarbeit über die eigentliche Grenzregion hinaus vertieft werden. Die Vereinbarung löst das 2001 auf der Großen Ochsenuinsel geschlossene Abkommen zwischen Schleswig-Holstein und Sønderjyllands Amt ab. In Haithabu wurden nun feste jährliche Treffen und die Aufstellung ge-*

*meinsamer Arbeitsprogramme vereinbart. Besondere Schwerpunkte sollen dabei der u.a. gemeinsame Arbeitsmarkt und das Gesundheitswesen sein, indem auch die Universitätskliniken stärker als bisher mit eingebunden werden.*

Tondern will pflegebedürftigem Südschleswiger helfen

Jydske Vestkysten, 28.6.2007

*Der frühere Lehrer und dänische Staatsbürger Hans Jørgen Henningsen, der seit Jahrzehnten südlich der Grenze gelebt hatte, bat um einen Umzug vom dänischen Altersheim in Flensburg nach Tondern, weil er näher bei seinen dort lebenden Verwandten sein möchte. Aufgrund der unterschiedlichen Bestimmungen bei der Finanzierung der Altenpflege in Deutschland und Dänemark und weil die dänische Gesetzgebung den Pflegeanspruch an einen dauerhaften Wohnsitz im Lande koppelt, erschien dieses Vorhaben unmöglich, obwohl sich sogar Sozialministerin Eva Kjer Hansen (Venstre) dafür einsetzte. Nach einem langwierigen juristischen und finanziellen Tauziehen erhielt Henningsen schließlich doch noch eine Zusage (Flensburg Avis, 15.7.2007).*

Süddänemark hat den längsten EU-Rüssel

Jydske Vestkysten, 29.6.2006

*Keine andere der fünf dänischen Großregionen betreibt dermaßen viel Lobbyarbeit in Brüssel wie die süddänische Region, der auch Nordschleswig angehört. Mit 17 Mitarbeitern leistet man sich im EU-Büro mehr Personal als alle anderen dänischen Regionen zusammen. Bis zur Jahresmitte konnte man nicht weniger als 60 Mio. Kro-*

*nen an Fördergeldern einwerben.*

Nordische UNESCO-Kommissionen sahen sich Dannewerk genauer an  
Pressemitteilung des SSF, 4.7.2007

*Im Zuge einer Konferenz der UNESCO-Delegierten aus Dänemark, Island, Norwegen, Schweden und Finnland auf Gut Sandberg am Alsensund wurde das Dannewerk genauer bezüglich seines Wertes als Weltkulturerbe überprüft. Entscheidungen über die Aufnahme der mittelalterlichen Befestigungsanlage auf die UNESCO-Liste sind jedoch noch nicht gefallen.*

Senator bekundet gegenüber SSW Bedauern

Flensburg Avis 5.7.07

*Der Hamburger Wissenschaftssenator Jörg Dräger bedauerte auf Anfrage des SSW den Beschluss, dass der Studiengang der Nordischen Philologie komplett an die Kieler Universität übergeht, so dass an der Universität der norddeutschen Millionenstadt kein Dänisch mehr unterrichtet wird. Jedoch sei dies eine Entscheidung der Universität, die von der Politik nicht direkt beeinflusst werden könne. Allerdings war die Universität zuvor mit Sparauflagen belegt worden, die vor allem die Kulturwissenschaften trafen.*

Keine Chance für Dänisch

Flensburger Tageblatt, 14.7.2007

*Die Forderung des SSW nach einem Aktionsplan für mehr Dänischunterricht in öffentlichen Schulen in Südschleswig wurde von CDU und SPD zunächst abgelehnt, da man einen im Oktober vorzulegenden Zu-*

standsbericht abwarten will. Bildungsministerin Ute Erdsiek-Rave (SPD) verwies darauf, dass sich das Unterrichtsangebot am tatsächlichen Bedarf orientieren müsse. Von 2003 bis 2006 ist die Zahl dänisch lernender Schüler an Grundschulen von 374 auf 157 gesunken, was vor allem mit dem Vorziehen des Englischunterrichts begründet wird. Nicht zuletzt angesichts der wirtschaftlichen Bedeutung des Dänischen im Norden fordert der SSW, unterstützt von den anderen Oppositionsparteien, eine bessere Grundlage für den Dänischunterricht, vor allem durch vermehrte und verbesserte Lehrerausbildung. – An den Volkshochschulen wurden in der abgelaufenen Saison 4604 Schleswig-Holsteiner unterrichtet – womit das Dänische aber immer noch hinter Englisch, Spanisch und Französisch liegt.

#### Neue Heimat für Sinti und Roma

Flensburger Tageblatt, 18.7.2007

*Nach einem mehrjährigen Hin und Her wird nun bundesweit erstmals ein Genossenschafts-Wohnprojekt für Sinti und Roma gebaut. „Maro Temm“ in Kiel-Gaarden wird aus 13 Reihenhäusern und einem Gemeinschaftshaus bestehen. In einer der folgenden GFH-Ausgaben werden wir ausführlich über das Projekt berichten.*

#### Kiel will den Friesischunterricht sichern

Flensburg Avis, 19.7.2007

*Mit einer neuen Direktive der Landesregierung soll das Fach Friesisch gestärkt werden, so dass es an weiterführenden Schulen in Nordfriesland nicht mehr nur als Zusatzfach, sondern auch als zweite oder dritte Sprache gelehrt werden*

*kann. Im vergangenen Schuljahr hatten 23 Lehrkräfte an 24 Schulen insgesamt 159 Wochenstunden Friesischunterricht (zehn Stunden mehr als im Vorjahr) erteilt, an denen 1231 Schülerinnen und Schüler teilnahmen. 92 Prozent des Unterrichts fand an Grundschulen statt. Nun soll auch der Oberbau gestärkt werden.*

#### Soldatenleben auf den Düppeler Schanzen

Flensburger Tageblatt, 19.7.2007

*Die lange umstrittenen Erweiterungsbauten des Historiecenter Dybbøl Banke (siehe GFH 2/2000, S. 151-177) wurden durch Königin Margrethe II. feierlich eingeweiht. Mit den neu gebauten Baracken soll laut Abteilungsleiter Bjørn Østergaard der Kriegsalltag der Soldaten während des Krieges von 1864 sichtbar gemacht werden. Unterrichtsminister Bertel Haarder (Venstre) verwies in seiner Ansprache darauf, dass die Wunden der Niederlage von Düppel im dänischen Bewusstsein erst spät verheilt seien, und stellte einen Zusammenhang zwischen damals und dem heutigen Engagement dänischer Soldaten bei weltweiten Einsätzen zur Wahrung des Friedens her.*

#### Dänische und deutsche Kränze am gleichen Stein niedergelegt

Flensburg Avis, 26.7.2007

*Bereits zum achten Mal seit dem 150. Jahrestag der Schlacht von Idstedt gedachten deutsche und dänische Vertreter gemeinsam der Toten der blutigsten Schlacht des Bürgerkrieges um das Herzogtum Schleswig 1848-50. Bei der Kranzniederlegung am Schlachtort vertraten Kreispräsident und Vorsitender der Idstedt-Stiftung Jo-*



*hannes Petersen und Fregattenkapitän Ernst Balduhn die deutsche Seite, Iver Kristensen vom dänischen Verteidigungsministerium und Oberstleutnant Preben Melander die dänische Seite. Bei der Parallelveranstaltung auf dem Alten Friedhof in Flensburg forderte Chefredakteur Bjarne Lønborg (Flensburg Avis) die dänische Minderheit dazu auf, den deutschen Mitbürgern den gleichen Grad an Toleranz entgegenzubringen, den man von ihnen erwartet. Angesichts der Kontroverse um zweisprachige Schilder verwies er auf die Situation in Südtirol, wo selbst Gemeinden mit nur 2 Prozent Minderheitsbevölkerung doppelt beschildert sind und es auch bleiben wollen und wo man für den derzeitigen Konflikt in Schleswig kein Verständnis aufbringen kann.*

#### Musik im Markt

Der Spiegel, 30.7.2007

*Immer mehr Dänen, aber auch Norweger kaufen sich Wohnungen in Berlin, da die Immobilienpreise dort wesentlich niedriger liegen als in anderen Großstädten. In Kopenhagen liegt der Preis pro Quadratmeter durchschnittlich fast ein Drittel höher als in Berlin. Als einziges EU-Land neben der kleinen Inselrepublik Malta verbietet Dänemark hingegen weiterhin Ausländern ohne feste Arbeit im Land den Erwerb von Immobilien.*

#### Keine Toleranz für eine deutsche Fahne

Flensburger Tageblatt, 31.7.2007

*Als eine Jugendgruppe aus NRW auf dem Campingplatz Nailtang bei Warnitz am Ausgang der Apenrader Förde bei ihren Hütten eine deutsche Fahne hisste, gab es sofort mehrere Anzeigen bei der Polizei,*

*auch als die Kinder eine eigens gekaufte dänische Fahne daneben aufzogen.*

#### Gemeinsame Front gegen den Nationalpark

Der Nordschleswiger, 3.8.2007

*Insgesamt 11 landwirtschaftliche Verbände, Jägervereine und Deichgemeinschaften haben sich kategorisch dagegen ausgesprochen, dass der dänische Teil des Wattenmeeres einschließlich großer Marschflächen im Hinterland zum Nationalpark erklärt wird. Vor allem fürchten sie Einschränkungen ihrer wirtschaftlichen und „kulturhistorischen“ (Jagd, Bootsfahrten, Fischerei) Aktivitäten. Neue Verhandlungen lehnten sie ab, da ihre Ablehnung endgültig sei. In der Frage nach der Bewerbung des Wattenmeers als grenzüberschreitendes UNESCO-Weltkulturerbe gab es keine neue Bewegung.*

#### Die Frage der deutschen Kriegsschulden gegenüber Dänemark ist noch nicht gelöst

Kristeligt Dagblad, 3.8.2007

*Der frühere Dozent an der Handelshochschule in Århus Peter Sørensen erinnerte daran, dass die 1946 berechneten Schäden durch die deutsche Besetzung im Zweiten Weltkrieg auf der Londoner Konferenz 1953 aus politischen Gründen und aufgrund wesentlich schlechterer wirtschaftlicher Prognosen, als es der Wirklichkeit entsprach, halbiert worden seien. Dieser Betrag wurde bis 1983 abbezahlt. Bei der endgültigen Regelung der Nachkriegsordnung im Zuge der „2+4-Gespräche“ wurden die übrigen vom Zweiten Weltkrieg betroffenen Länder nicht berücksichtigt. Sørensen fordert nun, dass Deutschland*



*die seinerzeit erlassenen 5,7 Mrd. Kronen (entspricht heute 102 Mrd. Kronen bzw. ca. 15 Mrd. Euro) an Dänemark zurückzahlen solle. Der Einwurf erregte allerdings nur sehr kurzfristig Aufmerksamkeit.*

Deutsche strömen wieder nach Dänemark

Flensburg Avis, 9.8.2007

*Nachdem es in den vergangenen Jahren einen kontinuierlichen Rückgang an deutschen Sommergästen in Dänemark gegeben hatte, stiegen die Zahlen der Übernachtungen in dänischen Ferienhäusern im Juni im Vergleich zum Vorjahresmonat um 169.000 an, was einer Zunahme von 19 Prozent entspricht. Als Ursachen werden laut VisitDanmark unter anderem die verstärkte Werbung in Deutschland, aber auch das hervorragende Wetter im Vorjahr angenommen.*

Merkel sichert Grönland und Fogh „volle Unterstützung zu“

Der Nordschleswiger, 18.8.2007

*Das Gipfeltreffen zwischen der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem dänischen Staatsminister Anders Fogh Rasmussen fand erstmals auf Grönland statt. Dabei standen vor allem die Klima- und Umweltpolitik im Vordergrund, aber auch die besonderen Interessen der grönländischen Bevölkerung. Fogh stellte den „sehr hohen Symbolcharakter“ des Besuchs heraus.*

Polizei schlug Nazis zurück

Jydske Vestkysten, 19.8.2007

*Bei einem Neonazi-Aufmarsch in Kol-*

*ding kam es zu zahlreichen Festnahmen, darunter auch des dänischen Neonazi-Anführers Jonni Hansen. Die deutsche Bundespolizei hatte bereits seit den frühen Morgenstunden bei der Ausreise nach Dänemark kontrolliert und Dutzenden Verdächtigen die Ausreise verweigert und somit eine größere Teilnahme deutscher Neonazis verhindert. Zwei Wochen später wurde eine Neonazi-Veranstaltung in Rie-seby verhindert.*

Bessere Verkehrsanbindung der Region

Der Nordschleswiger, 23.8.2007

*Vertreter der Handels- und Gewerbevereine aus dem nördlichen Teil Nordfrieslands und des Handelsvereins Tondern forderten in einem offenen Brief an den schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen (CDU) und Dänemarks damaligen Verkehrsminister Flemming Hansen (Kons.), dass die Westküste nicht gegenüber der Ostküste bei der Unterstützung zu grenzüberschreitenden Projekten und Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur benachteiligt wird. Es komme bereits vor, dass Betriebe im Westen unter Verweis auf ihre geografische Lage keine Darlehen zu Erweiterungsprojekten mehr erhielten.*

Grenzlandportal informiert umfassend

Flensburger Tageblatt, 25.8.2007

*Das im Herbst 2006 gestartete Grenzlandportal ([www.grenzlandportal.eu](http://www.grenzlandportal.eu)), welches im Internet umfassend über Kultur, Gesellschaft, Wirtschaft, Geschichte und Akutuellem im Grenzland informiert, wird weiter ausgebaut (siehe GFH 4/07, S. 310).*

## „Eine Richtschnur für das Notwendige“

Flensburger Tageblatt, 5.9.2007

*Nachdem die Zusammenlegung mehrerer Amtsverwaltungen zu Einheiten mit mindestens 8000 Einwohnern weitgehend umgesetzt worden ist, steht nun in Schleswig-Holstein eine Kreisreform im Mittelpunkt der Debatte. Die von Wirtschaftsverbänden geforderte und zunächst von der Landesregierung befürwortete Ersetzung der 11 Landkreise und 4 Stadtkreise durch 4 Regionen scheint nach einem negativen Expertengutachten zunächst vom Tisch zu sein. Gleichzeitig betonten die Gutachter, dass ein Festhalten am Status quo bei gleichzeitiger Aufforderung zu mehr Kooperation nicht ausreichend sei, um Einsparungen zu erzielen und sich den heutigen Anforderungen an ein modernes Staatswesen anzupassen. Derzeit scheint sich eine „kleine Lösung“ anzubahnen, welche unter anderem die „Einkreisung“ Flensburgs in den Kreis Schleswig-Flensburg vorsieht, Nordfriesland aber die Selbständigkeit belässt. Flensburgs Oberbürgermeister Klaus Tscheuschner steht dem positiv gegenüber, fordert aber zugleich: „Flensburg wird als Hauptstadt der Region Sønderjylland-Schleswig anerkannt. Dieser Tatsache muss Rechnung getragen werden.“ Vermutlich wird Flensburg den Status einer großen kreisangehörigen Stadt bekommen, die einige Verwaltungsaufgaben behält, für die ansonsten der Kreis zuständig ist. Kreispräsident Johannes Petersen wird nach einem Treffen mit Vertretern der Slesvigsk Parti mit den Worten zitiert, dass die 2007 in Kraft getretene dänische Verwaltungszentralisie-*

*rung für ihn „ein Horrorbeispiel“ sei (Der Nordschleswiger, 11.9.2007).*

## Grundrecht auf Bildung

Pressemitteilungen des BDN, 6.9.2007, und des SSF, 5.9.2007

*Bund Deutscher Nordschleswiger und Sydslesvigsk Forening luden am 31. August in Zusammenarbeit mit der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen zu einer Konferenz zum Thema Bildung ein. Dabei standen die Herausforderungen der Bildung für die autochthonen nationalen Minderheiten in Europa im Mittelpunkt. Diese wurden anhand des Beispiels der Situation der deutschen Nordschleswiger, der dänischen Südschleswiger, der Friesen und Sorben analysiert und diskutiert. Insgesamt 80 Gäste, davon ein großer Teil Vertreter von verschiedenen Minderheiten in Europa nahmen an der Konferenz teil, die auf das Grundrecht auf Bildung zurückgriff, welches während der jüngsten FUEV-Kongresses in Tallinn verabschiedet wurde.*

*Die Konferenz stand zudem im Zusammenhang mit dem Besuch zahlreicher Vertreter europäischer Minderheiten-Zeitungen (zusammengeschlossen im Netzwerk MIDAS) im schleswigischen Grenzland und mit dem 4. „YOU!MM“, dem grenzüberschreitenden Europäischen Minderheiten-Marathonlauf, der unter der Schirmherrschaft des Präsidenten des Europäischen Parlaments Georg Pöttering und des dänischen Innen- und Gesundheitsministers Lars Løkke Rasmussen stand.*

Grenzenloser Sport ohne Dolmetscher

Flensburg Avis, 7.9.2007

*Zum sechsten deutsch-dänischen Schulsporttag kamen 900 Sechstklässler nach Schleswig, um miteinander Sport zu treiben. Der größte Anteil der Finanzierung wurde durch Mittel des Interreg-Projekts „People to People“ über die Region Schleswig-Sønderjylland gedeckt.*

Zoll und Polizei machten die Autobahn dicht

Flensburger Tageblatt, 7.9.2007

*40 Beamten führten bei Altholzkrug eine Großkontrolle beim Autoverkehr Richtung Grenze durch, um vor allem Straftaten und Unfällen vorzubeugen.*

SG steckt in der Klemme

Flensburg Avis, 7.9.2007

*Ein Gesuch der SG Flensburg-Handewitt, das Bundesliga-Spitzenspiel gegen den VfL Gummersbach am 2.2.2008 in Kopenhagen austragen zu dürfen (die heimische Campushalle ist an jenem Tag anderweitig belegt), wurde vom Dänischen Handball-Verband (DHF) zurückgewiesen. Begründet wurde dies mit der Befürchtung, dass dem dänischen Handball Schaden entstehen könnte, wenn die SG eine hohe Medienpräsenz erzielen und möglicherweise weitere Zuschauer und Sponsoren nach Süden locken werde. Bereits früher hatte der DHF den Handballerinnen des Sønderjyske HK ein Ausweichen über die Grenze verwehrt (GFH 2/03, S. 132), während die SG im November 2004 ein Gruppenspiel der Champions League in Hadersleben austragen durfte (GFH 4/04, S. 294). Als die Betreiber des Kopenhagener „Parken“, Dänemarks größten Veranstaltungszen-*

*trums (als Stadion und überdachte Halle nutzbar), eine kombinierte Veranstaltung mit einem dänischen Top-Spiel vorschlugen, kamen positivere Signale vom DHF (Flensburg Avis, 11.9.2007). Eine neue Entscheidung war bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe aber noch nicht gefallen.*

Egon Krenz musste sich kritischen Fragen stellen

Der Nordschleswiger, 8.9.2007

*Auftritte des letzten DDR-Staatsratsvorsitzenden und SED-Generalsekretärs Egon Krenz an den nordschleswigschen Heimvolkshochschulen in Rödning und Toftlund sorgten kurzfristig für Aufsehen.*

Wohnen in Deutschland beliebt

Jydske Vestkysten, 9.9.2007  
(Aufmacher)

*Die Anzahl dänischer Staatsbürger mit Wohnsitz in Deutschland nimmt weiter zu. Allein in Flensburg stieg deren Anzahl von Ende 2000 bis Mitte 2007 von 1400 auf 2340. Hatte das Infocenter Grenze bei seiner Gründung noch mit etwa 1000 Beratungen jährlich für Dänen gerechnet, die einen Umzug über die Grenze hinweg erwägen, sind es derzeit 450 im Monat. Dabei sind alle Altersgruppen vertreten. Laut Infocenter, SSF-Pressesprecher Bernd Engelbrecht und der Revisionsfirma Dantax spielen weniger steuerliche Vorteile als vielmehr die Aussicht auf geringere Lebenshaltungskosten eine Rolle, immer häufiger aber auch das kulturelle Angebot in Flensburg und mentale Gründe.*

Als der Deutsche aus Süderhaff hinausgekauft wurde

Jydske Vestkysten (Apenrader Lokalaus-

gabe), 11.9.2007

*Ein Beitrag zu einer Sonderseite über das kleine Dorf Süderhaff am Nordufer der Flensburger Förde stimmt mit Geschichtsverdrehungen und grenzkämpferischem Unterton ärgerlich. So heißt es unter anderem, dass „die Industrialisierung Deutschlands Flensburg mit Schornsteinen, Rauch und Fabriken ihr Gepräge gab“ (in Wirklichkeit setzte diese bereits ab 1840 ein und war auch in preußischer Zeit nie so stark, dass „das besser gestellte deutsche Bürgertum [...] frische Luft“ suchen musste). Laut Verfasser Kasper Skovse kamen daher „deutsche Touristen, Urlauber und Bürger“ (damit sind die Flensburger gemeint) und kauften zahlreiche Häuser vor Ort auf, so dass „bis 1920 knapp die Hälfte der Häuser in Süderhaff in deutschem Gewahrsam waren“, bis Grenzziehung und Inflation viele zum Verkauf zwangen.*

Pendler sind für Deutschland teuer  
Flensburg Avis, 11.9.2007

*Durch das deutsch-dänische Doppelbesteuerungsabkommen bezahlen Arbeitnehmer den Großteil ihrer Steuern (namentlich die Einkommenssteuer) im Arbeitsland, während staatliche Leistungen in der Regel im Wohnland anfallen. Da derzeit zwischen 6000 und 8000 Grenzpendler den Weg nach Norden nehmen, während es umgekehrt nur 1000-1500 sind, ergibt sich ein finanzielles Ungleichgewicht zu Ungunsten Deutschlands. Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) kündigte an, dass man solcherlei Abkom-*

*men (auch mit anderen Nachbarländern) in absehbarer Zeit neu aushandeln wolle.*

Konferenz mit Schwerpunkt auf grenzüberschreitender Zusammenarbeit  
Pressemitteilung des SSF, 19.9.2007

*Beim Besuch von 14 Mitgliedern des süd-dänischen Regionalrats in Begleitung des Regionsbürgermeisters Carl Holst (Venstre) und einiger Verwaltungschefs bei der dänischen Minderheit in Südschleswig wurden vor allem die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und die Forderung nach besseren Sprachkenntnissen, namentlich Dänischkenntnisse südlich der Grenze, zur Sprache gebracht.*

Dänischer Film wird abgeschnitten  
Flensburg Avis, 19.9.2007

*Nach der zunächst erfolgreichen erstmaligen Premiere eines dänischen Films in Originalsprache in einem Flensburger Kino (Flensburg Avis, 9.8.) wurde das Projekt vom Filmverleih „Nordisk Film“ wieder gestoppt. Begründet wurde dies mit der geringen Besucherzahl des (im übrigen im Vorfeld von schlechten Kritiken begleiteten) Gruselfilms „Kollegiet“ (Das Wohnheim), logistischen Schwierigkeiten und der Abstimmung mit der Exportabteilung des Filmverleihs.*

Grenzen aus verschiedenen  
Blickwinkeln

MARTIN RHEINHEIMER (Hrsg.)

Grenzen in der Geschichte Schleswig-Holsteins und Dänemarks.

Neumünster: Wachholtz, 2006 (Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins 42). 480 s., z.T. ill.

Mit insgesamt 21 Beiträgen auf 480 Seiten stellt der vorliegende Sammelband ein gewichtiges neues Werk zum dauerhaft aktuellen Thema „Grenzen“ dar. Selbstverständlich spielt die deutsch-dänische Grenze eine wichtige Rolle, doch zeichnet sich das Buch in erster Linie dadurch aus, dass es das Phänomen „Grenzen“ unter sehr verschiedenen Gesichtspunkten vorstellt.

Die Artikel sind weitestgehend chronologisch nach dem Beginn des thematisierten Zeitraums geordnet. Dabei stellt sich die Frage, ob eine Ordnung nach Sachgebieten (z. B. Landesgrenzen, „kleine“ lokale Grenzen, Grenzen als Kommunikationsräume, zwischenmenschliche Grenzen u. ä.) nicht sinnvoller gewesen wäre, denn gerade die Beiträge über nicht-territoriale Grenzen wirken zwischen den übrigen Aufsätzen zunächst etwas fremd. Allerdings wäre eine thematische Ordnung auch nicht einfach zu bewerkstelligen, da sich viele Beiträge des Phänomens Grenze auf vielschichtige Weise annehmen.

In seinem einleitenden Beitrag stellt Martin Rheinheimer am Beispiel des alten Herzogtums Schleswig das fünfstufige Grenztypen- und Identitätsmodell von Roy Baumeister vor: Während die beiden ersten

Stufen rein existenzielle bzw. personenbezogene Grenzen beinhalten, geht die Identität nach einer festen Werteskala (3. Stufe) bereits von einem Prozess der territorialen Abgrenzung aus. Lineare Grenzen werden jedoch erst auf Stufe 4 erreicht, wenn das Subjekt vor der Wahl zwischen mehreren Optionen steht, im konkreten Fall bezüglich der nationalen Zugehörigkeit, wie sie hierzulande Mitte des 19. Jahrhunderts aktuell wurde. Als fünfter und gewissermaßen „am höchsten entwickelter“ Typ der Identitätsbildung steht die verlangte Wahl ohne feste Kriterien, die mit der im praktischen Leben zurückgehenden Bedeutung linearer Grenzen einhergeht, da diese räumlich dank moderner Kommunikationsmittel immer leichter überwunden werden können und nun ein vereintes Europa, eine multikulturelle Gesellschaft und die „globalisierte Welt“ als Bezugsgrößen hat. Widersprechen möchte ich dem Verfasser allerdings bei seiner Annahme, dass die Bedeutung der nationalen Minderheiten beim Erreichen der „5. Stufe“ schwinden wird (S. 45) – ich gehe davon aus, dass ihre Bedeutung als Bezugsgröße bei zunehmender Schwächung der linearen Staatsgrenze eher zunehmen wird. Der Beitrag zeigt jedoch eindrucksvoll, dass die heutige Staatsgrenze nur eine unter vielen in der schleswigischen Region ist. Auch andere Beiträge haben das alte Herzogtum Schleswig bzw. die heutige deutsch-dänische Grenze zum Thema. Michael Bregnsbo zeigt auf, in welchem Maße die Herzogtümer nicht zuletzt wegen der aus (reichs-)dänischer Sicht besonders komplizierten Stellung in der Geschichtsschreibung lange Zeit ausgegrenzt wurden. Dabei sah es hier wie dort

hinsichtlich der Vielzahl untergeordneter Grenzen und Grenzräume gar nicht so viel anders aus. Hans Schultz Hansen erklärt die Vorgeschichte der heutigen deutsch-dänischen Grenze: Während deutsch- wie dänischgesinnte Schleswiger vor 1864 eine Teilung vehement ablehnten, wurde eine solche dank des § 5 des Wiener Friedens von 1866 (Inaussichtstellung einer Volksabstimmung über die staatliche Zugehörigkeit) für immer mehr dänische Nordschleswiger später zur einzig realistischen Option, während sich die deutschen Schleswig-Holsteiner gerade zur Verhinderung einer Teilung immer enger an Preußen anlehnten.

Andrea Teebken zeigt in ihrem Beitrag über die Sprachenfrage im Schleswig des 19. Jahrhunderts, dass Grenzen nicht statisch sind und Identitäten durchaus immer wieder neu verhandelt werden können. Diesen Aspekt belegt Peter Thaler zusätzlich, indem er lokale Schwankungen bei der Zugehörigkeit zur Mehrheit oder Minderheit als Beispiele nimmt. Daraus zieht er den Schluss, dass viele Familien in Grenz- und Minderheitenregionen durchaus beiden Seiten nahe stehen können. Morten Andersen führt aus, in welchem Maße die schleswigsche Region wirtschaftlich wie mental ab 1920 zur doppelten Grenzregion wurde (siehe hierzu auch sein Beitrag in GFH 3/2005). Jørgen Kühl analysiert anhand der dänischen Südschleswiger nationale Identität über die Staatsgrenze hinweg, indem er besonders auf die Beziehung zum „Mutterland“ eingeht. Martin Klatt zeigt auf, dass das historische Herzogtum Schleswig heute im schleswigschen Grenzland keine besondere Bezugsgröße mehr darstellt (siehe hierzu auch seinen Beitrag im vorliegenden GFH).

Andere Beiträge über „große“ Grenzen haben William Boehart (über Lauenburg

im Schatten der innerdeutschen Grenze), Klaus-Joachim Lorenzen-Schmidt (über trennende und verbindende Aspekte einer Wassergrenze am Beispiel der Untereibe) und in gewisser Weise auch Detlev Kraack (über die Wahrnehmung und Überschreitung von Grenzen im Mittelalter auf der Quellenbasis von Helmolds Slawenchronik), wobei letzterer zusätzlich interessante kulturgeschichtliche Aspekte aufzeigt.

Lokale Grenzen werden von Bo Ejstrup (bronzezeitliche Besitzabgrenzungen im Vendsyssel), Günther Bock (mittelalterliche Besitzumsgrenzen in Stormarn), Albert Panthen (Grenzstreitigkeiten zwischen schleswigschen Geestgemeinden, wie sie nicht zuletzt aufgrund der oft unklaren Jurisdiktionsverhältnisse häufig vorkamen), Ortwin Pelc (Stadt und Land bis zum 19. Jahrhundert) und Per Grau Møller (durch Einhegungen gekennzeichnete Besitzgrenzen auf Fünen, die erst durch neue Formen der Landwirtschaft im 20. Jahrhundert verloren gingen). Norbert Fischer belegt, in welcher Form Deiche nicht nur Abgrenzungen und Schutzwälle darstellen, sondern auch eine Identität stiftende, kulturelle, soziale und natürlich wirtschaftliche Bedeutung für die Bewohner hinter ihnen haben.

Noch stärker in den Bereich der Kulturgeschichte und in mehr persönlich-soziale Dimensionen des Themas Grenze gehen die Beiträge von Lulu Anna Hansen und Martin Rheinheimer (über Niebuhr als Reisender im Jemen), Sylvia Zander (über Grenzen der ständischen Ehre), Jannie Uhre Mortensen (über Post-Mortem-Fotografien) und Lone Jeppesen und Mogens Nissen (über heutige niederländische Bauern in Südwestjütland und ihnen gegenüber vorgebrachte Vorbehalte).

Das vorliegende Werk zeigt eindrucksvoll



voll, dass das Phänomen „Grenze“ weit mehr ist als nur eine einfache Trennlinie zwischen zwei Staaten oder Gebietskörperschaften. Für die Leserschaft im schleswigschen Grenzland, aber bei weitem nicht nur dort, bietet es eine Fülle spannender Erkenntnisse, die zur weiteren Auseinandersetzung mit diesem wichtigen Thema anregen.

*Gerret Liebing Schlaber*

### Deutsch-dänische Klischees – und Verbindungen

MANFRED GLÄSER / INGRID SUDHOFF /  
PALLE BIRK HANSEN / THOMAS RO-  
LAND (Hrsg.)

Nicht nur Sauerkraut und Smørrebrød!  
Deutschland und Dänemark im 19. und  
20. Jahrhundert

Ikke kun smørrebrød og sauerkraut!  
Danmark og Tyskland i det 19. og  
20. århundrede

Lübeck: Schmidt-Römhild, 2005. 237 S., Ill.

Im Rahmen des dreijährigen, grenzüberschreitenden Projekts „Eine Kulturbrücke über den Belt“, das von der Europäischen Union mitfinanziert wurde, erstellten Forscher und Vermittler aus der Hansestadt Lübeck und dem damaligen Storstrøms Amt die gemeinsame Ausstellung „Nicht nur Sauerkraut und Smørrebrød! Ikke kun smørrebrød og sauerkraut!“, zu der der vorliegende, gleichnamige Begleitband entstanden ist.

Bereits der Titel deutet auf Klischees und Vorbehalte hin, die Dänen und Deutsche dem jeweiligen Nachbarland entgegenbringen. Das Projekt wurde ins Leben gerufen, um den kulturellen Austausch

zwischen Dänemark und Deutschland zu unterstützen und um den Abbau von Vorurteilen zu fördern.

Das Buch besteht aus insgesamt 63 durchgehend zweisprachigen Beiträgen, die überwiegend von Historikern und Kulturwissenschaftlern aus beiden Ländern verfasst wurden. Die einzelnen Texte beschäftigen sich beispielhaft mit Berührungspunkten zwischen Dänen und Deutschen im Laufe der vergangenen zwei Jahrhunderte und setzen sich mit kulturellen Unterschieden und Ähnlichkeiten auseinander.

In der Einleitung werden mit den beiden Beiträgen „Wenn ich an Dänemark denke ...“ (Alfred Falk) und „Wenn ich an Deutschland denke ...“ (Anna-Elisabeth Jensen) persönliche Eindrücke geschildert, die die beiden Autoren im Hinblick auf das jeweilige Nachbarland gesammelt haben. Vorurteile wie deutsche Gründlichkeit und Qualität oder dänische Gemütlichkeit werden nicht widerlegt; die Herausgeber des Katalogs unternehmen vielmehr den Versuch, den Leser für Gemeinsamkeiten in der Geschichte zu sensibilisieren, die durch gegenseitige Beeinflussung entstanden sind.

Neben Beiträgen zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Archiven und Museen (Peter Dragsbo) und zur Darstellung gemeinsamer Geschichte in quellenbewahrenden Einrichtungen (Heinrich Mehl), findet sich in der Einleitung unter dem Titel „Dänisch – Deutsch. Identität: Sprache – Grenzen“ (Anna-Elisabeth Jensen) auch ein kurzer geschichtlicher Abriss zur grenzpolitischen Situation der vergangenen beiden Jahrhunderte.

Im Hauptteil werden Aspekte aus den Bereichen Politik, Wirtschaft, Kultur und Sport beleuchtet; die Beiträge sind chronologisch in Abschnitte gegliedert, begin-



nend mit dem frühen 19. Jahrhundert und endend mit der Zeit nach dem 2. Weltkrieg. Die Beiträge erscheinen einerseits durch mikrohistorische Perspektiven und andererseits durch überblicksartige Darstellungen recht unterschiedlich, bisweilen unübersichtlich; die Herausgeber haben jedoch versucht, möglichst viele Berührungspunkte gemeinsamer Geschichte einzubeziehen.

Vor allem aus den einzelnen Bereichen der Bildenden Kunst wurden verschiedene Persönlichkeiten ausgewählt, die das jeweilige Nachbarland mit ihren Werken beeinflussten. Die Beiträge „Rom an der Ostsee – C.F. Hansen, Landbaumeister in Holstein“ (Thomas Roland), „Hans Christian Andersen“ (Doris Mührenberg), „Die Volkshochschule und Grundtvig“ (Ulla Schaltz), „Thomas Manns dänische Verbindung“ (Morten Dyssel Mortensen) oder „Die ‚Asta‘“ (Ulla Schaltz), um nur einige zu nennen, setzen sich mit Personen auseinander, die noch heute in den beiden Ländern bekannt sind.

Der Ausstellungskatalog richtet sich an eine breite Leserschaft. Die knappe Form der einzelnen Beiträge, die sich auf das Wesentliche konzentrieren, sowie das umfangreiche Bildmaterial wirken ansprechend. Dennoch fehlen in einigen Beiträgen wichtige Details; auch klarere Ausführungen wären hin und wieder hilfreich gewesen. So geht beispielsweise aus dem Text „Die römische Verbindung – Bertel Thorvaldsen“ (Thomas Roland) nicht hervor, dass der Künstler Thorvaldsen Bildhauer war. Ebenso wäre in dem Beitrag „Die Volkshochschule und Grundtvig“ (Ulla Schaltz) eine kurze Erläuterung des auf Grundtvig zurückgehenden pädagogischen Konzepts der Heimvolkshochschule wünschenswert gewesen. Mit dem grenzüberschreitenden Projekt

wurde ein wichtiger Schritt in Richtung eines tieferen Verständnisses für das jeweilige Nachbarland getan. Bemerkenswert ist auch, dass die deutsch-dänische Zusammenarbeit in diesem Fall über den Belt hinweg erfolgte und nicht über die Festlandgrenze stattfand. Der vorliegende Ausstellungskatalog trägt hoffentlich dazu bei, dass viele Leser Interesse für das Nachbarland zeigen und langfristig Vorurteile abbauen.

*Ruth Clausen*

### Stadtentwicklung im Vergleich

FIETE PINGEL,  
THOMAS STEENSEN (Hrsg.)

Städte in den Frieslanden

Beiträge vom 5. Historiker-Treffen  
des Nordfriisk Instituut

Bredstedt: Nordfriisk Instituut, 2006. 96 S.

Dieses kleine Buch ist das Ergebnis des Seminars „Städte in den Frieslanden“. Damit wird das Urbane ins Blickfeld gerückt, während im Umgang mit der friesischen Geschichte ansonsten ländliche Strukturen und die Beziehung zum Meer im Vordergrund stehen. Aus diesem neuen Fokus heraus ist eine interessante Publikation entstanden. Sie setzt sich aus vier Teilen zusammen: Drei Artikel beschäftigen sich mit den Städten in West-, Ost- und Nordfriesland, während das letzte Viertel als ein kleines Nachschlagewerk angelegt ist, in dem insgesamt 29 Städte auf jeweils einer Seite beschrieben werden.

Rolf van der Woude schildert die Entwicklung im westfriesischen Städtensystem während des 19. und 20. Jahrhunderts. Dank der Naturressourcen gehörte Westfriesland zu Beginn des 19. Jahrhunderts

zu einem der reichsten Gebiete Nordeuropas, und die Hauptstadt Leeuwarden war eine der wichtigsten Städte der Niederlande. Doch als Napoleons neuer niederländischer Zentralstaat Friesland die Autonomie erhielt und die Industrialisierung im übrigen Europa Einzug hielt, stagnierten Städte und Gesellschaft in Westfriesland. Dem Gebiet fehlte es an Rohstoffen für die Industrie, und der bisherige Wohlstand stand der industriellen Entwicklung im Wege. Leeuwardens Abstieg von der sechst- oder siebtgrößten Stadt der Niederlande in der Frühen Neuzeit zur derzeitigen Platzierung zwischen 40 und 50 unterstreicht den Bedeutungsverlust der westfriesischen Städte. Ein Vergleich mit der Entwicklung im ebenso rohstoffarmen Jütland könnte interessante Perspektiven für das Thema aufzeigen, denn hier gelang es mit einer dezentralen Industrialisierung Wohlstand und Wachstum sowohl in den neu angelegten Städten als auch in den alten Handelsstädten zu schaffen, indem veredelte Nahrungsmittel an den wachsenden britischen Markt geliefert wurden. Städte in Ostfriesland in Mittelalter und Früher Neuzeit werden in Hajo van Lengers Beitrag thematisiert. Die besondere friesische Gesellschaftsstruktur im Hochmittelalter wirkte sich deutlich auf den Status der Städte aus. Selbst die größten Städte des Gebiets erfüllten zahlreiche der klassischen, eine mittelalterliche Stadt definierenden Anforderungen nicht. So hatten sie keine Stadtmauer und kein besonderes Stadtrecht; daher war die physische und juristische Abgrenzung wesentlich fließender als es vom mittelalterlichen Nordeuropa bekannt ist. Doch im Spätmittelalter und in der Frühen Neuzeit gerieten friesische Freiheit und informelle Stadtordnung in steigendem Grad unter Druck. Allmählich erhielten die Städte fest-

gelegte juristische Verhältnisse unter der Oberhoheit eines Fürsten. Als es 1595 Emden gelang, die Fürstentherrschaft wieder abzuschütteln und reichsunmittelbar zu werden, hatte dies nichts mit der alten friesischen Freiheit zu tun.

Unter der Überschrift „Nordfriesland – (k) eine Städtelandschaft?“ beschäftigt sich Albert Panten mit der Städtebildung in Nordfriesland. Im Frühmittelalter gab es nur wenige und kleine städtische Siedlungen in Nordfriesland, doch das gesamte Städtesystem ging mit der Sturmflut von 1362 mehr oder weniger zu Grunde. Panten zeigt auf, wie ein neues System aufgrund von Wegverbindungen entstand – teils durch die von Norden nach Süden führenden Ochsenwege, teils durch von Osten nach Westen führende Verbindungen von den östlichen Küstenstädten Flensburg und Schleswig zu den Handelsplätzen am Rande der Geest wie Tondern, Bredstedt und Husum. Ebenso wie für die ostfriesischen Städte hatten Fürsteninteressen eine große Bedeutung für die Formalisierung der Verhältnisse der Städte. Den Abschluss bildet ein kleines Städtelexikon, in dem die Geschichte von 29 friesischen Städten auf jeweils einer Seite umrissen wird. Diese Eintragungen sind recht hilfreich, doch könnte man sich noch ein paar Daten in einer Übersicht wünschen, wie beispielsweise historische Einwohnerzahlen, Jahr der Stadtrechtsbewidmung etc.

Die Beiträge sind mit guten Karten als Hilfsmittel für diejenigen illustriert, die in der friesischen Stadtgeografie nicht so sehr bewandert sind. Insgesamt behandelt das Heft ein spannendes und erfrischendes Thema – Stadtgeschichte außerhalb der hochurbanisierten Gebiete Nordeuropas. Die Analysen der friesischen Stadtentwicklung während der städtischen Freiheit des

Mittelalters und der Industrialisierung des 19. Jahrhunderts zeigen allen, die sich für urbane Geschichte interessieren, neue Perspektiven bezüglich zentraler stadtgeschichtlicher Themen auf.

*Jens Toftgaard Jensen*

Übersetzung: Ruth Clausen

Südschleswiger auf  
dänischen Nachschulen

LARS N. HENNINGSEN

Sydslesvig-ungdom på danske  
efterskoler – før og nu

Flensburg: Studiefdelingen ved  
Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig,  
2007. 71 S., ill.

Das vorliegende Büchlein ist das Ergebnis einer vom größten dänischen Grenzverein, „Grænseforeningen“, initiierten Untersuchung über den Weg junger Südschleswiger zu dänischen Nachschulen (efterskoler) – eine in Deutschland nicht übliche Form von Schulen für die 8. bis 10. Klasse, die meist in freier Trägerschaft stehen, als Internate geführt werden und je nach Ausrichtung verschiedene Fachbereiche besonders fördern. Es war der Wunsch des Grenzvereins, die Bedeutung der Nachschulen nördlich der Grenze für die dänische Minderheit zu beleuchten und einen Eindruck davon zu bekommen, welche Rolle die Nachschulen für die dänische Kulturarbeit und für die dänische Identität südlich der Grenze spielen. Die letztgenannte, schwierig zu untersuchende Fragestellung bleibt im vorliegenden Buch jedoch unbeantwortet.

Die Untersuchung erstreckt sich über einen Zeitraum von 150 Jahren. Die Ein-

beziehung der früheren Geschichte trägt jedoch nicht allzu viel zum Verständnis der im Buch dargestellten aktuellen Problematik bei. Es zeigt sich nämlich, dass heute nur sehr wenige dänische Südschleswiger die dänischen Nachschulen überhaupt kennen und sie besuchen.

Einleitend bringt das Buch fünf Beispiele, und zwar sehr gute, mit denen die Bedeutung des Aufenthalts an einer Nachschule für frühere Generationen angedeutet wird. Auch wenn sie nicht direkt auf die aktuelle Fragestellung bezogen werden, geht aus ihnen klar hervor, dass es bis 1920 vor allem junge Nordschleswiger waren, die zur Stärkung ihrer dänischen Identität auf die andere Seite der Königsau geschickt wurden (übrigens fehlt hier die 1914 gegründete Nachschule von Skanderup bei Kolding).

Für die Zeit nach 1920 wird dem Thema gemäß ausschließlich Südschleswig betrachtet. Lars Henningsen zeigt deutlich auf, wie es ab 1920 und erst recht ab 1945 zu einem regelrechten Ansturm südschleswigscher Schüler auf die dänischen Nachschulen kam. In beiden Zeiträumen spielte der Wunsch nach Grenzänderung, nicht selten nach einem Wandel in der persönlichen nationalen Gesinnung, eine wesentliche Rolle, doch die wirtschaftliche Gesundung Deutschlands nach überstandener Ruhrkrise und Hyperinflation bzw. durch das „Wirtschaftswunder“ ließ den Boom bald wieder abflauen. Dennoch führte der Aufenthalt an einer Nachschule bei vielen zu einer Festigung der dänischen Identität, obwohl die Grenze festlag; viele erhielten einen positiven Zugang zur dänischen Demokratie und dem dänischen Gesellschaftsmodell, die in vielerlei Hinsicht mit den Verhältnissen im heutigen Deutschland übereinstimmen.

Man mag es bedauern, dass die dänischen

Nachschulen heute kaum noch Schüler aus Südschleswig haben, zumal dies in vielen Fällen eine entscheidende Verbindung zwischen der dänisch gesinnten Jugend in Südschleswig und der dänischen Kultur im Königreich sein kann. Grænseforeningen spricht sich daher dafür aus, dass die jungen Südschleswiger beim Zugang zu den Nachschulen vollkommen mit (reichs-)dänischen Jugendlichen gleich gestellt sein müssen. Lars Henningsen belegt jedoch unzweifelhaft, dass dies nicht der Fall ist und dass im Gegenteil in den 1970er und 1980er Jahren auf beiden Seiten Entscheidungen getroffen wurden, welche die Trennfunktion der Grenze noch verschärft haben.

Schließlich noch eine Anmerkung zum Sprachgebrauch: Durchgehend wird Südschleswig in der heutigen Form angewendet, wie sie allerdings erst nach 1920 entstanden ist. Verwirrend erscheint der Terminus „Sønderjylland og Sydslesvig“ (S. 9), zumal der Verfasser so gut wie nur wenige andere weiß, dass ersteres identisch mit „Schleswig“ als Ganzem ist und erst in jüngerer Zeit im Dänischen historisch nicht korrekt auf Nordschleswig reduziert wurde.

Lars Henningsen schließt seine Untersuchung mit einigen wichtigen Fragen über die Zukunft ab. Dabei macht er zu Recht darauf aufmerksam, dass der Bedarf für einen grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt künftig noch steigen wird. „2007 kehrt die Mehrheitsbevölkerung der Grenze nicht länger den Rücken zu“, stellt er fest und fragt, „ob die neue Wirklichkeit auf dem Arbeitsmarkt und ein verändertes Profil der dänischen Nachschulen nicht neue Verbindungen zwischen Süd und Nord ermöglichen.“ Es besteht kein Zweifel daran, dass viele der dänischen Nachschulen in hohem Maße ein waches Auge für

die globalisierte Welt haben. Allerdings richtet sich der Blick hauptsächlich auf die englischsprachige Welt. Wird das dänische Südschleswiger dazu animieren, wieder in größerer Zahl nach Dänemark zu kommen? Und noch wichtiger in diesem Zusammenhang: Wäre es nicht denkbar, dass auch junge Leute aus der deutschen Mehrheitsbevölkerung an dänische Nachschulen kommen könnten – und dänische Jugendliche an entsprechende Einrichtungen in Deutschland? Ein solches Konzept wäre zukunftsweisend. Aber es würde auch eine intakte Identität voraussetzen, um gelingen zu können.

*Jørn Buch*

Übersetzung: Gerret Liebing Schlaber

### Gegenseitige Stereotypen

HANNE SANDERS

Nyfiken på Danmark – klokare på Sverige

Göteborg: Makadam Förlag, 2006. 80 S.

Trotz aller Beteuerungen, dass alle Menschen verschieden sind und man jeden als Individuum zu nehmen hat, sind nationale Stereotypen bekanntlich sehr zählebig. Das stellt auch Hanne Sanders von der Universität Lund fest: Viele Dänen betrachten ihre Nachbarn als kühl und humorlos, mitunter arrogant und vor allem geschäftssinnig, während diese umgekehrt auf die angeblich niedlichen, lockeren und toleranten Dänen in ihrer H.C.-Andersen-Märchenwelt herabschauen. Diese Beobachtungen klingen im deutsch-dänischen Grenzland ziemlich vertraut. Allerdings handelt es sich hier nicht um eine neue Studie zu deutsch-dänischen Befindlich-

keiten: Gegenstand der Untersuchung ist das dänisch-schwedische Verhältnis.

Die dänische, aber seit langem in Schweden lebende Verfasserin ist Historikerin und zieht viele geschichtliche Begebenheiten heran, um das besondere dänisch-schwedische Verhältnis zu erklären. Tatsächlich war das Verhältnis zwischen den beiden Nachbarreichen bis ins 19. Jahrhundert hinein äußerst konfliktreich, und dies hat teilweise Spuren bis heute hinterlassen.

Neben einer kurzen Einleitung bietet das Büchlein sechs Kapitel über historische Konflikte, gegenseitige Mythen, Unterschiede im Verständnis von Staat und Demokratie und die heutige, allerdings nicht immer reibungsfreie Zusammenarbeit. Selbst beim aus mitteleuropäischer Sicht „skandinavischen“ Sozialstaatsmodell gibt es Unterschiede, nicht zuletzt im Selbstverständnis beider Länder.

Das interessante, bisher leider nur auf Schwedisch erhältliche Büchlein bietet interessante Perspektiven über die beiden vermeintlichen „Bruderländer“ aus der Sicht einer historisch gebildeten und für das Verständnis zwischen beiden Ländern engagierten Grenzgängerin. Für den Leser im deutsch-dänischen Grenzland bieten nicht nur die eingangs zitierten Aspekte teilweise erstaunliche Vergleichsmöglichkeiten. Vor allem zwei Gruppen sei die Lektüre nahe gelegt: Dänen, die sich zwecks Abgrenzung vom übrigen Europa auf einen einheitlichen nordischen Kulturraum berufen, und Deutschen, die ganz Skandinavien unter einheitlichen Klischeevorstellungen betrachten. Im Übrigen sei das Büchlein jedoch allen empfohlen, die sich für nationale Nachbarschaftsverhältnisse und Grenzregionen interessieren.

*Gerret Liebing Schlaber*

## Handelsstadt Schleswig

ULRICH PETERSEN (1656-1735)

Chronik der Stadt Schleswig (Bd. 1)

Bearbeitet von Hans Braunschweig unter Mitwirkung von Hans Wilhelm Schwarz (Hrsg.)

Schleswig: Gesellschaft für Schleswiger Stadtgeschichte, 2006, 288 S. ill.

An dem Haus in der Langen Straße 10 in Schleswig erinnert seit dem Jahre 2006 eine von der Gesellschaft für Schleswiger Stadtgeschichte angebrachte Gedenktafel an den Advokaten und Chronisten Ulrich Petersen (1656-1735). Wer sich intensiver mit der Geschichte der Stadt Schleswig beschäftigt, stößt dabei früher oder später auf das gelehrte Werk des Mannes, der in diesem Haus wohnte und arbeitete (S. 6: Abb. von Petersens Elternhaus und der dort angebrachten Gedenktafel).

Petersens Chronik, die in den Jahren von 1700-1735 entstanden ist, lag bislang nur auszugsweise gedruckt vor, was ihre Benutzung nicht gerade erleichterte. Der Verfasser, der einer wohlhabenden Schleswiger Familie entstammte und deshalb auch Zeit seines Lebens frei von finanziellen Sorgen war, hatte nach dem Besuch der Schleswiger Domschule Rechtswissenschaften studiert und in diesem Zusammenhang ausgedehnte Reisen durch weite Teile Europas unternommen. 1695 zurück in Schleswig lebte Petersen, der unverheiratet und kinderlos blieb, hinfür einzig seiner großen Passion, eine Chronik seiner Heimatstadt Schleswig zu verfassen. Dabei schöpfte er aus dem reichen Fundus an Literatur, die er in den Jahren zuvor als Gelehrter und Sammler gesichtet und zusammengetragen hatte.

Auf diese Weise sind handschriftliche Aufzeichnungen von beträchtlichem Umfang entstanden. Allein 93 Kapitel auf 769 Folienseiten umfasst „Der Sleswigschen Chronick erstes Buch“, das der Schleswiger Altstadt gewidmet ist. Überdies gibt es eine Fortsetzung dieses Werkes, das die Stadtteile Lollfuß, Friedrichsberg und Gottorf sowie das Dannewerk und noch einiges mehr beschreibt. Petersen selbst hat seine Chronik, der zum Druck wohl auch noch eine ordnende und glättende Endredaktion fehlte, nicht veröffentlicht. Der größte Teil seines umfangreichen handschriftlichen Nachlasses wird heute im Reichsarchiv in Kopenhagen aufbewahrt, Kopien der Petersenschen Stadtbeschreibung befinden sich u.a. im Kreis- und Stadtarchiv Schleswig, das überdies auch noch zwei handschriftliche Bände mit Vorarbeiten zu der Chronik in seinen Beständen führt. Die vorliegende Veröffentlichung, die pünktlich zu Petersens 350. Geburtsjahr erschienen ist, stellt eine Edition des ersten Teils der Petersenschen Chronik dar. Konkret handelt es dabei um eine Volltextwiedergabe des ersten von fünf handschriftlichen Bänden mit den Kapiteln 1-38. Die Edition, der die Bearbeiter eine knappe, aber informative Einführung zum Verfasser, dem Werk und seiner Überlieferung sowie der vorgelegten Edition vorangestellt haben, wendet sich an Fachleute wie Laien und will den Zugang zu dem bisweilen etwas spröden und langatmigen Werk Petersens erleichtern. Hier ist einiges wenige sprachlich geglättet, das eine oder andere erklärend kommentiert worden. Unabhängig davon ist der Text als ganzes weiterhin zumindest von einer gewissen sprachlichen Patina überzogen und atmet Stil und Geist des frühen 18. Jahrhunderts.

Neben der von Petersen auf Deutsch ver-

fassten Darstellung enthält die Chronik zahlreiche lateinische Dokumente. Für diese wurde zum Teil auf einen Volltextabdruck verzichtet und stattdessen – völlig zu Recht – auf die entsprechende Nummer der Schleswig-Holsteinischen Regesten und Urkunden verwiesen. Die meisten dieser Dokumente hat Petersen selbst übersetzt. Darüber hinaus hat er auch noch eigene – zum Teil in Versen gehaltene – lateinische Gedanken zu Papier gebracht. Um heutigen Sprachkenntnissen und Lesegewohnheiten entgegenzukommen, haben die Herausgeber die lateinischen Texte übersetzt und ihre Übersetzungen entweder in Klammern hinzugefügt oder in Form von Fußnoten beigegeben. Entsprechende Anmerkungen wären auch zu einigen – von Petersen nach heutigem Verständnis recht verballhornten – Ortsnamen hilfreich gewesen. Darüber hinaus wäre es sicher auch ein ebenso spannendes wie sinnvolles Unterfangen gewesen, die von Petersen benutzten Werke in einer Art Konkordanz oder in einem gesonderten Quellenverzeichnis zusammenzustellen. Es hätte die Dimensionen des geistlichen Horizontes verdeutlichen helfen, vor dem sich Petersen bewegt. Vielleicht wäre es eine gute Idee, eine entsprechende Konkordanz und ein Register der von Petersen erwähnten Personen und Orte in einer Art Anhang als Abschluss der Gesamtedition nachzureichen.

In der Summe handelt es sich bei Petersens Chronik um einen mehr oder weniger systematischen Durchgang durch die Schleswiger Altstadt, in den neben historischen Informationen zum Namen und zum Alter der Stadt zahlreiche Beschreibungen von markanten Bauwerken, Kirchen, Klöstern sowie Brücken, Gräben und Wallabschnitten eingeflochten sind. Inhaltliche Schwerpunkte liegen dabei auf

der Geschichte der Klöster (vor allem St. Johanniskloster), Kirchen, Gilden und Bildungseinrichtungen (u.a. Kathedralschule und Pädagogium; dort sehr lesenswert jeweils auf Lateinisch und auf Deutsch die Stundentafeln, die Lehrinhalte und – vor allem – die Regeln für Lehrende und Lernende). Diesem bunten Reigen haben die Herausgeber mit behutsamer Hand Abbildungen beigelegt, die das von Petersen Mitgeteilte ergänzen und dem Leser als Betrachter zusätzliches Material an die Hand geben.

In der Summe muss man der Gesellschaft für Schleswiger Stadtgeschichte für den ersten Teil dieses wichtigen Editionsprojektes danken. Dieser Dank geht natürlich auch und vor allem an die beiden Bearbeiter, die der historischen Zunft weit über die Stadtgrenzen Schleswigs hinaus einen großen Dienst erwiesen haben und jedem Leser ein großes Lesevergnügen bereiten.

*Detlev Kraack*

#### Ortsgeschichte – Regionalgeschichte

MANFRED JESSEN-KLINGENBERG/  
KARL HEINRICH POHL (Hrsg.):

Sehestedt aus regionalgeschichtlicher  
Perspektive

Ein Beitrag zu einer modernen  
Ortsgeschichte

Hamburg: Dr. Kovač, 2007. 206 S., ill.

Das vorliegende Werk entstand im Zuge eines Projekts an der Kieler Universität, in welchem acht Studierende gemeinsam mit den Professoren Manfred Jessen-Klingenberg und Karl Heinrich Pohl das Konzept für ein lokalgeschichtliches Museum erstellt haben, das sich von herkömmlichen „Heimatmuseen“ deutlich abheben und

in dem gerade auch die Zeitgeschichte einen angemessenen Platz erhalten soll. Zusätzlich erschien das vorliegende Buch, um die in der Ausstellung aufgearbeitete Geschichte auch wissenschaftlich vertiefend zum Nachlesen darzustellen.

Neben einer Projekteinführung und einer Einführung in das Konzept der Ortsgeschichte aus regionalgeschichtlicher Perspektive, in der Pohl u.a. die notwendige Entemotionalisierung des Umgangs mit der Vergangenheit betont, enthält das optisch relativ bescheiden, aber heutigen Ansprüchen durchaus genügend ausgestattete Buch acht recht verschiedene, aber durchgehend interessante und gut geschriebene Beiträge. Diese umfassen die Früh- und Mittelaltergeschichte (Jessen-Klingenberg), die Gutsherrschaft (S. Klein), die Schlacht bei Sehestedt 1813 (Jessen-Klingenberg), die Bedeutung des Nord-Ostsee-Kanals (N. Kajdacsy, O. Küchenmeister), die Schule (B. Bley) und den gesamten Ort (A. Göpfert, V. Röschmann) unter der NS-Herrschaft, Flüchtlinge nach 1945 (M.K. Khorasgani, M. Merklinger) und den Umgang mit dem schweren Manöver-Unglück von 1974 (Pohl). Aus Grenzlandsicht ist vor allem der Artikel über die Schlacht von 1813 von Bedeutung: Das außerhalb Sehestedts kaum bekannte Monument ist das wohl bedeutendste Kriegsdenkmal in Schleswig, das an einen gemeinsamen Sieg dänisch-schleswig-holsteinischer Truppen erinnert. Ein wenig ärgerlich stimmt, dass einzelne Beiträge wenig leserfreundlich nur durch römische Ziffern ohne zugehörige Überschriften gegliedert werden. Dies ändert jedoch nichts daran, dass mit dem vorliegenden Projekt eine richtungweisende Lokalgeschichte geschaffen wurde, die hoffentlich viele Nachahmer finden wird.

*Gerret Liebing Schlaber*



Dr. Dieter Andresen  
Am St. Johanniskloster 4  
24837 Schleswig

Jørn Buch, cand. phil.  
CVU Sønderjylland  
Lembckesvej 3  
DK-6100 Haderslev

Ruth Clausen, Diplom-Museologin  
Deutsches Museum Nordschleswig  
Rønhaveplads 12  
DK-6400 Sønderborg

Ove Jensen, M.A.  
Hasselbrookstraße 131  
22089 Hamburg

Martin Klatt, ph.d.  
Institut for Grænseregionsforskning  
Syddansk Universitet  
Alsion 2  
DK-6400 Sønderborg

Prof. Dr. Detlev Kraack  
Seestraße 1  
24306 Plön

Christian Mejdahl  
Formand for Folketinget  
Christiansborg  
DK-1240 København K

Gerret Liebing Schlaber, ph.d.  
Studieafdeling og Arkivet  
ved Dansk Centralbibliotek  
Norderstraße 59  
24939 Flensburg

Ingrid Schumann  
ADS-Grenzfriedensbund e.V.  
Marienkirchhof 6  
24937 Flensburg

Jens Toftgaard Jensen, cand. mag.  
Odense Bys Museer  
Overgade 48  
DK-5000 Odense C

*Christian Mejdahl, Ohne Bürger kein Europa* Abb. 1: Internetseite: [www.christianmejdahl.venstre.dk](http://www.christianmejdahl.venstre.dk); Abb. 2: Internetseite: [www.eu-oplysningen.dk/](http://www.eu-oplysningen.dk/)

*Martin Klatt, 10 Jahre Region Sønderjylland-Schleswig. Eine Bestandsaufnahme* Abb. 1 u. 2: Fotos: Karin Riggelsen, Der Nordschleswiger; Abb. 3: Foto: Gerret Liebing Schlaber

*Gerret Liebing Schlaber, Der schleswigsche „Flickenteppich“*. Komplizierte Verwaltungsstrukturen zwischen Eider und Königsau bis 1864 Abb. 1: Foto: Friedrich Brandt ca. 1864, Arkivet ved Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig; Abb. 2: Gerret L. Schlaber: Hertugdømmet Slesvigs forvaltning. Flensburg 2007, S. 144; Abb. 3: Museum Sønderjylland, Institut for Sønderjyske Lokalhistorie; Abb. 4: Arkivet ved Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig

*Dieter Andresen, Der unbekannte Nachbar. Nikolai Frederik Severin Grundtvig (1783-1872) – Teil 2* Abb. 6: Kaj Thaning, Der Däne N.F.S. Grundtvig, København 1972, n.S. 104; Abb. 7 u. 8: Sønderjylland. Historisk billedbog, Aabenraa 1964, S. 221

*Ingrid Schumann, Artur Thomsen zum 80. Geburtstag* Foto: Gretel Brüggemann, 2006



**Postvertriebsstück**

**C 3340 F**

**Entgelt bezahlt**

**ADS-Grenzfriedensbund e.V.**

**Marienkirchhof 6 • 24937 Flensburg**